



13. Sitzung

Donnerstag, 3. September 2015

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich und Vizepräsidentin Barbara Duden

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin Fortsetzung der Tagesordnung	791	Fremdenhass und Rechtsextremismus (nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Aktuelle Stunde	791	Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Fraktion DIE LINKE:		Sicherung von Kontinuität und Qualität in der Wissenschaft – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen – Drs 21/1309 –	800
Demokratie wagen! Mit dem Kollektiven Zentrum (KoZe) sprechen!		Dr. Carola Timm GRÜNE	801, 808
Christiane Schneider DIE LINKE	791, 797	Dr. Sven Tode SPD	801, 809, 810
Dirk Kienscherf SPD	792	Carsten Ovens CDU	802, 809, 810
Joachim Lenders CDU	793	Martin Dolzer DIE LINKE	803, 811
Farid Müller GRÜNE	794	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	804, 812
Carl-Edgar Jarchow FDP	795	Dr. Jörn Kruse AfD	806
Dirk Nockemann AfD	795	Dora Heyenn fraktionslos	807, 809, 810
Dr. Peter Tschentscher, Senator	796		
Dennis Gladiator CDU	798		
AfD-Fraktion:		Beschluss	812
Versprochen – gebrochen – keine Sportanlage in der Hafencity?		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Detlef Ehlebracht AfD	799	Kein Zwei-Klassen-Streikrecht in Deutschland – Drs 21/1337 –	812
Juliane Timmermann SPD	800		
SPD-Fraktion:			
Hamburg hilft und bekennt Farbe: Null Toleranz gegenüber			

Deniz Celik DIE LINKE	812, 818	Hamburg als Standort für das Deutsche Maritime Forschungszentrum	
Wolfgang Rose SPD	813		
Dr. Jens Wolf CDU	815		
Heike Sudmann DIE LINKE	815	– Drs 21/1210 –	828
Antje Möller GRÜNE	816		
Jennyfer Dutschke FDP	816	Beschluss	828
Dr. Ludwig Flocken AfD	817		
Beschluss	819	Antrag der CDU-Fraktion:	
Antrag der FDP-Fraktion:		Mehr Zeit zum Lernen für Hamburgs Schülerinnen und Schüler: Termine für schriftliche Abschlussarbeiten zwischen Ostern und die Sommerferien legen – Zweite Schuljahreshälfte besser nutzen	
Lehren aus dem Streik in Hamburger Kitas ziehen – Rückerstattungsanspruch von Elternbeiträgen sichern		– Drs 21/1036 –	828
– Drs 21/1352 –	819		
dazu		Beschluss	828
Antrag der CDU-Fraktion:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Durch den Kita-Streik zu viel bezahlte Elternbeiträge unverzüglich auf Kulanz-Basis rückerstatten		Eingaben	
– Drs 21/1445 –	819	– Drs 21/993 –	828
Daniel Oetzel FDP	819	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dr. Melanie Leonhard SPD	820	Eingaben	
Philipp Heißner CDU	820	– Drs 21/994 –	828
Anna Gallina GRÜNE	821	Bericht des Eingabenausschusses:	
Mehmet Yildiz DIE LINKE	821	Eingaben	
Beschluss	822	– Drs 21/995 –	828
Antrag der AfD-Fraktion:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der aktuellen Flüchtlingsbewegung nach Deutschland und Europa		Eingaben	
– Drs 21/1336 –	822	– Drs 21/996 –	828
Dirk Nockemann AfD	822	Beschlüsse	828
Kazim Abaci SPD	823, 825	Sammelübersicht	829
Karin Prien CDU	825	Beschlüsse	829
Antje Möller GRÜNE	826	Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:	
Christiane Schneider DIE LINKE	826	Bindungsausläufe bei öffentlich geförderten Wohnungen	
Jennyfer Dutschke FDP	826	– Drs 21/780 –	829
Dr. Bernd Baumann AfD	827	Beschluss	829
Beschlüsse	827		
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:			

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Situation der Hamburger Justiz
– Drs 21/1018 Neufassung – 829
dazu

Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Stärkung der Justiz
– Drs 21/1425 – 829

Beschluss 829

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 13. Dezember 2012: "Hamburg 2020: Einführung eines jährlichen Leerstandsberichts" – Drs. 20/6171
– Drs 21/1264 – 829

Beschluss 829

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 22. Januar 2015: "Rüstungsexporte kontrollieren – Ein restriktives Rüstungsexportgesetz für Deutschland" – Drs. 20/13722
– Drs 21/1268 – 829

Beschluss 830

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/14486:

Optimierung des Immobilienmanagements (Senatsmitteilung)
– Drs 21/1033 – 830
dazu

Antrag der CDU-Fraktion:

Wirtschaftlichkeit und Transparenz bei Mieter-Vermieter-Modellen sicherstellen
– Drs 21/1444 – 830

Beschluss 830

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/616:

Bürger durch Abbau der kalten Progression entlasten – Möglichkeit zum schuldenfreien Haushalt 2015 konsequent nutzen (Antrag der CDU-Fraktion)
– Drs 21/1049 – 830

Beschlüsse 830

Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksachen 21/172 und 21/482:

Ausbreitung von Masern wirksam verhindern, Kinder schützen (Antrag der FDP-Fraktion) und Kampf gegen Infektionskrankheiten und Impfmüdigkeit ernst nehmen – Datenlage verbessern und Impfraten insbesondere bei Personal in sensiblen Bereichen erhöhen (Antrag der CDU-Fraktion)
– Drs 21/1035 – 830

Beschluss 830

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 20/13607:

Elbfähre Landungsbrücken-Blankenese-Cranz jetzt einrichten – Wassertourismuskonzept Elbe für die Zukunft entwickeln (Antrag der CDU-Fraktion)
– Drs 21/1146 – 830

Beschlüsse 830

Bericht des Kulturausschusses über die Drucksache 21/484:

Signal für die Musikstadt Hamburg – Hamburger Camerata retten (Antrag der CDU-Fraktion)
– Drs 21/1335 – 831

Beschlüsse 831

Antrag der CDU-Fraktion:

Fahrpreisbremse für HVV-Tarife – Busse und Bahnen müssen bezahlbar bleiben

– Drs 21/1034 –

831

Dirk Nockemann AfD

833

Philipp Heißner CDU

834

Dr. Wieland Schinnenburg FDP

834

Beschluss

831

Beschlüsse

834

Antrag der CDU-Fraktion:

Hamburgs Olympia-Pläne – Deutsches Hafenumuseum gehört dazu

– Drs 21/1247 –

831

Beschlüsse

831

Antrag der AfD-Fraktion:

Politik muss glaubhaft bleiben – Für die Errichtung einer Sportanlage in der HafenCity

– Drs 21/1321 –

831

Beschlüsse

831

Antrag der CDU-Fraktion:

Auf dem linken Auge blind – Senat muss Linksextremisten entschieden bekämpfen

– Drs 21/1324 –

831

Beschlüsse

831

Antrag der CDU-Fraktion:

Akzeptanz und Toleranz gegenüber Kriegs- und Krisenflüchtlingen in Hamburg bewahren – Anreize für Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge abbauen

– Drs 21/1325 –

832

Beschlüsse

832

Antrag der FDP-Fraktion:

Verfahren der Altersschätzung von (minderjährigen) Flüchtlingen würdig gestalten

– Drs 21/1351 –

832

Dr. Melanie Leonhard SPD

832

Antje Möller GRÜNE

832

Christiane Schneider DIE LINKE

833

Jennyfer Dutschke FDP

833

Beginn: 15.05 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Ihre Plätze ein, damit wir unsere Sitzung beginnen können. – Dann ist unsere Sitzung eröffnet.

Wir setzen die

Aktuelle Stunde

von gestern fort. Wir beginnen mit dem dritten Thema, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Es wurde angemeldet von der Fraktion DIE LINKE und lautet

Demokratie wagen! Mit dem Kollektiven Zentrum (KoZe) sprechen!

Das Wort bekommt Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Worum geht es eigentlich in diesem Konflikt um das Kollektive Zentrum? Glaubt man der Finanzbehörde, dann gibt es gar keinen Konflikt. Für die Finanzbehörde gibt es kein Gegenüber und schon gar nicht ein Gegenüber mit legitimen Interessen. Für die Finanzbehörde gibt es nur ihren Willen und die Polizei.

(Thilo Kleibauer CDU: Quatsch! Recht und Gesetz!)

Ihr geht es allein um die Durchsetzung ihres Willens und alles, was dem im Wege steht, wird als Hindernis behandelt und aus dem Weg geräumt, koste es, was es wolle.

So war es mit dem Polizeieinsatz zur Errichtung eines Bauzaunes am 27. Juli. Vorwand waren damals Asbestarbeiten, inzwischen hört man jedoch, dass kein Asbest gefunden wurde. So war es mit der Dauerbelagerung des KoZe seit dem 27. Juli. So war es gestern, als der Bauzaun bis fast an das vom KoZe genutzte Gebäude herangezogen wurde, der bisher genutzte Hof geräumt, Bäume gefällt und Teile der Gehörlosenschule eingerissen wurden. In beiden Fällen wurde ein großes Polizeiaufgebot bemüht, gestern auch ausgestattet mit Hubschrauber, Wasserwerfer und einem Räumpanzer.

Der Sprecher der Finanzbehörde verstieg sich zu der Behauptung, dass er mit dem KoZe nicht sprechen könne, beweise der Polizeieinsatz. Fakt ist, die Behörde ließ die Polizei auffahren, weil man mit dem KoZe nicht sprechen will.

(André Trepoll CDU: Weil Sie da waren!)

Die Verantwortlichen täuschen die Öffentlichkeit. Es gibt einen Konflikt, es gibt in diesem Konflikt legitime Interessen der Bewohnerinnen und Bewoh-

ner des Münzviertels und der Nutzerinnen und Nutzer des KoZe. Es geht wie so oft um die Frage, wie wir in dieser Stadt zusammenleben wollen. Wie können vielfältige Lebensstile und Lebensentwürfe zur Geltung kommen? Wie können Freiräume für kulturelle Selbstbestimmung geschaffen werden? Wie kann Stadtentwicklung demokratisch gestaltet werden? Es geht um das weite Feld der Teilhabe und der Partizipation. Doch statt zur Partizipation zu ermuntern, führt sich die Stadt und insbesondere die Finanzbehörde wie eine Machthaberin auf, die entscheidet und die nach dem Basta-Prinzip ihre Entscheidungen von oben nach unten durchsetzt. Dies ist ganz nach dem Motto "La ville, c'est moi – die Stadt bin ich".

(Dirk Nockemann AfD: Demokratisch legitimiert!)

Günter Westphal, Vertreter des gemeinsamen Vereins KuNaGe e.V. aus dem Stadtteil, der die Räumlichkeiten des KoZe gemietet hat, hatte völlig recht, als er gestern fassungslos sagte – ich zitiere –:

"Man hat uns vorher nicht informiert. Man hätte mit uns reden können, hat man aber nicht. Man hätte sich den ganzen Aufwand hier mit den Polizeieinsätzen sparen können. Wir hätten das durch Gespräche gelöst."

– Zitatende.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und der AfD: Oh, oh!)

Die Politik, insbesondere die Regierungsfractionen, haben den schon geknüpften Gesprächsfaden abreißen lassen. Die Politik hat versagt. Die Finanzbehörde verweigert das Gespräch, dieses grundlegende Mittel der Konfliktlösung. Das ist der Stil des absolutistischen Machthabers, das ist schlichtweg undemokratisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer das Gespräch verweigert, dem bleibt letztlich nur die Polizei. Wir fordern Sie, Herr Tschentscher, und die Regierungsfractionen deshalb dazu auf: Deeskalieren Sie. Finden Sie zurück zu einer zivilgesellschaftlich tragbaren Verkehrsform. Sprechen Sie mit den Nutzerinnen und Nutzern. Suchen Sie mit ihnen nach einer Lösung, nehmen Sie das Recht auf Partizipation ernst.

Ich kann aus Zeitgründen nicht die lange Geschichte all der Versuche erzählen, die die Stadtteilinitiative und die Bewohnerinnen und Bewohner des Münzviertels unternommen haben, die Stadtteilentwicklung mitzugestalten, auch nicht die lange Geschichte der Zurückweisungen durch die Stadt. Es gab so viele Vorschläge, auch für eine Wohnbebauung auf dem Schulgelände. Die Forderungen nach Wohnungen für wohnungslose Jugendliche zum Beispiel; das wurde alles abgelehnt.

(Christiane Schneider)

Ich habe auch nicht die Zeit, die lange Geschichte des solidarischen Umgangs des Münzviertels mit Wohnungslosen, mit Drogenabhängigen und mit Flüchtlingen zu berichten, eines Viertels, das so viele Hilfseinrichtungen beherbergt wie kein anderes. Das alles hat mit der Geschichte des KoZe sehr viel zu tun. Gerade in einem Viertel, das derart viele Aufgaben einer Großstadt trägt und bewältigt, in dem viele Studierende, Künstlerinnen und Künstler und andere engagierte Menschen leben, ist ein solidarischer, selbstverwalteter Raum zum Austausch, zur Verständigung, zur Entwicklung von Ideen und Aktivitäten wirklich wichtig.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Zum Schluss: Dass Sie ausgerechnet die Einrichtung des Winternotprogramms auf dem Gelände konfrontativ meinen durchsetzen zu müssen, dass Sie die Einrichtung des Winternotprogramms für eine Provokation nutzen, ist wirklich ein starkes Stück.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hätte das nicht für möglich gehalten. Kommen Sie runter von Ihrem absolutistischen Ross, wagen Sie Demokratie. Nehmen Sie endlich das Gespräch auf.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kienscherf von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

Dirk Kienscherf SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Schneider, das ist wieder ein Stück

(*Dirk Nockemann AfD:* Aus dem Tollhaus!)

merkwürdiges Weltbild, das Sie entwickeln, wenn Sie sagen, es gehe darum, dass hier Leute nicht beteiligt würden und dass ein Stadtteil nicht ernst genommen würde. Ich glaube, es geht sowohl auf der linken wie auf der rechten Seite manchmal eher um die eigene Profilierung als darum, einen Stadtteil voranzubringen. Ich kann Ihnen versichern, wir wollen diesen Stadtteil voranbringen, wir wollen die Stadt voranbringen, und zwar mit allen Bürgerinnen und Bürgern zusammen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und es geht in der Tat um die Frage, wie man mit Freiräumen in dieser Stadt umgeht und mit diesem Thema Zwischennutzung. Wenn man sich das Münzviertel anschaut, dann sieht man sehr wohl, dass sich dort unheimlich viele Aktivitäten in den vergangenen Jahren entwickelt haben und dass der Bezirk mit großer personeller und finanzieller Unterstützung diese Entwicklung unterstützt hat. Und wenn wir konkret auf diesen Fall und auf die Sachebene zurückkommen, dann ist es so, dass

im Münzviertel sehr viele Hunderte von Wohnungen gebaut werden, und dass in diesem konkreten Bereich auch Hunderte von Wohnungen gebaut werden sollen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Es geht doch nicht um den Wohnungsbau!)

Es ging darum, Frau Sudmann, dass es in diesem Freiraum, dort, wo es leerstehende Gebäude gibt, eine Abmachung zwischen dem Bezirk, dem Investor und einem Mieter gab, eine Zwischennutzung zu ermöglichen. Das ist erfolgt, und das ist auch gut und findet unsere volle Zustimmung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Situation ist so ähnlich, als wenn Sie in Ihrer Vier-Zimmer-Wohnung ein Zimmer vermieten, weil Sie im Urlaub sind und den Rest irgendwann einmal sanieren wollen. Sie kommen wieder, und statt einem Zimmer sind zwei oder drei belegt. Dann sind Sie wahrscheinlich auch nicht erfreut. Wenn man feststellt, dass letztendlich eine größere Fläche als die vereinbarte genutzt worden ist und man das korrigieren möchte, dann muss man vertrauensvoll zusammenarbeiten. Das ist nicht immer geglückt. Und ich denke, dafür sind insbesondere bestimmte Leute, auch bei KoZe, verantwortlich. Aber unser Ziel ist und bleibt, dass wir diesen Freiraum im Sinne des Stadtteils nutzen wollen und dass wir es ausdrücklich begrüßen – ich habe das gestern so vernommen –, dass die Bewohnerinnen und Bewohner bereit und glücklich sind, endlich ihre Solidarität in der Praxis leben zu können und das Winternotprogramm produktiv zu begleiten. Das ist ein wichtiges Signal.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Heike Sudmann DIE LINKE:* Das machen die seit Jahren!)

Deswegen sind diese 400 Plätze, das Freiräumen und das Ermöglichen keine Provokation, sondern es ist ein deutliches Signal dafür – auch dem geschuldet, dass wir uns nun alle insbesondere um diesen Raum kümmern –, dass man diesen Freiraum sozial verantwortlich nutzen will. Und davon ist überhaupt nicht die angemietete Fläche betroffen. Wenn Sie schon empfindsam darauf reagieren, dass irgendwelche Bauzäune auf zwei oder drei Meter herankommen, dann weiß ich keine Antwort.

Für uns ist klar: Die jetzige vertraglich festgelegte Nutzung ist überhaupt nicht gefährdet. Und es gab drei Angebote seitens der Verwaltung, der Behörde, erneut in Gespräche über diesen Mietvertrag einzusteigen – mit dem Mieter, wohlgemerkt. Aber das ist eigentlich in einem Rechtsstaat üblich, dass man mit Mietern über Mietangelegenheiten spricht und nicht mit denen, die sich als solche fühlen. Dieses Angebot steht nach wie vor. Wir hoffen, dass es genutzt wird. Und wir sagen auch sehr deutlich, dass andere Äußerungen, wie sie manch-

(Dirk Kienscherf)

mal nämlich von Ihnen kommen – man müsse räumen, oder es gäbe extremistische Verbindungen –, zu einer Eskalation führen. Sie treffen nicht zu. Wir haben es mit einer Gruppe zu tun, die die eine oder andere Spielregel nicht einhält. Damit muss man umgehen, und damit geht dieser Senat sehr verantwortungsvoll, aber konsequent um.

Unser Ziel ist es, eine entsprechende Nutzung durch den Mieter langfristig zu ermöglichen. Der Investor ist ebenfalls nach wie vor bereit, dies zu ermöglichen. Wir sollten das alles sachlich diskutieren und nicht zur eigenen Profilierung missbrauchen. Das ist unser Wunsch, und diesen Weg wollen wir fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Lenders von der CDU-Fraktion.

Joachim Lenders CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema KoZe: Dass Sie von der LINKEN dieses Thema mit der Überschrift "Demokratie wagen" anmelden, ist aus dem geschichtlichen Verständnis Ihrer Partei und Ihrer Fraktion heraus doch schon erstaunlich. Aber nun zum eigentlichen Thema.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Es ist schon ein merkwürdiges Hin und Her, das dieser Senats ausgerechnet bei diesem Thema an den Tag legt. Herr Kienscherf, Sie sprechen von Nutzungsbedingungen und Nutzungen der derzeitigen Mieter – niemand kennt so genau die Verträge –, aber Ihr Vorgehen ist doch mehr als verwunderlich. Hinter diesem Projekt steht ein Investor, der Wohnungen für diese Stadt erbauen will, wie es bisher auch Ihr Ziel beziehungsweise das des Bürgermeisters gewesen ist,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Kommt doch auch!)

und dann gibt man Leuten aus dem linksautonomen Spektrum die Möglichkeit zur Zwischennutzung und ist vollkommen erstaunt, dass mittlerweile Linksautonome, Linksradikale die Hoheit in diesem Bereich haben. Die nennen sich KoZe, aber vermietet wurde es doch an die KuNaGe, wenn ich mich recht entsinne. Und dieser Finanzsenator glaubt allen Ernstes, dass nach Ablauf eines solchen Nutzungsvertrags genau diese Menschen sich daran halten, vollkommen brav wieder ausziehen und sagen, schönen Dank, lieber Senat, dass wir hier zwischenzeitlich hausen durften. Was für ein Blödsinn.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Diese Blauäugigkeit, diese Realitätsferne wird nur noch vom Innensenator übertroffen, der, wie wir

den Medien entnehmen durften, seit Wochen, wenn nicht seit Monaten einen internen Bericht des LKA vorliegen hat, in dem das Landeskriminalamt sehr deutlich beschreibt, dass sich in genau diesem Bereich des KoZe eine zweite, neue Rote Flora etabliert.

(*Farid Müller GRÜNE:* Kein offizieller Bericht! – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Wenn Sie den Bericht haben, rücken Sie ihn mal raus!)

Was macht der Senator? Der Senator sagt, es werde schon alles nicht so schlimm, die würden sich an unsere Spielregeln halten und gingen auch wieder raus. Was ist das für eine Blauäugigkeit und Realitätsferne?

(Beifall bei der CDU)

Noch viel spannender sind Ihre fraktionellen Aussagen. Heute Morgen wird in "Der Welt" Frau Möller dahingehend zitiert, dass das Vorgehen eine "unnötige Zuspitzung" sei. Gleichzeitig sagt aber der Sprecher des Finanzsenators, Herr Stricker – übrigens halten wir dessen Aussagen für glaubwürdiger und richtiger –, ich zitiere:

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Weil er in der CDU ist, weil er radikal ist!)

"Was das KoZe für Märchen erzählt, interessiert uns einen feuchten Kehricht. [...] Die sind auf Krawall aus und außerdem schlecht erzogen."

– Zitatende.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren in der Koalition! Wir mischen uns als CDU-Fraktion in Ihre Streitigkeiten nicht ein.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Gehen Sie mal wieder an Ihren Sitzplatz!)

Aber man sollte erwarten können, dass diese Senatsbank sich irgendwann darüber im Klaren wird, wohin die Reise geht.

Ich finde es aber schäbig finde und sage Ihnen klipp und klar: Es ist unanständig, Ihre parteipolitisch koalitionären Streitigkeiten auf dem Rücken unserer Polizisten in dieser Stadt auszutragen. Das ist vollkommen daneben.

(Beifall bei der CDU – *Gabi Dobusch SPD:* So ein Blödsinn!)

Im Übrigen sei an dieser Stelle in der Kürze der Zeit noch erwähnt, dass es doch offensichtlich, lieber Herr Finanzsenator, eine Milchmädchenrechnung sein muss, wenn man den Leuten den Nutzungsvertrag umsonst gibt, Nebenkosten in Höhe von 1 Euro pro Quadratmeter abrechnet, wir aber mittlerweile geschätzte sechsstelligen Summen für den Polizeieinsatz schlicht und ergreifend verpulvern. Wir haben doch sowieso schon zu wenig

(Joachim Lenders)

Personal, und dann lassen wir dieses auch noch Tag und Nacht an einem Bauzaun stehen. Was ist das für ein segensreiches Handeln eines Senats.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man in der Geschichte der SPD zurückgeht, dann erinnert man sich, dass sie den Bürgern in Hamburg einmal versprochen hat, ihre innenpolitischen Querelen, ihr innenpolitischer Mist, den sie über Jahre verzapft hatte, passierten nicht wieder.

(*Wolfgang Rose SPD: Bisschen Mäßigung!*)

Übrigens Sie, Herr Dr. Dressel, haben es oft genug getan.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Dazu stehen wir doch!*)

Aus Hafensstraße und Rote Flora haben Sie nichts gelernt. Sie lassen einen neuen linksautonomen Hotspot in dieser Stadt im Münzviertel entstehen. Eine super Handlungsweise, galaktisch.

(Beifall bei der CDU und der AfD – *Gabi Dobusch SPD: Das hat er aus der Schill-Ära gelernt!*)

– Nein, das habe ich aus der Ära nicht gelernt. Ich kann nur nachdenken und meine Schlüsse daraus ziehen, so einfach ist das.

Lassen Sie mich zum Schluss eines sagen: Wir als CDU-Fraktion appellieren an den Bürgermeister, diesem unerträglichen Schauspiel in seinem Senat ein Ende zu bereiten und schlicht und ergreifend ein Machtwort zu sprechen, wenn er dazu noch in der Lage ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion hat nun das Wort.

Farid Müller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Lenders, Sie haben diesen Bericht angesprochen. Eine offizielle Stellungnahme und Position der Innenbehörde und der Polizei ist das nicht. Ich weiß nicht, wovon Sie reden.

(*André Trepoll CDU: Warum denn nicht? Gibt's den Bericht oder nicht? – Gegenruf von Dr. Andreas Dressel SPD: Wir haben ihn nicht!*)

Deswegen sollten wir alle wieder etwas runterkommen und einmal darüber nachdenken, warum diese Seite des Hauses aus der Geschichte der Hafensstraße gelernt hat. Es war im Übrigen eine andere CDU-Fraktion, an die ich mich noch erinnere, die das Gängeviertel ermöglicht hat, was ebenfalls eine schwierige Situation in dieser Stadt war, die wir aber mit viel Geduld und auch mit vielen Gesprächen begleitet haben und die, wie wir jetzt immer wieder in den Medien lesen können, nun doch zu einem Erfolg geführt haben. Ich glaube, wenn

man diese Stadt verstehen und auch vernünftig regieren will,

(*Dennis Thering CDU: Fangen Sie an damit!*)

muss man die Menschen verstehen, und man muss vor allen Dingen klug agieren, wenn es Konflikte gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Münzviertel – das ist vielleicht nicht so im Blick der CDU, es ist jedoch heute schon angeklungen – trägt eine große sozialpolitische Last für uns alle in dieser Stadt. Wir wissen, dass dort die Drogenberatungsstelle ist, wir wissen, dass dort die Stadtmission ist, und wir wissen und begrüßen es sehr, dass dort jetzt auch das Winternotprogramm eine Chance hat, auf diesem Gelände Fuß zu fassen. Wir haben doch tatsächlich momentan nicht viele Flächen für die Unterkunft in dieser Stadt. Deswegen sind wir sehr froh, dass das ermöglicht werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind auch sehr froh, meine Damen und Herren von der CDU, dass wir die Nutzung, die jetzt vertraglich geregelt ist, einschließlich der Kita, mit einer Zwischennutzung möglich machen können, trotz des Winternotprogramms und mit dem Winternotprogramm zusammen im Münzviertel. Das ging da immer.

Sicher, es ist schwierig für die Anwohnerinnen und Anwohner, aber wir wissen auch von einer großen Solidarität dort. Wir als Hamburger Bürgerschaft verlangen diesem kleinen Quartier sehr viel ab, und die Leute dort können von uns erwarten, dass wir mit einem besonderen Blick auf dieses Quartier sehen und auch verstehen, wenn es dort Konflikte gibt. Deswegen finden wir – und das ist unsere Auffassung als GRÜNE und als Koalition – diese Zwischennutzung bis zum Neubau gut. Mit großer Mehrheit wurde vom Bezirk dort Wohnungsbau beschlossen, und zwar zu 60 Prozent geförderte Wohnungen. Wann haben wir das schon? Woanders haben wir einen Drittmix, aber hier sind es 60 Prozent, mitten in der Stadt. Das wollen wir alle, und es will auch im Grunde genommen im Münzviertel jeder, dass dort geförderter Wohnungsbau stattfinden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir GRÜNEN und auch die Sozialdemokraten, die sich schon lange um das Münzviertel kümmern, auch vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten, die dieses Viertel zu ertragen hat, haben immer einen Blick darauf gehabt, ebenso Teile der CDU, als wir nämlich mit einem Themengebiet die Stadtteilentwicklungspolitik unter einem CDU-geführten Senat dort begonnen haben. Das war auch für Künstler gedacht. Wir wollen, dass diese Stadtteilinitiative auch nach dem Neubau weiter eine Perspektive

(Farid Müller)

hat. Die Stadtteilarbeit ist wichtig. Sie machen dort eine gute Arbeit, unter erschwerten Bedingungen, aber gerade deswegen wollen wir diese Räumlichkeiten ermöglichen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Was sagen Sie denn zu dem fehlenden Gesprächsangebot?)

Deshalb gibt es diesen Dreiklang. Wir wollen nicht, dass die Zwischennutzung infrage gestellt wird, das bleibt so. Wir wollen, dass das Winternotprogramm stattfindet. Wenn der Neubau kommt, werden wir eine Lösung finden, damit die Stadtteilinitiative eine Perspektive hat und weiter dort ihre Arbeit für den Stadtteil und für die Menschen machen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dazu ist alles gesagt.

Frau Schneider, wir sind im Gespräch mit den Akteuren, das wissen Sie auch, ich bin oft vor Ort. Wir sind im Gespräch, wir sprechen mit allen. Deswegen bin ich sehr sicher, dass wir gemeinsam eine gute Lösung finden werden. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Jarchow von der FDP-Fraktion.

Carl-Edgar Jarchow FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, gerade nach den Reden von Frau Schneider und Herrn Lenders tun wir gut daran, in dieser Debatte etwas abzurufen. Und ich hoffe, dass ich das als nicht letzter Redner sagen kann, es kommt noch einer nach mir. Wir sollten dieses Problem in der Tat sachlich angehen. Man kann nur festhalten, dass beide in diesem Ritual aufeinanderprallenden Positionen nicht unbedingt zielführend sind. Ich glaube, die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Ziele und Pläne für die Stadtentwicklung, dabei vor allem für dringend nötigen Wohnungsbau, weder durch vertraglich vereinbarte noch durch die unbefugten Nutzungen wesentlich beeinträchtigt werden.

Die nötigen formalen Befassungen in dem für das Projekt zuständigen Gremium der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte gehen ihren Gang. Und die beim gegenwärtigen Stand angesagten baulichen Maßnahmen für die Umsetzung des Projekts laufen auch in dem schwierigen Umfeld. So sollte es, glaube ich, auch sein, und so geht übrigens Demokratie, Frau Schneider. In Ihrem Titel zur heutigen Aktuellen Stunde von "Demokratie wagen" zu sprechen, finde ich bemerkenswert, denn wir haben doch schon etwas länger in diesem Land die Demokratie. Solche Abläufe, wie sie hier stattfinden, auch bei diesem Projekt, gehören zu einer Demokratie.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir Liberale hoffen sehr, dass alle Akteure besonnen bleiben und für unnötige Machtdemonstrationen der Kontrahenten im Münzviertel auch weiterhin kein Bedarf bestehen wird. Diesem Anliegen ist allerdings die von der themenanmeldenden Fraktion vorgetragene Linie ebenfalls nicht förderlich.

Es ist offensichtlich, dass für das KoZe in der gegenwärtigen Form und an diesem Ort aufgrund der im Münzviertel betriebenen Stadtentwicklung – und das war doch von vornherein allen Akteuren bekannt – keine langfristige Zukunft besteht. Den Akteuren des KoZe vonseiten des Senats oder der Bürgerschaft falsche Tatsachen oder Perspektiven vorzugaukeln, wäre keine politische Lösung. Vonseiten der KoZe-Akteure unrealistische Maximalansprüche zu stellen und das Ganze noch unverhältnismäßig mit Klassenkampfrhetorik an der Grenze zur Realisatire aufzublasen, wirkt aber auch nicht auf eine politische Lösung hin. Sich diese unkritisch und ohne Blick für die Sache zu eigen zu machen, wie es die Fraktion DIE LINKE proklamiert, trägt ebenfalls nicht zu einer politischen Lösung bei. Politik ist der möglichst faire Ausgleich von Interessen- und Nutzungskonflikten. Dem Bauvorhaben im Münzviertel lagen und liegen rechtsstaatliche baurechtliche Verfahren zugrunde, die dem Rechnung zu tragen haben – dies müssen auch die KoZe-Akteure akzeptieren –, was aber dem Anspruch, sozialem Leben in einer Metropole Räume zu geben, nicht entgegensteht. Wir ersuchen den Senat daher, den an sich begrüßenswerten sozialen Aktivitäten im Bereich des KoZe möglichst brauchbare räumliche Alternativen anzubieten. Werden diese Angebote allerdings nicht angenommen, wäre mit Beginn der Baumaßnahme mittel- bis langfristig das Ende dieser Aktivitäten zusammen mit dem KoZe in der gegenwärtigen Form leider unvermeidbar. Wir würden das im Hinblick auf das selbstverwaltete soziale Leben in der Stadt bedauern. Aber eine politische Lösung setzt eben eine Würdigung der Realität jenseits von Debattierzirkeln für die Weltrettung voraus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Nockemann von der AfD-Fraktion.

Dirk Nockemann AfD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! "Demokratie wagen! Mit dem KoZe sprechen!" –um diese verquaste Rhetorik zu verstehen, Frau Schneider, muss man wohl schon jahrelang überzeugtes Mitglied Ihrer Fraktion sein; ein Normalbürger versteht so etwas nicht. Demokratie bedeutet in der Regel, eine Entscheidung in einem geordneten, regelhaften und mehrheitlichen Verfahren zu treffen. Was im KoZe abgeht, ist etwas völlig anderes. Dort bemächtigen sich linksradikale Kreise einer vermiete-

(Dirk Nockemann)

ten Räumlichkeit, wollen das gesamte Gebäude besetzen, kündigen Widerstand an, falls die Polizei erscheint – das Ganze natürlich etwas verklausuriert. Das ist keine Demokratie. Wenn Sie das für Demokratie halten, dann müssen Sie noch eine ganze Menge hinzulernen, Frau Schneider.

(Beifall bei der AfD – *Cansu Özdemir DIE LINKE*: Das sagt der Richtige!)

– Das sagt der Richtige, da haben Sie recht.

Auf diese Art und Weise kann es einfach nicht gehen.

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

– Sie hatten Ihre Gelegenheit, Frau Schneider, Sie können gleich noch einmal nach vorn kommen.

Wer kann denn schon etwas gegen selbstverwaltete Zentren für Jugendarbeit oder all die anderen Aktivitäten haben, die normalerweise in derartigen Zentren ressortieren? Wir haben aber etwas dagegen, dass sich in Hamburg eine zweite Rote Flora etabliert. Wir haben etwas dagegen, dass sich in Hamburg nun zum zweiten Mal rechtsfreie Räume auftun, wo sich Aktivitäten linker Chaoten steuern lassen. Das alles wollen wir nicht. Die Stadt hat schon genug von der derzeit existierenden Roten Flora. Wir brauchen nicht noch ein derartiges Zentrum.

(Beifall bei der AfD)

Sollten Sie das alles für abwegig halten, sehen Sie sich doch einmal die Website dieser KoZe-Aktivisten an. Da steht, Polizei, Verwaltung, das alles seien rassistische Strukturen, die verfestigt würden, um andere zu unterdrücken. Das ist wirklich verquast. Wenn Sie so etwas unterstützen, dann frage ich mich, warum Sie in diesem Parlament sitzen.

(*Phyliss Demirel GRÜNE*: Das frage ich mich bei Ihnen auch!)

Bis weit hinein in das liberale Bürgertum gibt es Menschen, die sagen, eine weltoffene Stadt wie Hamburg müsse etwas wie eine Rote Flora und KoZe aushalten. Rechtsfreie Räume muss niemand aushalten. Rechtsfreie Räume sind zu beseitigen. Rechtsfreie Räume erschüttern das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Deswegen appellieren auch wir an den Senat, diesem Treiben dort möglichst zügig ein Ende zu machen und endlich dazu überzugehen, dieses Gelände seinem vorgesehenen Zweck zuzuführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Senator Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf dem ehemali-

gen Grundstück der Elbschule im sogenannten Münzviertel sollen 400 bis 500 neue Wohnungen gebaut werden. Das ist gut und in einem sehr demokratischen Verfahren entschieden worden: Ideenträger, Wettbewerb, Beratung im Quartiersbeirat, Entscheidung des Bezirks Hamburg-Mitte und Entscheidung der Kommission für Bodenordnung. Nach der Diskussion in den vergangenen Wochen scheint es mir wichtig, Klarheit über die folgenden Fakten herzustellen. Auf dem Grundstück wird Wohnungsbau betrieben und nichts anderes veranstaltet. Das Grundstück ist bereits verkauft, der Architekturwettbewerb läuft und der Senat steht zu seinen Verträgen. Darüber hinaus haben wir angesichts der allgemeinen Flächenknappheit mit dem Investor vereinbart, das Grundstück bis zum Baubeginn für das Winternotprogramm für Obdachlose zu nutzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist das Programm, das wir neben vielen anderen Projekten in der Stadt abarbeiten. Die erforderlichen Maßnahmen werden umgesetzt, und zwar wenn nötig, auch mit Unterstützung der Polizei, bei der man sich für ihr umsichtiges Vorgehen sehr bedanken muss. Es hat mit Demokratie nichts zu tun, wenn Leute auf anderer Leute Grundstücke gehen und sagen, diese gehörten jetzt ihnen, und Wohnungsbau sei hier nicht nötig.

(Beifall bei der SPD, der AfD und vereinzelt bei der CDU)

Es gehört dann zur Ehrlichkeit und Klarheit dazu, zu sagen, dass dies nicht verhandelbar ist. Das Gelände ist weder besetzt noch vermietet. Die Stadt hat auch nicht vor, es zu vermieten, denn es ist bereits verkauft. Auch das hat die Finanzbehörde von Anfang an in aller Klarheit gesagt. Seit Herbst 2014 besteht allerdings auf Wunsch des Bezirks ein Mietvertrag mit dem Verein Kunstlabor naher Gegenden – KuNaGe. Dieser Mietvertrag bezieht sich auf ein einziges Gebäude, eine ehemalige Kita, und auf eine vorübergehende Nutzung, die das Wohnungsbauprojekt nicht behindern soll. Auch diesen Mietvertrag mit dem Verein KuNaGe hält die Finanzbehörde Punkt für Punkt ein. Der Mietvertrag ist kurzfristig kündbar, sodass der Wohnungsbau nicht behindert oder verzögert wird. Der Wohnungsbauinvestor hat allerdings gleich zu Beginn seine Bereitschaft erklärt, den Vereinen dauerhaft Flächen für ihre stadtteilbezogenen Aktivitäten zu günstigen Bedingungen zu vermieten. Diese Flächen befinden sich nicht in der Kita, sondern in einem anderen Gebäude, das aus Gründen des Denkmalschutzes erhalten bleiben beziehungsweise in die neue Bebauung integriert werden soll. Wir haben dem Verein KuNaGe mehrfach Gespräche angeboten, um über den Umgang mit unserem Mietvertrag und das weitere Vorgehen zu sprechen. Dieses Gesprächsangebot wurde bisher nicht angenommen. Das macht nichts,

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

es ist ein Angebot, damit es zu den Lösungen kommt, die der Bezirk sich wünscht. Aber es ändert eben nichts daran, dass der Senat das Wohnungsbauprojekt im Münzviertel auf die Weise umsetzt, wie es geplant, mit dem Bezirks- beziehungsweise dem Quartiersbeirat besprochen und mit dem Käufer vertraglich vereinbart wurde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Carl-Edgar Jarchow FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kienscherf, auf die zentrale Frage sind Sie nicht eingegangen. Warum wurde nicht geredet? In der Demokratie löst man Konflikte, indem man miteinander redet. Es wurde nicht mit KuNaGe geredet, wie Herr Westphal gestern gesagt hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es wurde doch gesagt: Gesprächsangebote!)

Von der Finanzbehörde wurde zum Beispiel behauptet, es sei darauf hingewiesen worden, dass am darauffolgenden Morgen mit den Asbestarbeiten begonnen werde. Man kann nachweisen, dass das nicht stimmt. Es wurde gesagt, es stünden Asbestarbeiten an; von einem Termin war überhaupt nicht die Rede. Es gibt falsche Informationen aus der Finanzbehörde und deshalb glaube ich dieser Finanzbehörde nicht, wenn der Gegenpart etwas anderes sagt, nämlich dass nicht mit ihm geredet wurde. Man hätte das alles verhindern können. Man hätte diese Eskalation verhindern können, man hätte diesen Polizeieinsatz von mehreren Hundertschaften verhindern können, wenn man vorher geredet hätte. Man hat nicht geredet. Deswegen sagen wir, Demokratie wagen, denn Konflikte löst man am besten durch Reden und nicht durch Polizei, die sie zwar unterdrücken, nicht aber die Konflikte lösen kann; sie verschiebt sie höchstens.

(Beifall bei der LINKEN – Joachim Lenders CDU: Dafür sind Sie ja da!)

– Sie sind der Polizeisprecher; es ist ein bisschen schwierig, mit Ihnen darüber zu reden

Zweitens: Das KoZe wurde jetzt 40 Tage lang von der Polizei belagert.

(Zurufe von der CDU und der AfD: Oh!)

Viele Polizeibeamte sind dort Tag und Nacht, und von den Menschen aus dem KoZe ging 40 Tage lang keine einzige Provokation aus. Warum kommen Sie dann gestern mit einem großen Polizeiaufgebot, statt zu reden? Woher haben Sie eigentlich Ihre Gefahrenprognose? Das möchte ich jetzt wirklich gern wissen.

(Beifall bei der LINKEN – Dirk Kienscherf SPD: Ich mache keine Gefahrenprognose, Frau Schneider!)

Es ist wirklich nichts vorgefallen.

(Jörg Hamann CDU: Weil die Polizei da war!)

Ihnen passen einfach die Leute nicht. Aber die Leute sind da und wenn sie ihre Interessen geltend machen, muss man mit ihnen darüber reden. Das ist Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sind zum Beispiel wiederholt Anträge auf Zwischennutzung gestellt worden, auf die nicht reagiert wurde. Das gehört sich nicht. Ganz im Ernst, wenn man einen Konflikt vermeiden will, deeskalieren will, dann reagiert man, dann spricht man darüber. Auch das haben Sie nicht getan.

Es ist auch nicht in Ordnung, nicht angekündigt zu haben, dass ein Bauzaun hochgezogen wird.

(Dirk Kienscherf SPD: Da hätten Sie noch mitgeholfen, nicht?)

Somit war es nicht möglich, die Sachen im Hof abzubauen. Das war ein Kinderspielplatz, und auf dem Hof befanden sich verschiedene Gerätschaften, die nicht abgebaut werden konnten. Außerdem werden seit dem Einsatz vom 27. Juli etliche Sachen aus dem Eigentum der Nutzerinnen und Nutzer von KoZe von der Polizei nicht herausgegeben. Auch das ist eine völlig unnütze Eskalation für mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen, dort werde Wohnungsbau betrieben. Ich bin erst seit dieser Legislaturperiode in Hamburg-Mitte Wahlkreisabgeordnete.

(Michael Kruse FDP: Deshalb haben Sie das Thema angemeldet!)

– Das ist doch Quatsch. Ich habe es angemeldet, weil es einen Konflikt gibt. Ich war früher für Hamburg Abgeordnete und jetzt bin ich für Hamburg-Mitte Abgeordnete, und zwar direkt gewählt. Darüber können Sie sich lustig machen, aber das ist doch Kinderkram.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe den Konflikt nicht von Anfang an mitverfolgt, aber ich habe mich in dieses Thema eingearbeitet. Und ich habe festgestellt, dass es detaillierte Vorschläge aus dem Bereich der Stadtteilinitiative gab. Ein zentraler Vorschlag für die Wohnbebauung war, dort wohnungslose Jugendliche unterzubringen, von denen es in diesem Viertel viele gibt. Auch die Zukunft des Werkhauses ist übrigens nicht gesichert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: 60 Prozent öffentlich gefördert ist doch was!)

(Christiane Schneider)

– Ja, aber der Eigentümer hat gesagt, wohnungslose Jugendliche kämen ihm nicht ins Haus.

Das zu sagen macht deutlich, dass man mit diesem Viertel etwas anderes vorhat und dass diejenigen, die dort zu Hause sind und dieses Viertel brauchen, um sich auch einmal auszuruhen und zum Beispiel das KoZe oder das Werkhaus zu nutzen ...

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ist doch gut, wenn wir das Winternotprogramm machen!)

– Dagegen hat doch kein Mensch etwas. Aber warum haben Sie das nicht kommuniziert?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Haben wir doch gestern!)

Warum mussten Sie es denn mit Gewalt durchzusetzen versuchen?

(Beifall bei der LINKEN)

Jedenfalls sind all diese Vorschläge zurückgewiesen worden und es besteht die Gefahr, dass die Anwohnerinnen und Anwohner ob dieses Senats mutlos werden. Deswegen sage ich: Reden Sie und lösen Sie die Konflikte mit Diskussionen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Gladiator von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

Dennis Gladiator CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf einige Punkte eingehen. Frau Schneider, Sie begannen Ihren Beitrag mit dem Recht auf Partizipation. Ja, die ist ein hohes Gut. Es gibt aber nicht das Recht auf Besetzung, und es gibt auch nicht das Recht auf Straftaten in dieser Stadt. Insofern scheinen Sie sich sehr deutlich zu irren in Ihrer Beurteilung dessen, was dort vor Ort passiert.

Dann sagten Sie, der Polizeieinsatz habe zur Eskalation beigetragen. Sie scheinen das Prinzip von Ursache und Wirkung nicht wirklich verstanden zu haben. Die Polizei wäre nicht vor Ort, wenn es nicht erforderlich wäre, wenn nicht Androhungen von Straftaten gemacht worden wären. Wer die gestrige Demonstration mit den Transparenten gesehen hat, wird verstehen, warum die Polizei sehr rücksichtsvoll, sehr klug vor Ort im Einsatz ist. Sie scheinen einiges durcheinanderzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Dann sprechen Sie die ganze Zeit von dem Konflikt, der deeskaliert werden müsse. Was für einen Konflikt meinen Sie denn? Es gäbe gar kein Problem, wenn sich alle Beteiligten vor Ort an die Verträge und Gesetze halten würden.

(Joachim Lenders CDU: Richtig!)

Wenn hier jemand Eskalationen provoziert, dann sind es die Besetzer, die Nutzer des KoZe, die sich nicht an die Verträge und unsere geltenden Gesetze halten. Insofern kann der Konflikt auch nur von dieser Seite deeskaliert werden.

(Beifall bei der CDU)

Eines fand ich nun wirklich sehr spannend. Sie haben gesagt, die 400 Plätze für das Winternotprogramm seien eine Provokation.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt! Zitieren Sie richtig! Ich habe gesagt, dass es unter Polizeieinsatz stattfinden muss!)

Ich habe Ihren Beitrag von gestern noch sehr gut vor Augen. Es ging Ihnen bei der Unterbringung um Beschlagnahme, wenn nicht gar Enteignung. Wenn aber in der Nachbarschaft Ihrer linken Freunde ein sinnvolles Winternotprogramm eingerichtet wird, dann gehen Sie auf die Barrikaden und regen sich auf. Das ist scheinheilig.

(Beifall bei der CDU – *Christiane Schneider DIE LINKE: Sie reden nicht die Wahrheit! – Glocke*)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Gladiator, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Heike Sudmann?

Dennis Gladiator CDU (fortfahrend): Die Kollegin darf sich gern zu Wort melden.

Nun zu Herrn Kienscherf und Herrn Müller. Sie sagten, es gebe keine offizielle Stellungnahme der Polizei und keine offiziellen Papiere, die von einem linksextremistischen Hintergrund in diesem Bereich ausgehen. Erstens: Dieses Papier gibt es.

Zweitens: Sie haben anscheinend nicht die Einschätzung des Verfassungsschutzes zur Kenntnis genommen. Der Verfassungsschutz hat sehr klar sowohl öffentlich als auch in den internen Gremien geäußert, dass hier ein solcher Unterstützerkreis vorhanden ist. Das blenden Sie aus und laufen Hand in Hand mit dem Innensenator, der die Probleme bis zum heutigen Tag negiert. Die sind aber von offizieller Stelle, von Sicherheitsbehörden, festgestellt worden. Das müssen Sie schlicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend zum Finanzsenator: Wenn man Sie hier reden hört, hört sich das gut an. Auch Ihr Pressesprecher ist sehr deutlich in seinen Worten. Es gibt nur ein Problem: Zwischen Ihren Reden im Parlament, zwischen Ihren Pressemitteilungen und Statements und Ihrem Handeln klaffen Welten. Sie sprechen davon, dass Sie die Verhältnisse klar einhalten, dass Sie Probleme beseitigen wollen. Aber mit Ihrem Senatshandeln haben Sie doch

(Dennis Gladiator)

erst dieses Problem entstehen lassen, weil Sie dieses Problem sehenden Auges haben größer und größer werden lassen. Das passt nicht zu dem, was Sie hier sagen. Reden und Handeln fallen weit auseinander. Das war schon in den vergangenen vier Jahren ein Markenzeichen dieses Senats, daran hat sich nichts geändert. Insofern müssen Sie deutlich nachlegen.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Deswegen haben Sie auch 15 Prozent bekommen!)

Präsidentin Carola Veit: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Uns verbleiben noch rund 10 Minuten für diese Aktuelle Stunde. Wird seitens der anwesenden Fraktionen gewünscht, dass ich das nächste Thema aufrufe?

Dann rufe ich das nächste Thema auf. Es wurde angemeldet von der AfD-Fraktion und lautet

Versprochen – gebrochen – keine Sportanlage in der HafenCity?

Wird das Wort gewünscht? – Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion, bitte, Sie haben es.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Gestern wurde auf Antrag der Regierungskoalition über die Anbringung weiterer Informationstafeln im Viewpoint in der HafenCity befunden. Gott sei Dank, was hätten wir bloß ohne diese Tafeln gemacht. Bedauerlicherweise hatten wir keine Gelegenheit mehr, über die Oberflächenbeschaffenheit und die farbliche Ausgestaltung dieser Tafeln zu sprechen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Machen wir noch!)

Leider muss ich Sie jetzt mit einem anderen Thema langweilen. Bei dem geht es um Sportplätze in der HafenCity. In allen zurückliegenden Masterplänen und Prospekten, die wir gesehen haben, wurde eine Sportfläche in zentraler Lage für die HafenCity versprochen. Darunter hat man im Allgemeinen einen Rasenfußballplatz mit einer Leichtathletikanlage verstanden. Seit der Beantwortung der Schriftlichen Kleinen Anfrage der AfD, Drucksachennummer 21/1005, beziehungsweise seit der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 15. Juli 2015 ist klar, dass es diese Sportanlage nicht geben wird.

Wenn die HafenCity zu Ende gebaut ist, leben dort 15 000 Menschen in circa 6 000 Wohnungen und gehen ungefähr 40 000 Berufstätige dort ihrer Arbeit nach. Das ist ungefähr vergleichbar mit Finkenwerder. Finkenwerder besitzt drei Sportplätze, davon einen mit einer Leichtathletikanlage, und

das ist gut so, weil sie nämlich auch gebraucht werden. Wie glaubhaft ist ein Senat in dieser Sache, wenn er in der Beantwortung der Schriftlichen Kleinen Anfrage die außerordentliche Bedeutung des Sports und der Dekadenstrategie – die eine wirklich super Dekadenstrategie ist, ganz Klasse – hervorhebt und bei einem komplett neu zu errichtenden Stadtteil die Sportanlage streicht? Diese Dekadenstrategie ist angeblich die Leitlinie für das politische Handeln des Senats in Sachen Sport und wird in diesem Zuge einfach über Bord geworfen. Ebenfalls über Bord geworfen wird das Engagement einer Handvoll ehrenamtlicher Bürger, die es trotz aller Widrigkeiten immer noch verstehen, dort einen Sportverein, nämlich den Störtebeker SV, am Leben zu erhalten.

Auf die in der Senatsantwort angeführten Ausgleichsmaßnahmen einzugehen, tut fast schon weh. In Konkurrenz zu anderen Sportvereinen wird der Sportplatz Anckelmannstraße in ausgebautem Zustand angeboten. Ich bin einmal gespannt, wen Sie dort über die Klinge springen lassen müssen, denn der Tag hat nur 24 Stunden und kann nicht ausgedehnt werden. Dann müssen Sie auch noch den Eltern erklären, wie ihre unter zehnjährigen Kinder mit dem Fahrrad sicher dorthin kommen, denn es gilt zahlreiche Hauptverkehrsstraßen zu überqueren. Ich bin gespannt, wie Sie das machen wollen.

Es wird tatsächlich behauptet, die Entenwerder Halbinsel als alternativen Standort zu prüfen. Lesen Sie bitte das Gutachten der Firma Körting Ingenieure vom 15. April 2015, das aufzeigt, dass die Erde dort stark kontaminiert ist. Glauben Sie tatsächlich, dass Sie es schaffen werden, dort kostengünstig einen Sportplatz zu errichten?

Geplante Sportstätten an den zukünftigen Schulen werden erwähnt – natürlich ohne Festlegung auf deren Ausgestaltung. Sportplätze im Oberhafen werden erwähnt – natürlich ohne Festlegung auf deren Ausgestaltung. Sie werden wie Kamille unter Volk gestreut. Warum macht man das? Damit man später das Ganze wieder etwas kleiner machen kann? Oder damit man doch wieder einen Rückzieher machen kann? Nein, natürlich nicht, denn diese Flächen sind Bestandteil eines integrierten Konzepts – ein schönes Wort. Und was ist dieses integrierte Konzept? Nur ein Beispiel daraus: Auf den viel gepriesenen und in diesem Konzept oftmals erwähnten Freianlagen – diese sind derzeit scheinbar zentraler Bestandteil dieses integrierten Konzepts – kann man zum Beispiel Sportarten wie Skaten ausüben. Wow, wer hätte das gedacht? Skaten in der HafenCity. Zu Ihrer Kenntnisnahme, skaten kann ich überall, wo kein Rasen, kein Sand und kein Schnee liegt – überall, auf allen Plätzen, auf allen Wegen, in der ganzen Stadt kann ich skaten.

(Detlef Ehlebracht)

(Michael Kruse FDP: Das ist aber nicht erlaubt!)

Eine Sache, die ich überall machen kann, kann nicht Bestandteil eines Konzepts sein. Ebenso gut hätten Sie auch Kreidezeichnungen aufführen können. Sie können nämlich ein Karofeld mit Buchstaben- und Zahlenreihen malen und dann darin Himmel und Hölle spielen. Drei Stunden lang Himmel und Hölle, das ist Hochleistungssport. Auch das könnte dann Bestandteil Ihres Sportkonzepts sein. Eines zeigt sich auf jeden Fall, nämlich dass die Ersteller dieser Antwort beziehungsweise dieses integrierten Konzepts nicht den Hauch einer Ahnung haben, was ein Sportverein in einem Stadtteil benötigt, um den Bevölkerungsschichten ein attraktives Angebot machen zu können.

Das Beste zum Schluss. Hamburg als Bewerber für Olympia 2024, plant die Olympiastätten in Sichtweite der HafenCity mit diesem tollen Viewpoint.

(Glocke)

Letzter Satz. Man bekommt es nicht hin, in einem neu anzulegenden Stadtteil Sportanlagen vorzusehen. Lassen Sie das nur nicht die unbestechlichen Herren des IOC wissen. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Timmermann für zwei Minuten.

Juliane Timmermann SPD:* Aus zehn Minuten wurden nach der Rede von Herrn Ehlebracht zwei; das verstehe ich nicht, aber vielen Dank, dass ich noch kurz das Wort erhalte.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich immer, wenn Fraktionen den Sport entdecken. Im Masterplan 2000 ging es tatsächlich darum, Bewegungs- und Freizeitflächen in der HafenCity, Baakenhafen und so weiter, zur Verfügung zu stellen. 2010 ist der Masterplan noch einmal überarbeitet worden – man sieht, solch ein Masterplan ist ein sich weiterentwickelnder Prozess –, und man hat dann überlegt, in den Oberhafen zu gehen. Wer dieses Gebiet kennt, weiß, dass man dort nicht unbedingt Flächen auf der grünen Wiese planen kann, sondern dass es sich um ein Hafengebiet handelt, in dem man immer wieder einmal nasse Füße bekommt. Nachdem man eine Sportfläche, die ein Fußballfeld beherbergen sollte, im Oberhafen geplant hatte, führte dieser Prozess, den ich jetzt nur in Ausschnitten darstellen kann, zur Erkenntnis, dass dort eine Sportfläche von dieser Größe nur schwer machbar ist und dass man, falls man es macht, nach einer groben ersten Schätzung dazu etwa 16 Millionen Euro in die Hand nehmen muss. So wie wir aufgestellt sind und mühsam bei jeder Haushaltsberatung 4 Millionen Euro aus dem Sanierungsfonds bereitstellen,

um einmal eine Relation darzustellen, sind das wahnsinnige Anstrengungen. Was wir seit vielen Jahren versuchen und auch erfolgreich gemacht haben, ist eine Politik mit Augenmaß,

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Das machen Sie mal bei Olympia!)

die versucht, in der Stadt möglichst viele Bewegungs- und Freizeitflächen bereitzustellen. Wir führen momentan gute Gespräche mit der HafenCity GmbH, dem Bezirksamt Hamburg-Mitte und dem Sportverein und versuchen, zwar nicht das große Paket, das Sie jetzt geschnürt haben, für diesen Bereich fertigzustellen. Denn Sie wünschen sich nicht nur ein ligataugliches Fußballfeld, sondern auch Umkleideräume, sanitäre Einrichtungen, einen Clubraum, eine Gaststätte, ein ligataugliches Mehrzweckfeld, Leichtathletikanlage, 400-Meter-Laufbahn und so weiter. Wollte man all das überall in Hamburg bereitstellen, wäre dies sicherlich sehr schwierig. Das meinte ich, als ich von Augenmaß sprach. Man muss sicherlich berücksichtigen, wie was an welchen Stellen möglich ist. Wir wollen in der HafenCity Bewegungs- und Freizeitflächen. Dabei geht es eher darum, Angebote wie 7er-Ligataugliche Fußballfelder, Basketball, Boule und so weiter zu schaffen. Darüber führen wir Gespräche und sind dabei sicherlich auf einem Weg.

Da die Lampe leuchtet, noch ein letztes Wort. In Ihrem Antrag taucht keine Gegenfinanzierung auf. Ich komme noch einmal auf die Relation zurück. Da wir jährlich 4 Millionen Euro als Sanierungsfonds bereitstellen, müssten wir vier Jahre lang das Geld nur für diesen einen Platz bereitstellen. Wir machen Politik mit Augenmaß und einer soliden Finanzierung. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Damit sind wir am Ende unserer Aktuellen Stunde angelangt.

Wir kommen zu den Debatten. Zunächst zu Punkt 57 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/1309, Antrag der SPD- und GRÜNEN Fraktion: Sicherung von Kontinuität und Qualität in der Wissenschaft – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

**Sicherung von Kontinuität und Qualität in der Wissenschaft – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen
– Drs 21/1309 –]**

Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben das Wort.

Dr. Carola Timm GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag dient dazu, die Arbeitssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen zu verbessern. Seit Jahren dominieren dort prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Das gilt vor allem für den sogenannten Mittelbau. Dort ist es gängige Praxis, nur befristete Arbeitsverträge mit sehr kurzen Laufzeiten abzuschließen. Wer sich allerdings ständig von Vertrag zu Vertrag hangeln muss, hat keine Planungssicherheit und damit auch keine Karriereperspektiven. Auch erschwert die ständige Sorge um die eigene berufliche und finanzielle Existenz die Konzentration auf Forschung und Lehre, was doch die eigentlichen Aufgaben in der Wissenschaft sind. Hinzu kommt gerade bei Promotionsstellen das Problem von Teilzeitstellen bei Vollzeitaufgaben. Die Aufgaben am Lehrstuhl sind oft so umfangreich, dass wenig Zeit für die eigene Doktorarbeit bleibt. Das gefährdet zum einen die eigene Qualifizierung, also den Abschluss der Doktorarbeit, die viele unterbrechen müssen, um etwas anderes zu machen. Zum anderen gefährdet das die Qualität von Lehre und Forschung, weil hierfür dann nicht genügend Zeit bleibt. Solche Rahmenbedingungen schrecken qualifizierten Nachwuchs ab. Viele gehen dann ins Ausland oder in die Privatwirtschaft, wo sie bessere Bedingungen vorfinden.

(Carsten Ovens CDU: Mehr Geld!)

Auch für die Hochschulen ist diese Situation unbefriedigend. Ihnen geht hochqualifizierter Nachwuchs verloren. Außerdem führen die Befristungen zu ständigen Personalwechslern. Das verhindert Kontinuität, und auch das ist nicht gut für die Qualität der Lehre, weil gerade eingearbeitete Fachkräfte dann wieder gehen müssen.

Diese Probleme wurden in Hamburg längst erkannt und angegangen. Mit dem Ziel, die Beschäftigungssituation an den Hochschulen grundlegend zu verbessern, sind die prekären Zustände bereits in der vergangenen Legislaturperiode umfangreich analysiert und diskutiert worden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Hamburger Wissenschaftsbehörde hatte hierzu eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den Hochschulen, Personalräten und Gewerkschaften eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat einen Verhaltenskodex entwickelt, den Code of Conduct. Das ist ein konkreter Maßnahmenkatalog. Dazu gehören unter anderem: keine sachgrundlosen Befristungen bei Daueraufgaben; Promovierende sollen zwar weiterhin befristet beschäftigt werden, aber auf mindestens einer halben Stelle und mit festem Promotionsanteil, außerdem sollen Betreuungsvereinbarungen abgeschlossen werden; Vertragsverlängerung bei Habilitation nach positiver Bewertung; bei Drittmittelprojekten Anpassung der Arbeitsverträge an die Dauer der Drittmittelbefristung; eine ange-

messene Vergütung von Lehraufträgen; die Anrechnung von Eltern- und Betreuungszeiten. Das nur als Beispiele, was wir mit dem Code of Conduct bereits erreicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Inzwischen hat auch der Bundesgesetzgeber das Problem erkannt und gestern den Entwurf eines neuen Wissenschaftszeitvertragsgesetzes beschlossen. Wir müssen die vorgesehene Neuregelung natürlich erst einmal auswerten, allerdings lässt sich jetzt schon sagen, dass sich dort einiges aus dem Code of Conduct wiederfindet, zum Beispiel Anpassung von Befristungen an die Dauer von Drittmittelbewilligungen, keine sachgrundlosen Befristungen bei Daueraufgaben und bei Qualifizierung Anpassung der Befristungen an die für die Qualifizierung notwendige Dauer statt Kurzzeitregelungen. Dass das jetzt bundesweit gelten soll, ist erfreulich. Hamburg bleibt mit dem Code of Conduct aber in einer Vorreiterrolle und ist bei der konkreten Umsetzung bereits einen Schritt voraus. Diese Umsetzung wird sehr zielstrebig angegangen. Die Arbeitsgruppe aus Universitäten und Gewerkschaften, die den Code of Conduct entwickelt hat, tagt weiterhin, und zwar das nächste Mal wieder bereits Anfang Oktober. Ende November soll der Senat der Bürgerschaft dann über die Fortschritte bei der Umsetzung berichten, so sieht es der Antrag vor. Damit sind wir auf dem besten Wege und haben auch schon einiges erreicht, gerade im bundesweiten Vergleich. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Tode von der SPD-Fraktion.

Dr. Sven Tode SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die von Hamburg ausgehende Initiative auf Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes hat Eingang in den Koalitionsvertrag in Berlin gefunden und wurde gestern im Bundeskabinett verabschiedet.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Aktueller könnte die heutige Debatte also kaum sein. Das ist nicht nur ein Erfolg Hamburger Wissenschaftspolitik, sondern auch eine sehr gute Nachricht für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in der Bundesrepublik und in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Dass dies kein Randthema ist, wie der eine oder andere vielleicht zu wissen glaubt, machen schon allein die Zahlen deutlich. Über 200 000 Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in der Bundesrepublik sind direkt da-

(Dr. Sven Tode)

von betroffen, in Hamburg sind es ungefähr 10 000 Menschen. Dazu kommen ihre Familien und insgesamt noch ein Vielfaches davon, wenn man die zukünftigen Generationen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern berücksichtigt. Aber es ist nicht nur eine Frage der Quantität, es ist vor allem auch eine Frage der Qualität, denn laut OECD beträgt der Ertrag der Hochschulbildung für die Gesellschaft das Fünffache von dem, was man in die Wissenschaft investiert. Und vor allen Dingen sind Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler die Zukunft der Hochschulen und die Zukunft unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Deswegen hat der Senat bereits in seinem Arbeitsprogramm im Mai 2011 Initiativen zur Verbesserung der Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs beschlossen. Es wurde eine Studie beim Institut für Hochschulforschung an der LEUCOREA in Halle in Auftrag gegeben; die erste Pionierstudie, die uns sehr genaue Informationen über die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland gibt.

Es ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern es ist vor allen Dingen eine Frage nicht monetärer Steuerungsmomente, die wir in dem Code of Conduct in Hamburg festgelegt haben. Es geht um politische Zielsetzungen, es geht um vertragliche Regelungen, es geht um die Zielvereinbarungen, die mit Universitäten verabredet werden. Hamburg ist Vorreiter auf diesem Feld. Frau Dr. Timm hat die einzelnen Bereiche, die wir in das Gesetz geschrieben haben, bereits benannt. Das Besondere ist, dass wir das erste Bundesland sind, das diese Bedingungen in einem Hochschulgesetz verankert hat. Sie sind somit justiziabel und für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin einklagbar.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es ist sehr bedauerlich, dass es in den Verhandlungen zwischen CDU und SPD auf Bundesebene nicht erreicht werden konnte, die Tarifsperre aufzuheben. Leider ist diese Tarifsperre weiterhin Bestandteil des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Sie werden sehen, wir werden weiter politischen Druck aufbauen, denn wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten finden es richtig, dass es Tarifverträge gibt, dass die Tarifpartner sich über die Arbeitsbedingungen einigen können und es die Möglichkeit gibt, durch gewerkschaftliche Arbeit bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Das muss erreicht werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Insofern sehen Sie unseren heutigen Antrag als eine Aufforderung an den Senat, diesen Diskussionsprozess weiter voranzutreiben. Der Senat ist

aufgefordert, die Arbeitsgruppe den Code of Conduct weiterentwickeln zu lassen – ich weiß, dass sie das schon tut. Es gibt diverse Fragen, die noch offen sind, beispielsweise wenn wir an behinderte Menschen oder auch Menschen mit chronischen Krankheiten denken. Auch hier müssen Lösungen gefunden werden, dass dies nicht auf die Befristungszeiten angerechnet wird. Das Gleiche gilt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. All diese Fragen werden sicherlich in der Arbeitsgruppe, die Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt einberufen hat und die Frau Senatorin Fegebank wieder neu belebt hat – mit Universitätsvertretern, mit Gewerkschaftsvertretern, mit Personalräten, Verbänden, aber auch den Gleichstellungsbeauftragten –, in Angriff zu nehmen sein. Daher fordern wir den Senat in unserem Antrag auf, uns bis zum 30. November zu berichten. Wir sehen aber auch bei den Universitäten durchaus noch Luft nach oben, eine bessere Informationspolitik zu betreiben und uns eine Evaluation der ersten Ergebnisse dieses Code of Conduct vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Carola Timm* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE)

Es gilt, ein motivierendes Signal an Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler auszusenden, denn sie sind die Zukunft unserer Stadt, die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir sind auf einem guten Weg, lassen Sie ihn uns weitergehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Frau Dr. Timm, Herr Dr. Tode, sicherlich, in diesem Antrag sind viele relevante Punkte, die wir von Ihnen gerade noch einmal explizit vorgetragen bekommen haben. Dennoch ist das Thema nicht nur aktuell, sondern auch gar nicht mehr ganz neu. Denn auch wenn meine beiden Vorredner die aktuellen Beschlüsse in Berlin referenziert haben, müssen wir nur ein bisschen das Internet bewegen und stellen fest, dass schon bei der Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes 2007 festgestellt wurde, dass sich die Sonderregelung zur Befristung von Arbeitsverträgen des wissenschaftlichen Personals im Rahmen von Qualifizierungsphasen bewährt habe, und zweitens, dass bereits damals in der Begründung des Gesetzes darauf hingewiesen wurde, dass Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen darauf angewiesen seien, für durch Drittmittel finanzierte

(Carsten Ovens)

Projekte erforderliches Personal in zeitlicher Übereinstimmung mit der Projektlaufzeit befristet zu beschäftigen. Das war 2007, meine Damen und Herren. Das Thema ist also nicht ganz neu.

(Beifall bei der CDU)

Nun hat sich bereits der Senat der vergangenen Legislaturperiode darum bemüht, Verbesserungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu erzielen und damit auch eine Perspektive für befristet Beschäftigte zu erreichen; Frau Dr. Timm hat es sehr ausführlich erzählt. Die damalige Wissenschaftssenatorin schrieb dazu unter anderem per Pressemitteilung:

"Ziel muss es sein, die besten Köpfe für eine berufliche Laufbahn an den Hochschulen zu gewinnen. Voraussetzung dafür sind faire Arbeitsbedingungen."

Hier nicken wir vermutlich alle miteinander, und die im Code of Conduct geregelten Punkte – Frau Dr. Timm hat sie erwähnt – gehen ebenfalls in diese Richtung. Nun können wir der mittlerweile ausgeschiedenen und ausgetauschten Wissenschaftssenatorin das Zeugnis "sie bemühte sich stets redlich" ausstellen, aber wie ist der Stand der Dinge? Wer tatsächlich die besten Köpfe für eine berufliche Laufbahn an den Hochschulen gewinnen will, kann sich sicherlich mit der Frage von Befristungen und Nicht-Befristungen und der Laufzeit von Befristungen aufhalten, doch das viel größere Problem ist eine angemessene und international wettbewerbsfähige Bezahlung des Personals, und das fängt beim Nachwuchs an.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Darum bleibt natürlich die Frage, ob es sich bei diesem Antrag nicht doch wieder nur um rot-grüne Symbolpolitik handelt und die Koalition ihrer neuen Wissenschaftssenatorin fleißig nacheifern will, die lieber Studentenwohnheime für 550 Euro das Zimmer und bunte Ampelmännchen feiert oder aber sagt, sie wolle die Hochschule in die Herzen der Hamburger bringen – alles redliche Dinge, nur würde ich mir wünschen, die Wissenschaftssenatorin Fegebank würde sich im Senat für eine Besserstellung von Wissenschaft, Forschung und Lehre einsetzen, anstatt solche Schaufensterprojekte zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU und *Michael Kruse FDP*)

Denn das ist Ihr Antrag eindeutig schuldig geblieben, meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN. Wie will denn der rot-grüne Senat den Hochschulen und insbesondere den Mitarbeitern Perspektiven geben, wenn der Wissenschaftsetat nur mit einer halben Inflationsrate anwächst und die Unterfinanzierung der Hochschulen damit konsequent fortgeführt wird? Frau Dr. Timm, Dokto-

randen wechseln doch nicht in die Wirtschaft, allein weil Ihnen die Perspektive im Wissenschaftsbe- reich fehlt. Es wird in der Wirtschaft einfach auch anders gezahlt, und daher ist auch das ein ansprechendes Motiv, von der Wissenschaft in die Wirtschaft zu wechseln. Das haben Sie aber völlig übersehen.

Wir müssen tatsächlich ernsthaft aufpassen, wenn wir im Wettbewerb der Hochschulstandorte nicht weiter zurückfallen wollen. Der Schlüssel hierzu ist nun einmal ein solider Finanz- und nicht ein indirekter Streich- und Sparkurs, wie ihn die Senatorin Fegebank weiter vorantreibt. Hier hat sich der vorherige Senat bereits schwere Versäumnisse vorzuwerfen, und der neue Senat setzt den Abfahrkurs in der Hochschulpolitik eindeutig fort.

(Beifall bei der CDU)

Denn ohne solide Finanzen ist keinem befristet Beschäftigten an den Hochschulen dieser Stadt geholfen. Das gilt für die Forschung und Lehre ebenso wie für die benötigte Infrastruktur. Ich darf Sie gern noch einmal an das Zitat von Professor Lenzen als Präsident der Universität Hamburg erinnern, der von den Ruinen sprach, die sich Universität nennen.

Frau Dr. Timm, Herr Dr. Tode! Um die besten Köpfe an unseren Hochschulen tatsächlich zu begeistern und an unseren Hochschulen zu halten, brauchen Sie faire Arbeitsbedingungen, aber Sie brauchen auch ein ansprechendes Arbeitsumfeld.

(Beifall bei der CDU)

Insofern freuen wir uns auf die Ergebnisse des Senatsberichts und stimmen dem Ersuchen von SPD und GRÜNEN zu, schließlich ist auch uns als CDU an einem ernsthaften Dialog mit den Hochschulen und an einer Überprüfung der Ergebnisse des Code of Conduct gelegen. Aber, verehrte Kollegen von SPD und GRÜNEN, geben Sie doch bitte lieber Ihrer Symbolsenatorin Fegebank einmal echte politische Leitlinien vor, und beenden Sie die Unterfinanzierung der Hamburger Hochschulen. Ein Ende des Fegebank'schen BAföG-Betrugs wäre ein kleiner Anfang. 31 Millionen Euro mehr im Hochschuletat können tatsächlich mehr bewegen als symbolische Schaufensteranträge. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Kruse, Dr. Wieland Schinnenburg, beide FDP, und Dr. Jörn Kruse AfD*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Ovens. – Als Nächster hat das Wort Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Der Antrag von Rot-Grün mit dem

(Martin Dolzer)

Titel "Sicherung von Kontinuität und Qualität in der Wissenschaft – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen" ist eine sehr gut gemeinte Ansammlung von Einzelpunkten, im Endeffekt aber unseres Erachtens nicht zielführend genug. Ihre Grundidee, Herr Tode und Frau Timm, finde ich sehr gut, aber zur Umsetzung müssten Sie eigentlich andere Rahmenbedingungen an den Hochschulen schaffen, das müssten Sie selbst wissen. Sonst ist das, was in Ihrem Antrag steht – in der Begründung, nicht einmal im Petitum –, nicht umsetzbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie zitieren den Code of Conduct, eine ohnehin festgelegte Einigung auf bestimmte Vorgehensweisen in und an den Hochschulen. Im Petitum fordern Sie nur, dass der Senat die Ergebnisse vorlegt, Sie fordern aber nicht, dass etwas umgesetzt wird, und vor allem fordern Sie nicht, dass der Rahmen so ausgestaltet wird, dass das, was dort gefordert wird, auch umsetzbar wird. Ihre Forderung nach Tarifautonomie und auch die, die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen komplett zu streichen, finden wir richtig. Beides ist sehr wichtig. Das sind Forderungen von GEW, ver.di, TVP, also dem Verwaltungspersonal, allen Mitgliedern der Hochschulen, auch der Studierenden. Das ist an sich eine recht gute Idee. Es sollte aber selbstverständlich sein, dass der Senat über etwas, das sowieso schon vereinbart ist, regelmäßig berichtet. Deshalb finden wir das Petitum etwas zahnlos.

Ich möchte das noch einmal differenzieren. Es gibt Probleme – und um die geht es eigentlich –, die hinter dem stehen, was Sie hier machen. An den Hochschulen in Hamburg verschlechtert sich die Situation der Beschäftigten noch immer zusehends. Frau Timm, Sie haben recht, nur sagen Sie, es sei so gewesen, aber es ist immer noch so. Es gibt immer mehr Zeitverträge mit immer kürzeren Vertragslaufzeiten, unsichere Berufsperspektiven und unberechenbare Karrierewege an Hochschulen und in Forschungseinrichtungen. Das ist die bittere Realität, der wir uns stellen müssen. Es gibt regelmäßig Treffen der Hochschulen, der Behörde, der Gewerkschaftsvertreter und des TVP. Dort wurde klar, dass die Dekane momentan gar nicht das umsetzen können, was geplant ist, nämlich Verträge nicht mehr zu befristen, weil sie faktisch das Geld dafür nicht haben. Hier sind wir mit einem Problem konfrontiert, Herr Ovens hat es angesprochen. Den Rest Ihres Beitrags teile ich nicht, aber die Unterfinanzierung der Hochschulen ist ein wirkliches Problem. Das lässt sich über Drittmittel niemals lösen, und das müssten Sie wissen. Wir brauchen endlich eine Ausfinanzierung der Hochschulen, und zwar eine staatliche Ausfinanzierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Gute Arbeit in Lehre, Forschung und Verwaltung setzt gute Beschäftigungsbedingungen und berufliche Perspektiven voraus. Davon sind wir in Hamburg meilenweit entfernt, und dafür werden auch die Drittmittelgeberinnen und -geber nicht sorgen. Deshalb müssen wir nachsteuern, entscheidend nachsteuern. Wir sind damit konfrontiert, dass in sehr großem Ausmaß Drittmittel die Hochschulen mitfinanzieren und deshalb auch in großem Ausmaß steuern. Das zieht Probleme nach sich.

Ein Problem besteht auf der Ebene der kritischen Studiengänge und solcher Studiengänge, die finanzkräftigen Unternehmen oder auch Lobbyorganisationen nicht direkt verwertbar erscheinen. Die sind in den vergangenen Jahren in vielfacher Zahl abgewickelt oder qualitativ verschlechtert worden. Ich erinnere nur an die Ausbildung der kritischen Juristinnen und Juristen, ich erinnere an das Kaputtfusionieren der HWP, ich erinnere an die Kriminologie oder an den Qualitätsverlust im pädagogischen Bereich. All das sind Probleme, und all diese Probleme müssen wir angehen. Und weil wir sie angehen wollen und sollen, müssen wir nachsteuern, und zwar bei den Rahmenbedingungen. Was Sie fordern, ist recht gut, und das unterstützen wir auch. Aber weil Sie es zahnlos fordern und nicht sagen, dass die Behörde das jetzt umsetzen und auch durchsetzen muss, und weil Sie nicht am Rahmen ansetzen und sagen, dass wir endlich wieder zu einer durchfinanzierten staatlichen Hochschulfinanzierung kommen müssen, werden wir uns bei dem Antrag enthalten, auch wenn die Grundidee nicht schlecht ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Nun erhält das Wort Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Tode, Sie haben gerade zu Recht erwähnt, dass die OECD sagt, bei Investitionen in Wissenschaft gebe es einen fünffachen Return on Investment. Das stimmt. Dann frage ich mich nur, warum Sie in Hamburg die Hochschulen kaputt sparen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Genau da, wo es den höchsten Effekt gibt, sparen Sie. Das ist nicht nur skandalös, sondern einfach dumm. Denken Sie, bevor Sie so etwas erzählen, erst einmal über das Verhalten Ihrer Fraktion und Ihres Senats nach.

Wir haben hier durchaus ein schwieriges Problem, das deutete sich in den bisherigen Beiträgen schon an. Auf der einen Seite haben wir das berechnete Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses, in gesicherten Verhältnissen zu leben,

(Dr. Wieland Schinnenburg)

eine gewisse Perspektive zu haben und nicht damit rechnen zu müssen, dass nach relativ kurzer Zeit das Arbeitsverhältnis bereits beendet ist; gar keine Frage. Auch Begründungen wie, dass man unter anderem Kontinuität braucht, sind richtig. Aber bei allen Beiträgen bisher ist unter den Tisch gefallen, dass es auch eine andere Betrachtungsweise gibt. Selbst wenn Hamburger Hochschulen mehr Geld bekämen – wofür wir sind –, gibt es begrenzte Mittel. Wenn Sie zu viele unbefristete Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen, dann sind die irgendwann besetzt, und die nachfolgende Generation von wissenschaftlichem Nachwuchs hat dann keine Stellen mehr. Was Sie hier vorhaben und einige von Ihnen propagieren, ist nichts anderes als ein nettes Leben auf Kosten der Zukunft. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP und bei *Carsten Ovens* CDU und *Dr. Jörn Kruse* AfD)

Was ist denn nun eine gute Problemlösung? Frau Timm und andere haben bereits den Code of Conduct beschrieben. Die Hochschulautonomie hat hervorragend funktioniert. Nicht der Gesetzgeber hat Vorschriften gemacht, sondern wir haben zunächst einmal die Hochschulen gebeten, das mit den Gewerkschaften, Personalräten und anderen zu besprechen, und ich finde, es ist ein sehr gutes Ergebnis herausgekommen. Frau Timm hat es teilweise schon erwähnt, ich will es noch einmal ergänzen. Bei Promotion gibt es grundsätzlich eine halbe Stelle, Befristung auf drei Jahre und ein Drittel der Arbeitszeit für die Promotion. Das halten wir für einen guten Vorschlag. Bei Habilitation gilt in der Regel eine Berufung als Akademischer Rat auf Zeit, eine Befristung auf mindestens drei Jahre mit der Möglichkeit, weitere drei Jahre zu verlängern, ebenfalls ein Drittel der Arbeitszeit für die Habilitation. Bei wissenschaftlichen Mitarbeitern soll grundsätzlich, wenn es um Daueraufgaben geht, eine unbefristete Stelle gewährt werden. Schließlich soll bei Drittmittelprojekten grundsätzlich für die Laufzeit des Projekts befristet werden. Das halten wir nicht nur für ein Zeichen hervorragender Hochschulautonomie, die Maßnahmen gestatten auch Flexibilität. In Rücksprache mit dem Personalrat kann man davon abweichen. So wird es gemacht, statt dogmatisch von der Politik.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir uns nun Ihren Antrag anschauen, insbesondere den Einführungstext, dann wird mir angst und bange, denn das kann man nur so verstehen, dass Sie eine erhebliche Verschärfung dieser Bedingungen haben wollen. Sie wollen zum Beispiel generell die Befristung bei Drittmittelprojekten an die Laufzeit koppeln, statt grundsätzlich. Das ist nicht nur unflexibel, sondern gefährdet genau das, was ich vorhin beschrieben habe. Flexibilität und das Freihalten für andere qualifizierte Mitarbeiter fallen damit weg. Oder was ist mit der Verlänge-

rung per Unterbrechung wegen Mutterschutz und Elternzeit? Das ist für die Betroffene natürlich sehr schön, aber wenn der Bedarf nach Jahren weggefallen ist, was brauchen wir dann noch die Stelle? Auch das scheint mir nicht bis zum Ende durchdacht. Ein dritter Punkt ist die Untersagung der sachgrundlosen Befristung. Meine Damen und Herren, wollen Sie an den Hochschulen, die auf Flexibilität angewiesen sind, strengere Vorschriften als in der Privatwirtschaft? Das meinen Sie doch nicht im Ernst. Dieser Katalog, den Sie in Ihrem Einführungstext aufführen, torpediert den mühsam ausgehandelten Kompromiss und gefährdet die Hochschulautonomie. Das halten wir für sehr gefährlich.

Aber es besteht noch Hoffnung, wenn man nämlich das Petitum anschaut. Ich bewerte es ähnlich wie Herr Dolzer, nur mit umgekehrtem Ergebnis. Im Petitum steht von all dem nichts. Ich habe das unbestimmte Gefühl, dass einige Eiferer bei Rot-Grün zunächst im Einführungstext das geschrieben haben, was sie eigentlich gern machen würden, und dann gab es doch noch einen – oder eine, Frau Sudmann –,

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Danke, geht doch!)

der noch eingegriffen hat. Im Petitum steht dann das, was wir auch mittragen können. Dass man einen Bericht macht und wir uns darüber unterhalten, ist völlig in Ordnung, aber ich warne vor dieser Torpedierung.

Ich habe noch einige Vorschläge für Sie. Es geht doch alles viel einfacher. Statten Sie die Hochschulen besser aus, wahren Sie die Hochschulautonomie und blockieren Sie nicht Stellen auf lange Zeit, nur um Gewerkschaften zu gefallen.

(Beifall bei *Jens Meyer* und *Daniel Oetzel*, beide FDP)

Erschreckend ist folgende Betrachtung: Seit etwa einem halben Jahr ist Rot-Grün im Amt, und Ihre erste ernsthafte Maßnahme bringt den Hochschulen nicht mehr Geld oder mehr Autonomie, sondern mehr staatliche Regulierung. Welch ein schlechtes Omen.

(Beifall bei *Jens Meyer* FDP)

Deshalb werden wir dem Petitum zwar zustimmen, aber wir werden darauf achten, dass Sie keinen Unsinn machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Jörn Kruse* AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Dr. Kruse von der Fraktion der AfD.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses ist hochrelevant und drängend, aber natürlich nicht neu; es zieht sich über Jahrzehnte hin, und seit Jahrzehnten machen wir die gleichen Fehler. Aber das heißt natürlich nicht, dass man das fortsetzen muss. Wir leisten es uns, die Besten eines Jahrgangs innerhalb der Universität miserabel zu bezahlen, was die völlig falschen Anreize setzt, insbesondere in den Fächern, in denen die Alternativbeschäftigungen relativ gut bezahlt werden. Das ist natürlich von Fach zu Fach sehr unterschiedlich; dazu sage ich gleich noch etwas.

Es ist schon viel Richtiges gesagt worden. Ich muss das nicht wiederholen; so viel Zeit habe ich auch gar nicht. Klar ist, dass sehr viele Assistenten, die promovieren, miserabel bezahlt werden. Das ist schon verschiedentlich gesagt worden. Aber ich will einmal ein anderes Beispiel nennen, das noch nicht so betont worden ist, nämlich die Lehraufträge. Auch Lehraufträge werden miserabel bezahlt. Mir ist es in den verschiedenen Gremien, in denen ich in meinem akademischen Leben war, häufig peinlich gewesen, zuzustimmen, hervorragend qualifizierten Leuten einen miserablen Lehrauftrag anzubieten, und ich hätte am liebsten Nein gesagt, hätte ich nicht gewusst, dass sowohl die Universität darunter leiden würde als auch die Betroffenen, die nämlich auf diese Lehraufträge angewiesen sind. Damit meine ich nicht diejenigen, die neben ihrem Beruf auch noch an der Uni lehren, den Rechtsanwalt, der ein Spezialthema vertritt, damit meine ich Leute, für die Lehraufträge im Rahmen ihrer akademischen Karriere manchmal die einzige Möglichkeit sind, sich über Wasser zu halten. Das gilt nicht so sehr für meine Fächer, wo man relativ gute Jobchancen hat. Das gilt für Geisteswissenschaften zum Beispiel, die häufig eine katastrophale Berufsperspektive haben, wenn Sie sich für einen Hochschulberuf qualifiziert haben. Und es gilt für all die relativ kleinen Fächer, wo man, wenn man habilitiert ist, manchmal jahrelang warten muss, um eine Ausschreibung zu erwischen, bei der man eine Chance hat. In der Zwischenzeit müssen sich viele von Lehrauftrag zu Lehrauftrag hangeln und dafür manchmal weite Strecken zurücklegen. Ich kenne Fälle, wo Lehraufträge für zwei Wochenstunden vergeben worden sind und die Damen oder Herren – übrigens sehr häufig Damen; das ist ein Aspekt, auf den man besonders Wert legen sollte – dafür aus Freiburg anreisen, um einmal die Woche einen Vortrag zu halten. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, ob wir hier nicht etwas völlig Falsches tun.

Aus dem gleichen Grund kann ich auch explizit dem nicht zustimmen, was in der Drucksache 20/10837 auf Seite 3 rechts oben steht, nämlich der – ich zitiere –:

"[...] Verpflichtung der Hochschulen zur grundsätzlichen Übertragung von Daueraufgaben auf Dauerbeschäftigte [...]."

Das heißt mit anderen Worten, wo eine Daueraufgabe ist, soll auch eine Dauerbeschäftigung sein. Das ist falsch. Überall dort, wo die Möglichkeit besteht, Daueraufgaben mit Leuten zu besetzen, die sich in der Qualifizierungsphase befinden, also in der Phase, in der sie die Chance haben, sich weiter für eine Professur oder eine andere Position zu qualifizieren, sollte man ihnen diese Möglichkeit geben. Und nur dann, wenn es die jeweilige Aufgabe erforderlich macht, dass häufiger oder auf Dauer die gleiche Person eingesetzt wird – zum Beispiel bei komplexen Labor-Arrangements, die lange Anlernzeiten voraussetzen –, sollte man davon abweichen. Sonst sollte man diese Stellen unbedingt dem akademischen Nachwuchs vorbehalten. Genau so habe ich auch verstanden, was Herr Schinnenburg zu den Dauerstellen gesagt hat. Die sollten so klein wie möglich gehalten und nur in sehr wenigen Fällen realisiert werden.

Im Antrag der Regierungsfractionen, Drucksache 21/1309, steht leider nicht viel. Aber Sie beziehen sich immerhin auf die von mir schon zitierte Drucksache 20/10837 mit dem Code of Conduct. Der Code of Conduct ist etwas, wovon ich sagen würde, dass ich ihm weitgehend zustimmen kann, was die Analyse betrifft. In vielen Fällen kann ich auch den Schlussfolgerungen zustimmen. Ich glaube nur, dass es unrealistisch ist zu glauben, man könne das mit bürokratischen Regelungen lösen. In vielen Fällen ist das, was man dort hineinschreiben kann, nicht durchsetzbar, häufig ist es nicht einmal messbar. Man kann es auch aufgrund der Tatsache nicht durchsetzen, dass Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Doktoranden und ihren jeweiligen Professoren oder Institutsdirektoren bestehen. Das gilt häufig nicht nur für Doktoranden, sondern auch für Habilitanden in der kritischen Phase ihrer Karriere. Hier muss man einfach anders vorgehen, flexibler.

Es wird sich immer bemüht, für alle Fächer gleichermaßen Regelungen zu treffen. Aber die einzelnen Fächer, die einzelnen Institute, häufig sogar die einzelnen Lehrstühle unterscheiden sich dramatisch voneinander. Die Fächerkulturen sind manchmal völlig unterschiedlich. Selbst zwischen Ökonomen und Juristen findet man nie eine Gemeinsamkeit, weil deren Fächerkultur völlig anders ist. Dasselbe gilt für Naturwissenschaftler und Techniker, mit denen ich in den vergangenen Jahren viel zu tun hatte. Auch die haben völlig andere Situationen. Der entscheidende Punkt ist immer das Folgende: Die Arbeitsbelastung der meisten Assistenten, um einmal auf sie zurückzukommen, hängt direkt von der Zahl der Studenten ab – betreute Seminararbeiten, Klausuren et cetera. Das muss man viel stärker berücksichtigen.

(Dr. Jörn Kruse)

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Herr Dr. Kruse, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es ist wieder lebhafter im Parlament geworden, was grundsätzlich erfreulich ist, sofern es keine Gespräche innerhalb einzelner Gruppen sind. Ich möchte das aber zum Anlass nehmen, die Freude darüber auszudrücken, Herr Czech, dass Sie heute unter uns im Parlament sind, und zwar im Namen des ganzen Hauses.

(Beifall bei allen Fraktionen und bei *Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks* und *Senator Detlef Scheele*)

Gleichwohl bitte ich Ihr Umfeld, weiter der Debatte zu lauschen. – Herr Dr. Kruse, fahren Sie fort.

Dr. Jörn Kruse AfD (fortfahrend): Der entscheidende Punkt ist also, dass die einzelnen Fächer, zum Teil sogar einzelne Lehrstühle, sehr unterschiedlich behandelt werden müssen. Es gibt überhaupt keinen Zusammenhang zwischen der Qualität der Lehre und der Zahl der Assistenten, weil die Lehrstühle nach Qualifikation besetzt werden. Das ist sehr selten einmal kongruent der Lehrqualität oder der Zahl der Studenten. Die Lehrbelastung des einzelnen Assistenten hängt ab von der Zahl der Studenten, die er zu betreuen hat, und das ist extrem unterschiedlich. Ich glaube, das kann man auch niemals administrativ lösen. Kein Code of Conduct kann dieses Problem lösen, und kein Assistent kann sich dagegen wehren, wenn er seine Karriere nicht frühzeitig ruinieren will.

Was man machen könnte, wäre eine flexible Vergabe von zeitweisen Stellen an besonders belastete Lehrstühle, damit man diese mit Assistenten aufrüsten kann und alle Assistenten an diesem Lehrstuhl eine adäquate Möglichkeit haben, neben der Lehrstuhlbelastung ihre eigene Qualifikation voranzutreiben, was sowohl Promotion als auch Habilitation heißen kann.

(Beifall bei der AfD)

Es gibt Universitäten, die versuchen, ihre Lehre mit Lehraufträgen abzudecken. Das ist eine Katastrophe. Lehraufträge als grundständige Lehrangebote sind eine Katastrophe und der Grund, weshalb die meisten privaten Universitäten in Deutschland im Verhältnis zu staatlichen Universitäten miserabel sind – in Deutschland, wohlgemerkt, in Amerika ist das anders. Ich wüsste, ehrlich gesagt, außer der Bucerius Law School keine einzige private Universität, die es aufnehmen könnte mit dem Lehrniveau einer normalen deutschen Universität, und das hängt sehr stark damit zusammen, dass dort versucht wird, es möglichst billig zu machen, also ordentliche Professuren und andere Stellen durch Lehraufträge zu ersetzen. So geht es auf jeden Fall nicht. Es vermindert auch die Möglichkeit für

junge Wissenschaftler, sich zu qualifizieren, um auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Grundsätzlich ist es so, dass ich diesem Antrag nur zustimmen kann; er hat eine Intention, der Sie wahrscheinlich alle nur zustimmen können. Nur: Sich auf juristische Formulierungen zu beziehen, das reicht einfach nicht. Hier gilt das, was schon zwei meiner Vorredner, Herr Schinnenburg und Herr Ovens, gesagt haben: Das ist keine Frage von juristischen Formulierungen, sondern von Geld. Man braucht einfach mehr Geld für wissenschaftlichen Nachwuchs, der gleichzeitig auch eine wertvolle Arbeit in der Lehre leistet. Die Betreuungsrelation wird durch sie besser, und die Studenten werden besser ausgebildet, wenn wir mehr Assistenten und besser bezahlte Assistenten haben. Darauf muss man in jedem Falle Wert legen.

Zur Drucksache selbst. Am Ende steht die Formulierung:

"Der Senat wird ersucht, [...] Sachstand und [...] Fortschritte bei der Einführung und Umsetzung des Code of Conduct [...] zu berichten."

Das klingt ziemlich nebulös. Was man tun müsste, wäre eigentlich, eine Arbeitsgruppe einzusetzen oder ein Gutachten in Auftrag zu geben, das Punkt für Punkt für die einzelnen Fächer empirisch darstellt, was wie funktioniert an den Hamburger Hochschulen, wie es in den Fächergruppen aussieht und wo es Probleme gibt mit der Umsetzung des Code of Conduct – wenn man ihn dort überhaupt umsetzen kann; das ist eine der Fragen. Wir müssen uns nicht über juristische Regelungen unterhalten, sondern über faktische Verhältnisse an den Universitäten. Erst dann können wir das Problem erfassen. Wenn der Antrag der Koalition so gemeint ist, dann stimme ich ihm mit Freude zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält für fünf Minuten Frau Heyenn als fraktionslose Abgeordnete das Wort.

Dora Heyenn fraktionslos:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! SPD und GRÜNE wollen Kontinuität und Qualität der Wissenschaft sichern. Ein wichtiges Instrument für die Förderung von wissenschaftlichem Nachwuchs sind Stipendien. Nach dem Hamburgischen Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses werden besonders qualifizierte Hochschulabsolventen und -absolventinnen mit Stipendien gefördert, deren wissenschaftliche Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur Forschung erwarten lassen. Das können sowohl Promotionen als auch künstlerisch-wissenschaftliche Projekte sein. Die Förder-

(Dora Heyenn)

dauer beträgt in der Regel ein Jahr. Ende Oktober 2014 wurde das Hamburgische Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses geändert. Die damalige Senatorin für Wissenschaft, Frau Dr. Dorothee Stapelfeldt, erklärte dazu – ich zitiere –:

"Wer promoviert oder ein anspruchsvolles künstlerisch-wissenschaftliches Forschungsvorhaben verfolgt, braucht dazu eine solide wirtschaftliche Grundlage."

Ich wiederhole: eine solide wirtschaftliche Grundlage. Die akademische Prekarität wurde Ende 2000 zum Forschungsgegenstand. Es wird unterschieden in Einkommensprekarität, das heißt, man kann von seinem Einkommen nicht leben, Beschäftigungsprekarität, das heißt, man hangelt sich von einer kurzfristigen Verlängerung zur nächsten, und rechtliche Prekarität, wenn das Arbeitsrecht weitgehend ausgehebelt ist, es keine Tarifverträge gibt und quasi kein Kündigungsschutz besteht. Alles das ist immer noch weit verbreitet an den deutschen Hochschulen und auch in Hamburg. Insbesondere die Lehrbeauftragten – das haben wir gerade gehört – arbeiten in einer rechtlichen Grauzone. Juniorprofessoren müssen nach wie vor um ihre wissenschaftliche Laufbahn bangen. Langfristig führen diese Bedingungen in die Altersarmut von Akademikern. Das ist ebenfalls weit verbreitet, und ich nehme an, jeder von uns kennt Fälle, in denen nach einem Leben für die Wissenschaft eine Rente von circa 1 000 Euro bleibt.

Nun ist anzuerkennen, dass der Senat in der vergangenen Legislaturperiode den monatlichen Stipendienbetrag von 820 Euro ab dem 1.1.2015 auf 1 200 Euro pro Monat angehoben hat. Aber ist das eine solide wirtschaftliche Grundlage? Geht man auf die Internetseite der Universität Hamburg, stellt man fest, dass die Stipendien immer noch auf ein Jahr begrenzt sind, grundsätzlich, wie es heißt. Sie können zwar um ein weiteres Jahr verlängert werden, allerdings gilt das nur für Grundstipendien, und nur bei Vorlage eines Arbeitsberichts und zweier Gutachten. Ist das eine solide wirtschaftliche Grundlage?

Nun liegt ein Antrag von Rot-Grün vor, zu dem es heißt – ich zitiere –:

"Die rot-grüne Koalition setzt sich dafür ein, insbesondere befristete Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals weiter abzubauen, Erziehungsleistungen bei Voll- und Teilzeitbeschäftigten stärker zu berücksichtigen sowie die Situation der Promovenden an den Hamburger Hochschulen zu verbessern. Ferner soll die Tarifsperrung, die es den betreffenden Gewerkschaften nicht erlaubt, mit den Arbeitgebern eigene Tarifverträge auszuhandeln, aufgehoben werden."

Das hört sich gut an. Aber wenn man die Presseerklärung von Dr. Sven Tode, Fachsprecher der SPD-Fraktion für Wissenschaft und Forschung, zwischen den Zeilen liest, wird klar, dass das nach wie vor Zukunftsmusik ist. Ich zitiere:

"Da die Beschäftigungsbedingungen maßgeblich von den gesetzlichen und tariflichen Regelungen und den finanziellen Ressourcen bestimmt werden, ist die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen eine besondere Herausforderung. Daher müssen insbesondere im Bereich der Befristungen von Arbeitsverhältnissen sowie bei wissenschaftlichen Teilzeitbeschäftigungen eine deutliche Aufwertung der Beschäftigungsbedingungen erreicht werden."

Er spricht im Futur, und so ähnlich macht es auch Frau Timm in ihrer Erklärung.

Es ist eben noch einmal gesagt worden: Der Diskussionsprozess ist durch die neue Wissenschaftssenatorin neu belebt worden. Mit dem Antrag 21/1309 wird allerdings überhaupt gar keine Verbesserung erreicht. Alles, was übrig bleibt, ist ein Berichtsantrag. Entfristungen und bessere Vergütungen im Hochschulbereich erreicht man nicht durch eine Berichterstattung des Senats.

(Beifall bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

Hinzu kommt, dass der Bericht erst Ende des Jahres vorgelegt werden soll. Was es braucht, und das ist schon mehrfach gesagt worden, ist mehr Geld. Davon ist im Antrag überhaupt keine Rede. Ich kann keine große Überschrift wagen und sagen, dass ich die Wissenschaft qualitätsmäßig voranbringen und Kontinuität schaffen will, wenn ich gleichzeitig sage, die monetären Dinge klammern wir aber bitte schön aus.

(Beifall bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

Wie sollen die Hochschulen den Code of Conduct umsetzen, wenn sie jetzt schon chronisch unterfinanziert sind? Dieser Antrag ist das Papier, auf dem er gedruckt wird, leider nicht wert. Er schadet nichts, er nützt nichts; man kann sich eigentlich nur enthalten.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste hat das Wort Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Carola Timm GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die vor allem von Herrn Ovens, aber auch von Frau Heyenn und Herrn Dolzer angesprochenen Fragen eingehen.

(Dr. Carola Timm)

Herr Ovens, Sie reduzieren alles auf die Finanzierungsfrage.

(Carsten Ovens CDU: Ja, ich habe sie gestellt!)

Das ist immer dasselbe. Ich finde es langsam einfalllos. Auch die BAföG-Millionen haben wir gerade vor der Sommerpause diskutiert. Es kann nicht sein, dass, egal, was man macht, alles immer nur auf die Frage der angeblichen Unterfinanzierung der Hochschulen reduziert wird.

(Beifall bei Sören Schumacher SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Dr. Timm, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Heyenn?

Dr. Carola Timm GRÜNE: Ja.

Zwischenfrage von Dora Heyenn fraktionslos: Frau Timm, glauben Sie denn, dass der Code of Conduct ohne mehr finanzielle Mittel umzusetzen ist?

Dr. Carola Timm GRÜNE (fortfahrend): Ja.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Dr. Timm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ovens?

Dr. Carola Timm GRÜNE: Ja.

Zwischenfrage von Carsten Ovens CDU: Wunderbar. Vielen Dank, Frau Kollegin. – Frau Dr. Timm, würden Sie mir recht geben, dass der BAföG-Betrug der Wissenschaftssenatorin

(Gabi Dobusch SPD: Das ist sein Lieblingsthema!)

an dieser Stelle durchaus exemplarisch zu benutzen ist, um deutlich zu machen, dass es möglich wäre, mit den gegebenen Mitteln mehr finanzielle Ressourcen für den Hochschuletat zur Verfügung zu stellen, wenn Sie die Mittel zweckmäßig einsetzen würden, so wie vereinbart?

(Beifall bei Philipp Heißner CDU)

Dr. Carola Timm GRÜNE (fortfahrend): Nein, weil wir die Mittel zweckmäßig einsetzen, und zwar dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Aber das ist eine strukturelle Diskussion, die man in dieser Kürze nicht vertieft führen kann.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte zum nächsten Punkt kommen. Die prekäre Situation an den Universitäten ist bundesweit ein Thema gewesen und bundesweit nicht gelöst worden, und zwar auch nicht durch CDU-Regierungen, die sich bisher nicht wirklich darum gekümmert haben. Von daher finde ich es sehr bemerkenswert, dass Sie auf einmal so viel Engagement in dieser Sache zeigen.

Ein Wort noch zur Umsetzung des Ganzen. Sie haben auf das Wissenschaftszeitvertragsgesetz aus dem Jahr 2007 verwiesen. Es mag sein, dass es dieses Gesetz gegeben hat, aber es hat offensichtlich nichts gebracht. Wir sind jetzt schon weiter in der Umsetzung. Natürlich ist es so, dass wir mit dem Code of Conduct nicht die Welt retten oder alle Probleme lösen können, aber wir schaffen faire Arbeitsbedingungen damit. Das ist schon einmal ein erster, sehr wichtiger Schritt, der ist nicht zu vernachlässigen. Von daher sehe ich uns auf einem guten Wege.

(Beifall bei Farid Müller GRÜNE und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster hat das Wort Herr Dr. Tode von der SPD-Fraktion.

Dr. Sven Tode SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir so in die Diskussion kommen. Vielleicht hätte es geholfen, wenn alle Kolleginnen und Kollegen diesen Bericht, den wir in Auftrag gegeben haben – man braucht ihn nicht mehr in Auftrag zu geben, Herr Dr. Kruse, es gibt ihn schon –, einfach einmal zur Kenntnis nähmen. Das gilt für Herrn Ovens, aber auch für alle anderen. Denn auf Seite 79 könnten Sie nachlesen, dass es wissenschaftlich festgelegte Kriterien für die Steuerung von Universitäten gibt, und zwar monetäre und nicht monetäre. Wenn man sich einmal darauf einlässt, dass wir über nicht monetäre Kriterien sprechen, dann geht es um nicht monetäre Kriterien. Das hat nichts mit Geld zu tun.

(Carsten Ovens CDU: Das ist Ihr Fehler!)

Das ist die Übersetzung von nicht monetär; nicht monetär heißt, es hat erst einmal nichts mit Geld zu tun. Es geht um die Arbeitsbedingungen. Der Code of Conduct ist eine Steuerungsmöglichkeit über die Arbeitsbedingungen,

(Carsten Ovens CDU: Milchmädchenrechnung!)

und dabei geht es nicht um die Bezahlung. Das ist der erste Punkt, der klargestellt werden muss.

Der zweite Punkt. Sie behaupten immer, die Universität werde kaputtgespart.

(Carsten Ovens CDU: Ist doch so!)

(Dr. Sven Tode)

Dieser Senat investiert eine Milliarde Euro in den Neubau von Universitätsgebäuden. Eine Milliarde Euro – das haben Sie nicht geschafft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Wir haben einen internationalen Campus in Bahrenfeld.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Heyenn?

Dr. Sven Tode SPD: Aber auf jeden Fall.

Zwischenfrage von Dora Heyenn fraktionslos: Herr Dr. Tode, ich teile mit Ihnen die Auffassung, dass die Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen verbessert werden müssen. Sind Sie denn der Auffassung, dass die Verbesserung der Arbeitsbedingungen überhaupt nichts mit Geld zu tun hat?

Dr. Sven Tode SPD (fortfahrend): Ja, ich genau der Auffassung, die Frau Dr. Timm dargestellt hat. Es geht um diejenigen, die eine Beschäftigung haben. Diese Beschäftigung wird von Drittmitteln vorgegeben, die das Geld an die Universitäten geben. Unsere Frage ist, wie die Arbeitsbedingungen gestaltet werden. Werden diese Verträge einjährig, dreijährig, halbjährig, monatlich geschlossen? Das ändern wir mit diesem Gesetz, und damit haben wir eine deutliche Verbesserung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE – Dora Heyenn fraktionslos: Schön, dass es Protokolle gibt!*)

Um meine Aufzählung der Investitionen dieses Senats fortzusetzen: Wir haben, wie Sie alle wissen, ein neues Fraunhofer-Institut, wir haben ein neues Max-Planck-Institut für 50 Millionen Euro in Hamburg und wir haben das CSSB. Wir haben Diverses im Campus Bahrenfeld renoviert und neu investiert. Hier von Kaputtsparen zu reden geht nun wirklich an der Realität völlig vorbei.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Herr Ovens, wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, einmal in den Koalitionsvertrag zu schauen und nachzulesen, wohin die 100 Millionen Euro fließen, dann hätten Sie festgestellt, dass allein 40 Millionen Euro in die Wissenschaft gehen. Auch dort kann man nicht von Kürzungen sprechen, sondern von mehr Geld.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Schauen wir uns noch einmal genauer an, was Dauerstellen sind und was Qualifikationsstellen, Herr Schinnenburg. Es ist natürlich völlig klar, dass Qualifikationsstellen Qualifikationsstellen sind. Wenn man qualifiziert ist, dann hat man diese Stelle nicht mehr. Wenn man promoviert ist oder habilitiert ist, dann muss man das nicht ein zweites und drittes Mal tun, sondern dann ist man qualifiziert, und dann geht man möglicherweise auf eine andere Stelle, auf eine Dauerstelle.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Herr Dr. Tode, entschuldigen Sie, dass ich Sie noch einmal unterbrechen. Lassen Sie eine weitere Zwischenfrage zu?

Dr. Sven Tode SPD: Ich habe es so verstanden, dass das nicht von unserer Redezeit abgeht, oder?

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das stelle ich gerade sicher. Ansonsten haben die Fraktionen auch noch Redezeit.

Zwischenfrage von Carsten Ovens CDU: Herr Dr. Tode, zwei ganz kurze Zwischenfragen. Erstens: Äußern Sie sich doch bitte einmal zum BAföG-Betrug Ihres Senats.

(Zurufe von der SPD: Oh! – *Gabi Dobusch SPD: Er hat nur ein Thema!*)

Ich sehe nämlich tatsächlich, dass die Mittel nicht wie vereinbart zweckgebunden eingesetzt werden. Sehen Sie das auch so?

Und zweitens: Würden Sie mir recht geben, dass Sie zwar eine leichte Erhöhung im Etat haben, aber insgesamt nicht einmal den Inflationsausgleich hinbekommen?

Dr. Sven Tode SPD (fortfahrend): Herr Ovens, es ist so: Wenn man über Schiller redet, dann verstehe ich, dass Sie auch gern etwas über Böll hören würden, aber wir reden jetzt nicht über die BAföG-Geschichte, sondern wir reden über nicht monetäre Steuerungsmomente,

(*Birgit Stöver CDU: Das war eine klare Frage!*)

Das hat nichts und auch gar nichts mit BAföG zu tun.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Diese Differenzierung, was monetär ist und was nicht monetär, müsste vielleicht der eine oder andere noch einmal nachvollziehen. Sie können es, wie gesagt, nachlesen.

(Dr. Sven Tode)

Noch einmal zu den Dauerstellen. Herr Schinnenburg, Sie haben gesagt – und das ist eigentlich richtig –, dass es keine Blockierung des wissenschaftlichen Nachwuchses geben sollte. Das kommt aber auch deswegen nicht zustande, weil Qualifikationsstellen eben nicht unbefristet sind. Die bleiben auch nicht unbefristet, während für Dauerstellen Entfristungen vorgesehen sind. Das ist der entscheidende Punkt, Herr Dr. Kruse. Ich verstehe natürlich, dass Sie gern Assistenten hätten, die weiterhin für Sie Forschung betreiben und möglicherweise auch bestimmte andere Aufgaben übernehmen, weil Sie als Professor das selbstverständlich praktisch finden. Aber wir sind der Meinung, dass diejenigen, die als Assistenten arbeiten und sich weiterqualifizieren sollen, auch die entsprechende Zeit dafür brauchen. Das haben wir extra im Gesetz festgeschrieben. Wir brauchen für die Daueraufgaben in den Laboren keine Promovenden, sondern wir brauchen PTAs und CTAs und andere, und die können für diese Daueraufgaben auch dauerhaft beschäftigt werden. Es ist unmöglich, dass sie befristet beschäftigt werden, obwohl das Daueraufgaben sind. Das ist überhaupt nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Jörn Kruse AfD*: Das ist eine andere Kategorie!)

Vielleicht noch zu Ihnen, Kollege Dolzer von der LINKEN. Wir haben mit dem "neuen deutschland" eine Zeitung, die Ihnen nicht ganz fern ist, wenn ich das historisch richtig sehe. Sie werden in einem Artikel vom 22. März 2014 eine interessante und ausführliche Diskussion mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der GEW sehen, der sich sehr positiv über die Entwicklungen in Hamburg äußert und sogar hofft, die Senatorin werde die Bedingungen, die die GEW und viele andere fordern, in das Hochschulgesetz schreiben. Und wissen Sie, was passiert ist? Genau das haben wir getan.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD*: Sehr gut!)

Und wenn Sie jetzt noch mit den Drittmitteln anfangen, möchte ich Ihnen empfehlen, keinen Antrittsbesuch bei irgendeiner Universität zu machen. Denn zu glauben, dass Universitäten auf die Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft – eine Förderung durch Gelder des Bundes, Steuergelder übrigens – verzichten können, halte ich für ziemlich vermessen. Das Gleiche gilt für andere Stiftungen. Nehmen wir die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die VolkswagenStiftung, die Fritz Thyssen Stiftung oder andere Stiftungen, die Grundlagenforschung betreiben und finanzieren. Dass Sie auf diese Gelder verzichten wollen, finde ich echt erstaunlich. Wenn Sie sagen, Drittmittelfinanzierungen seien grundsätzlich falsch, sollten Sie vielleicht eine differenzierte Wahrnehmung anstreben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Der Angesprochene kann direkt antworten; als Nächster hat das Wort Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Schön, dass wir einmal in eine tiefere Diskussion einsteigen. Das finde ich sehr wichtig und richtig.

Sie haben eben von Schiller und Böll gesprochen. Vielleicht füge ich noch Sartre hinzu. Natürlich gibt es da immer Unterschiede, aber es gibt auch ein Gemeinsames. Genauso gibt es bei monetären und nicht monetären Aspekten Gemeinsamkeiten, und sie bilden insgesamt auch eine Ganzheit. Das können wir nicht ausklammern.

Ich möchte einfach einmal ein Beispiel aus der Praxis der Universitäten geben. Beim Studiengang Gesundheitswissenschaften für das Lehramt an beruflichen Schulen haben wir die Schiefelage Anfang des Semesters wirklich in eklatanter Weise erlebt. Es hatten sich nämlich die Drittmittelgeber zum Teil zurückgezogen, und damit stand der Studiengang vor dem Ende; es gibt ihn bundesweit nur viermal, und es besteht ein erheblicher Mangel an Fachkräften mit genau dieser Qualifikation. Universität und Politik, eine Petition von Unterstützerinnen und Unterstützern und eine Intervention von uns in der Bürgerschaft mussten Druck aufbauen, bevor der Studiengang letztendlich gerettet worden ist.

Bei diesem Studiengang war das Problem, dass die Drittmittelgeber sozusagen Knebelverträge haben. Es wird immer nur um ein halbes Jahr verlängert. Genau das ist der Casus knacksus. Sie sagen, Sie wollen Beschäftigungsverhältnisse auf Dauer. Wenn die Drittmittelgeber aber die Vorgabe machen, dass sie ihre Drittmittelprojekte immer nur um ein Semester verlängern, dann stehen Sie vor einem Dilemma, und dieses Dilemma können Sie nicht leugnen. Sie können es auch nicht wegreden, indem Sie sagen, es sei unrealistisch zu sagen, die Universitäten könnten sich vollkommen von Drittmitteln lösen. Das habe ich nicht gesagt, ich habe nur gesagt, eine ausreichende staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Sie das, was Sie in Bezug auf die Beschäftigungsverhältnisse vorhaben, umsetzen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Genau diesen Punkt sollten Sie nicht leugnen. Natürlich gibt es sinnvolle Drittmittel, aber wenn wir das auf ein Minimum reduzieren und schrittweise ganz abschaffen, wären wir viel weiter. Dann könnten wir die Hochschulen so steuern, wie sie für die

(Martin Dolzer)

Gesellschaft notwendig sind, und nicht für große Konzerne. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Herr Dr. Schinnenburg von der Fraktion der FDP.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war starker Tobak von Frau Dr. Timm und Herrn Dr. Tode, eine echte Märchenstunde, die Sie uns vorgeführt haben. Manchmal denke ich, Sie glauben das wirklich selbst, was Sie sagen.

Nehmen wir nur ein Beispiel. Herr Dr. Tode sprach von Schiller und Böll. Was Sie machen, ist Ionesco, absurdes Theater. Sie sagen uns, es gäbe gar keine Finanzprobleme und Sie kürzten nicht. Das Gegenteil ist richtig. Es geht nicht um angebliches Kaputtsparen, es geht um reales Kaputtsparen der Hochschulen. Das ist nicht nur deshalb falsch, weil, wie Herr Tode zu Recht sagte, der Return on Investment Faktor 5 ist und Sie das verschenken. Es geht darum, dass Sie seit Jahren – die SPD seit 2011 und die GRÜNEN, entgegen ihrer Wahlversprechen, seit einem halben Jahr genauso – die Hamburger Hochschulen und damit Hamburgs Zukunft kaputtsparen. Und das ist ein Skandal, daran kommen Sie nicht vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Dass das so ist, können Sie ganz einfach und simpel feststellen: 0,88 Prozent steigt pro Jahr der Etat für die Hochschulen. Sie kennen selbst die Inflationsrate, Sie kennen selbst die Tarifsteigerungen,

(Dirk Kienscherf SPD: Kommen Sie mal zum Thema zurück!)

das ist eine reale Auszehrung der Hamburger Hochschulen. Das haben Sie zu verantworten, seit einem halben Jahr auch die GRÜNEN. Wir können das an den Zahlen ablesen: Es werden Professorenstellen abgebaut, und es werden Studienanfängerplätze abgebaut. Die Gebäude verfallen, und die Labors sind unzureichend ausgestattet. Das haben Sie zu verantworten, die SPD seit viereinhalb Jahren, die GRÜNEN seit einem halben Jahr.

(Dirk Kienscherf SPD: Thema!)

Eine mögliche Lösung, 30 Millionen Euro vom Bund, haben Sie ausgeschlagen. Der Bund hat 30 Millionen Euro für die Hochschulen nach Hamburg geschickt. Die sind aber bei den Hamburger Hochschulen nicht angekommen.

(Arno Münster SPD: Das Thema, bitte! – Dirk Kienscherf SPD und Wolfgang Rose SPD: Thema!)

Das haben Sie zu verantworten. Alles andere ist eine Geschichtsklitterung, und die lasse ich nicht durchgehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Es liegen trotz hitziger Debatte keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer sich dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/1309 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann bei wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu Punkt 64 der Tagesordnung, Drucksache 21/1337, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kein Zwei-Klassen-Streikrecht in Deutschland.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Kein Zwei-Klassen-Streikrecht in Deutschland
– Drs 21/1337 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Herr Celik von der Fraktion DIE LINKE.

Deniz Celik DIE LINKE:* Sehr verehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Das Streikrecht ist in Deutschland durch die höchste Normordnung in unserem Rechtssystem geschützt, nämlich durch das Grundgesetz. Der Streik ist häufig das einzige Mittel zur wirksamen Durchsetzung von Arbeitnehmerforderungen. Wichtige Errungenschaften der Arbeiterbewegung wie zum Beispiel die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Kündigungsschutz und die Arbeitszeitverkürzung wurden durch Streiks erkämpft. Nun haben wir die Situation, dass nach der Verabschiedung des womöglich verfassungswidrigen Tarifeinheitsgesetzes durch die Große Koalition die Gefahr besteht, dass das Streikrecht weiter ausgehöhlt wird. Die bayerische CSU-Landesregierung hat im Bundesrat eine Gesetzesinitiative vorgelegt, mit der das Streikrecht im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter eingeschränkt werden soll. Hintergrund sind die vergangenen und gegenwärtigen Tarifkonflikte im Schienen- und Luftverkehr und die Streiks der Postangestellten und Kita-Erzieherinnen und -Erzieher, die für ihre berechtigten Forderungen von ihrem Streikrecht Gebrauch gemacht und viel Verständnis und Solidarität von großen Teilen der Bevölkerung erfahren haben. Nun aber will die CSU die Axt an die Rechte der Gewerkschaften legen.

(Deniz Celik)

Der bayerische Vorstoß ist nach dem umstrittenen Tarifeinheitsgesetz ein weiterer Angriff auf die Tarifautonomie und damit auf das Grundgesetz. Die geplanten Einschränkungen des Streikrechts durch Zwangsschlichtung, Notdienstvereinbarung und konkreten Streikfahrplan gehen eindeutig zulasten der Beschäftigten und der Gewerkschaften. Mit verpflichtenden Notdienstvereinbarungen und sogenannten Streikfahrplänen soll den Betrieben die Möglichkeit gegeben werden, Streiks zu verzögern oder sogar zu blockieren. Die Pflicht, einen Streik vier Tage vorher anzukündigen, würde den Arbeitgebern ausreichend Zeit verschaffen, sich auf den Streik vorzubereiten und Umgehungsstrategien zu entwickeln. Ferner soll es vor jedem Streik obligatorische Schlichtungen geben. Diese Zwangsschlichtungen, die wir noch aus der Zeit der Weimarer Republik kennen, wären grundgesetzwidrig. Hier und heute sind Schlichtungen freiwillige Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien, und das ist auch gut so, und so sollte es bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen und die Arbeitskämpfmaßnahmen ins Leere laufen zu lassen. Damit schlägt Bayern gravierende Eingriffe in die Koalitionsfreiheit vor. Im aktuellen Tarifkonflikt der Erzieherinnen und Erzieher hätten zum Beispiel die Beschäftigten mit ihren berechtigten Forderungen nach Aufwertung ihres Berufsbilds eine deutlich schwächere Verhandlungsposition. Deshalb sagen wir Nein zu einem Zwei-Klassen-Streikrecht, das gegen das vom Grundgesetz geschützte Streikrecht verstößt.

(Beifall bei der LINKEN)

Begründet wird der Antrag von der CSU mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Streiks im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, die nicht nur Arbeitgeber, sondern auch die Bevölkerung trafen. Die neoliberale Privatisierungspolitik in der Daseinsvorsorge hatte zur Folge, dass gerade in diesem Bereich Tür und Tor für prekäre atypische Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und Lohndumping geöffnet wurde. Jetzt auch noch das einzige wirksame Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerforderungen aushebeln zu wollen zeigt die arbeitnehmerfeindliche Haltung der CSU. Das ist für uns inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Welche andere Wahl, als zu streiken, haben die Beschäftigten, wenn, wie zum Beispiel bei der Deutschen Post AG, der Vorstand trotz 3 Milliarden Euro Jahresgewinn in seinem grenzenlosen Profitstreben den Rachen nicht vollbekommt und durch Gründung von Regionalgesellschaften Tarifflicht und Lohndumping betreibt?

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Nicht der Arbeitskampf der Beschäftigten sondern die Profitmaximierung auf dem Rücken der Beschäftigten ist eine Gefahr für die öffentliche Daseinsvorsorge.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb fordern wir, dass die öffentliche Daseinsvorsorge sich vorrangig am Gemeinwohl orientieren und nicht nach betriebswissenschaftlicher Logik funktionieren soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie die Auseinandersetzung bei der Firma Neupack in Hamburg gezeigt hat, ist das Streikrecht durch die Beschränkung der Rechte von Betriebsräten oder Maßnahmen gegen Streikposten ohnehin sehr eingeschränkt. Der Einsatz von Streikbrechern bei der Post vor einigen Wochen, auch in Hamburg, beispielsweise an Sonntagen, zeigt, dass eine weitere Verschlechterung des Streikrechts nicht hinnehmbar ist. Statt mit immer neuen Versuchen das Streikrecht auszuhöhlen, steht bundesweit die Aufgabe an, um gute Arbeit und gute Löhne zu kämpfen und Lohndumping zu verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

Um zu verhindern, dass die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und die Grundlagen für den Kampf für gute Arbeit und gute Löhne nicht geschwächt werden, muss der Senat von SPD und GRÜNEN den bayerischen Vorstoß im Bundesrat ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bald entscheidet der Bundesrat, und wir sollten diesen Antrag nicht im Ausschuss versenken. Es ist heute der Tag, an dem wir Farbe bekennen sollten. Wir sollten die Gelegenheit nutzen, bevor der Bundesrat entscheidet, heute in der Sache zu entscheiden, um ein wichtiges politisches Signal für die vielen Beschäftigten in der Stadt und im Hinblick auf die Zukunft des Streikrechts in Deutschland auszusenden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rose von der SPD-Fraktion.

Wolfgang Rose SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kommt nicht alle Tage vor, dass wir uns in der Bürgerschaft mit einem Antrag der bayerischen CSU beschäftigen, und dann noch auf Antrag der Links-Fraktion, weil sie in großer Sorge ist, dass der Senat Herrn Seehofer erlauben könnte, das Streikrecht der Hamburger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuschränken.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Wenn das nicht so ist, könnt Ihr gern ja sagen!)

(Wolfgang Rose)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN – bleibt ganz ruhig –, dieser Antrag ist sachlich ebenso richtig, wie er politisch überflüssig ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der LINKEN: Ach nee!)

Denn selbstverständlich wird Hamburg den bayerischen Antrag im Bundesrat ablehnen. Das steht schon lange fest, ist mit den SPD-regierten Ländern abgestimmt, und die Beratung darüber findet bereits in der nächsten Woche im Sozialausschuss des Bundesrats statt.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das passt ja!)

Der CSU geht es mit ihrem Vorstoß vor allen Dingen um Profilierung, denn sie haben dafür, anders als beim Betreuungsgeld, selbst bei der CDU im Bundestag keine Zustimmung erreichen können und kommen damit nun in den Bundesrat, wohl wissend, dass sie dort keine Chance haben. Obwohl Ihr Antrag also für den Bundesrat obsolet ist und wohl auch bei Ihnen vor allem Ihrer Profilierung dienen soll, werden wir ihn trotzdem an den Ausschuss überweisen, um dort gemeinsam den weiteren Fortgang des Themas verfolgen zu können.

Durch die Streiks nämlich bei Bahn, Post und KITAS ist die Ausgestaltung des Streikrechts auch in unserer Stadt zu einem Thema geworden. Und es gehört zum Selbstverständnis von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, hier klar Position zu beziehen und dieses Grundrecht genauso zu verteidigen, wie wir mit dem Tarifeinheitgesetz das Solidarprinzip der Tarifverträge gegen die Zersplitterung in Berufsgruppen mit Verträgen erster und zweiter Klasse verteidigt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Strategie der CSU ist dagegen offensichtlich. Sie findet, die Gelegenheit sei günstig, den Unmut vieler Betroffener über ausfallende Züge und geschlossene KITAS populistisch auszunutzen. Doch verständlicher Unmut darf nicht dazu führen, das Grundrecht auf Streik infrage zu stellen oder auszuhöhlen, auch nicht bei den öffentlichen Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Das Recht, für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu streiken, ist ein bedeutendes Verfassungsrecht, abgeleitet aus dem Grundrecht auf Koalitionsfreiheit und bestätigt durch fortwährende Rechtsprechung der höchsten Gerichte. Und es ist eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung, ein Kernbestandteil der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaft und ein wesentlicher Erfolgsfaktor unserer sozialen Marktwirtschaft. Es gibt nicht wenige Länder, in denen Menschen bei dem Kampf um das Streikrecht ihr Leben riskieren. Deswegen ist es sehr wichtig, es zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Streiks müssen nun einmal wehtun, sonst haben sie keine Wirkung. Aber Streiks sind keine willkürliche Schikane von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in ihren Gewerkschaften gegen ihre Unternehmen oder gar gegen deren Kunden etwas unternehmen. Streiks sind oft das einzige Mittel der Gewerkschaften, dem strukturellen Machtungleichgewicht zwischen abhängigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern wirksam etwas entgegenzusetzen zu können.

Dabei gibt es einen Unterschied zwischen Streiks in der Privatwirtschaft und solchen im öffentlichen Sektor und in der Daseinsvorsorge. In der Privatwirtschaft geht es um einen gerechten Anteil der Beschäftigten an den Gewinnen der Unternehmen, von dem die Kunden oftmals wenig mitbekommen und die breite Öffentlichkeit so gut wie gar nicht betroffen ist. Bei der öffentlichen Daseinsvorsorge sind vor allem die Nutznießer dieser Dienstleistungen, die Bürgerinnen und Bürger, betroffen. Und dies bedeutet für viele Betroffene zum Teil erhebliche Einschränkungen wie zum Beispiel beim Bahnverkehr oder bei der Kinderbetreuung. Aber der wirtschaftliche Nachteil hält sich in Grenzen. Deshalb sind Streiks in diesen Bereichen so sensibel, und deshalb können hier das insgesamt große Verständnis und die hohe Akzeptanz der Bevölkerung für Streikmaßnahmen mit zunehmender Dauer schon einmal bröckeln.

Aber in beiden Bereichen geht es um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um ihre Löhne und Arbeitsbedingungen, und darum darf es kein Streikrecht erster und zweiter Klasse geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Die oft gehörten Klagen, die Streiks würden auf dem Rücken der Fahrgäste oder der Kinder ausgeübt, gelten dann zumindest genauso für beide Seiten. Und gerade die Beschäftigten in den Humandienstleistungen wie Erziehung, Bildung und Pflege liegen mit ihrem Einkommensniveau trotz wachsender Anforderungen seit Jahrzehnten im Vergleich zu technischen und kaufmännischen Berufen zurück.

Im Übrigen – auch deshalb ist der bayerische Vorstoß sachlich überflüssig – gibt es in den sensiblen Bereichen der Daseinsvorsorge bereits eine Fülle von freiwilligen Notfall- und Notdienstregelungen, die je nach Bereich ein notwendiges Mindestmaß an Versorgung gewährleisten.

Aus all diesen Gründen sind Staat und Politik gut beraten, sich aus diesen Auseinandersetzungen herauszuhalten und die Tarifautonomie zu achten, in guten und in schlechten Zeiten. Darum ist es sehr zu begrüßen, wenn der rot-grüne Senat, zusammen mit anderen Landesregierungen, Herrn Seehofer im Bundesrat eine deutliche Lektion er-

(Wolfgang Rose)

teilt, dass es mit uns keinen spielerischen Umgang mit dem Grundrecht auf Streik geben wird. Und wenn die Links-Fraktion das genauso sieht, umso besser.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Dann können Sie ja zustimmen!)

– Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Wolf von der CDU-Fraktion.

Dr. Jens Wolf CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 1848 schrieben Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest", ein Gespenst gehe um in Europa, das Gespenst des Kommunismus. Ich wollte damit DIE LINKE ein bisschen erfreuen, deshalb habe ich das herausgesucht und nachgelesen.

(Zuruf von Deniz Celik DIE LINKE)

Marx und Engels machen sich darin stark für das Recht der Arbeiter, wie es dort heißt, zusammenzutreten und Assoziationen zu bilden. Und, richtig, Herr Celik, das ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt, nämlich im Grundrecht der Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 Absatz 3. Das ist das Recht, wie es dort heißt, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden.

Teil dieser Koalitionsfreiheit ist natürlich das Streikrecht, und das will hier niemand in Abrede stellen.

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

Aber wenn Sie hier einen Juristen zum Thema reden lassen – Herr Celik hat das ja provoziert durch die verfassungsrechtliche Debatte –, dann lernt man nicht nur etwas über Marx und Engels, sondern auch ein bisschen etwas über Verfassungsrecht. Das ist das Aber, das ich eben sagte. Der Arbeitskampf unterliegt verfassungsmäßigen Grenzen, wie jedes andere Grundrecht übrigens auch.

(Deniz Celik DIE LINKE: Sie müssen uns nicht belehren!)

– Sie haben das vorhin anders dargestellt.

Und diese verfassungsmäßigen Grenzen werden bestimmt durch Grundrechte Dritter und andere Güter mit Verfassungsrang, und zwar ferner, und das auch ausdrücklich nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Der Arbeitskampf muss also erforderlich sein, er muss geeignet sein, und er muss angemessen sein. So weit das Rechtliche.

Kommen wir einmal zur aktuellen Situation der jüngsten Vergangenheit. Die Fälle wurden schon genannt. Eine Mini-Gewerkschaft der Lokomotivführer legt über Wochen den Zugverkehr in

Deutschland lahm. Wenn man heute in die Zeitung schaut, weiß man, das kann wieder passieren. Fluglotsen und Sicherheitspersonal blockieren den Flugverkehr. ver.di verhindert seit Monaten – und das geht auch weiter –, dass Tausende Kinder in der Kita betreut werden.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das sind auch keine kleinen Gewerkschaften!)

Das sind alles Fälle, die, wie wir von Herrn Rose gelernt haben, erträglich sein mögen. Ja, das kann ich mir vorstellen, das ist so. Aber es ist immer dann gefährlich, wenn Partikularinteressen kleiner Gruppen über das Allgemeinwohl gestellt werden. Und da hat Frau Nahles mit dem Gesetz zur Tarifeinheit schon erste Schritte unternommen, ein aus den Fugen geratenes Streikrecht wieder in geregelte Bahnen zu bringen. Aber denken wir das jetzt einmal weiter. Was ist denn bei dauerhaften Streiks zum Beispiel im Bereich des Gesundheitswesens und der Pflege? Bei der Feuerwehr? Bei der Energieversorgung? Bei der Wasserversorgung? Das kann auch einmal Menschenleben kosten. Dann sind wir nämlich bei den Grundrechten Dritter, bei Leben, bei körperlicher Unversehrtheit und so weiter. Das sind alles gegenüber dem Streikrecht vorrangige Rechtsgüter.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Dr. Wolf, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Dr. Jens Wolf CDU: Sehr gern.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE: Vielen Dank. – Sie sehen das aus der Sicht eines Verfassungsrechtlers. Was heißt denn für Sie "dauerhafte Streiks", und welche Beispiele haben Sie, die Sie uns präsentieren können, bei denen genau die Gefahr besteht, die Sie gerade beschrieben haben, nämlich dass Menschenleben gefährdet werden, die jemals aufgetreten sind bei dem bestehenden Streikrecht?

Dr. Jens Wolf CDU (fortfahrend): Nein, ich habe nur perspektivisch weitergeschaut, indem man einmal anschaut, was eigentlich der Bereich der Daseinsvorsorge ist. Und wir haben schon Verkehr, Bildung oder Kindertagesstätten aufgeführt. Es kann auch einmal weiter gehen. Es geht darum, dass wir hier aufpassen müssen,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Kein Kind ist gestorben!)

dass wir unsere Rechtsgüterordnung in einem richtigen, angemessenen Verhältnis behalten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

(Dr. Jens Wolf)

Was ist denn der Unterschied zwischen einem Streik im Bereich der Daseinsvorsorge und einem anderen Streik im Bereich der Privatwirtschaft? Das hat Herr Rose anklingen lassen, sich aber nicht getraut, es auszusprechen. Der Unterschied besteht darin, dass nicht der Arbeitgeber getroffen wird, sondern die Allgemeinheit, und zwar in unverhältnismäßiger Weise.

Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1991 dem Gesetzgeber einen maßgeblichen Gestaltungs- und Konkretisierungsauftrag gegeben und festgestellt, dass die Koalitionsfreiheit zum Schutz von Grundrechten Dritter und anderer mit Verfassungsrang ausgestatteter Rechtsgüter eingeschränkt werden kann. Nichts anderes beabsichtigt die Bundesratsinitiative des Freistaats Bayern, die eine Ankündigungspflicht von vier Tagen für Streiks im Bereich der Daseinsvorsorge ebenso fordert wie die Pflicht zur Aufrechterhaltung einer Grundversorgung und ein obligatorisches Schlichtungsverfahren. Man muss nicht in jedem einzelnen Punkt damit übereinstimmen, aber man kann diese Punkte wirklich sinnvoll diskutieren.

Das obligatorische Schlichtungsverfahren findet nicht allgemeinen Anklang, auch in meiner eigenen Partei nicht. Aber hier über eine rechtzeitige Ankündigung, über eine Grundversorgung zu reden, ist mehr als legitim.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Ludwig Flocken* und *Andrea Oelschläger*, beide *AfD*)

Die Intention – und darum geht es hier – der Initiative Bayerns ist richtig. Und die Intention der LINKEN ist klar. Ihnen geht es doch, Herr Celik, am Ende gar nicht um das Streikrecht zur Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen. Ihnen geht es doch um den politischen Gehalt, die politische Gewalt solcher Streiks. Und daher nenne ich noch einmal Marx und Engels aus dem "Kommunistischen Manifest". Sie kennen es wahrscheinlich auswendig, aber ich zitiere für alle anderen:

"Die politische Gewalt [...] ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen."

Darüber denken Sie bitte alle einmal bei dem Antrag der LINKEN nach. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Wolf, irgendwie werde ich das Gefühl nicht los, dass Ihr letztes Zitat viel besser zu dem Antrag aus Bayern passt als zu unserer Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Es war dann doch eine ganz interessante Debatte. Als ich mir den Antrag durchlas, dachte ich, dass das schon öffentlich kommuniziert wurde, Wolfgang Rose hat das eben gesagt. Die SPD und auch die sich in rot-grünen oder ähnlichen Koalitionen befindenden Länder werden diesem CSU-Antrag aus Bayern nicht zustimmen. Wozu müssen wir das hier noch debattieren? Aber nach dem Beitrag eben von der CDU, denke ich, kann es im Ausschuss noch interessant werden. Wir können dann in ein paar weitere Details einsteigen.

Aus unserer Sicht ist die Bundesratsinitiative aus Bayern schlicht und einfach falsch, sie wird nicht unterstützt. Es gibt keinen Grund, dieses grundgesetzlich geschützte Streikrecht für die öffentliche Daseinsvorsorge abzuschwächen.

Die Frage mit der Verhältnismäßigkeit ist sicherlich die interessanteste bei diesem Thema. Wenn man sich das Streikgeschehen in Deutschland ansieht in seiner Gesamtbreite, nicht immer nur den einen oder anderen Streik im Fokus hat, dann kann man gerade in den sensiblen Bereichen Krankenhäuser oder Kitas feststellen, dass sehr verantwortlich mit dem Streikrecht und der Verhältnismäßigkeit umgegangen wird. Diese Verhältnismäßigkeit liegt im Übrigen doch auch genau darin, die Mindestversorgung beispielsweise von Kranken zu gewährleisten, die Notversorgung in Kitas, die Versorgung mit Energie und Wasser zu sichern, aber eben gerade nicht darin, den Arbeitgebern und den Kundinnen und Kunden möglichst große Möglichkeiten zur Abfederung der Streikwirkungen zu verschaffen. Das geht nämlich gerade nicht, denn das würde die in der Tarifautonomie geschützte – in großen Führungszeichen – Waffengleichheit der Tarifpartner beschädigen.

Wir können das weiter im Ausschuss debattieren. Das Ergebnis ist schon klar, aber vielleicht wird es noch eine spannende Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vor allen Dingen aus CSU-Regierungskreisen kommen in jüngster Vergangenheit immer einmal die einen oder anderen Wortmeldungen und Debattenbeiträge, die den Rest der Republik ein bisschen verwirren, um das einmal diplomatisch auszudrücken.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Bestes Beispiel ist die vorliegende Bundesratsinitiative oder auch die Pressemitteilung auf der Seite der bayerischen Staatsregierung, mit deren selbstsicherer Auffassung die Vorschläge der Staatsregierung im Einklang stehen mit der vom Grundge-

(Jennyfer Dutschke)

setz geschützten Koalitionsfreiheit. Diese Entscheidung sollte man dann doch nicht der Staatsregierung, sondern lieber dem Bundesverfassungsgericht überlassen.

Die Zunahme derartigen CSU-Gepolters zeigt im Übrigen, wie sehr in Bayern die FDP fehlt,

(Heiterkeit bei den Fraktionen – *Dirk Kien-scherf SPD*: Das ist es wahrscheinlich!)

um derzeit ein vernünftiges, rechtsstaatliches Korrektiv sicherzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Besser wäre es stattdessen gewesen, wenn Bayern eine Bundesratsinitiative gegen das Tarif-einheitsgesetz der schwarz-roten Bundesregierung gestartet hätte.

(Beifall bei der FDP)

Nach Auffassung von uns Freien Demokraten stellt dieses neueste Produkt von SPD-Arbeitsministerin Nahles einen weitaus größeren Grundrechtseingriff dar. Dem Bundesverfassungsgericht liegen demzufolge nun zahlreiche Klagen vor, und wir werden sehen, was da noch passiert.

Aber auch die reflexhafte Gegenpolemik von linker Seite gegen die bayerische Bundesratsinitiative wird dem Ernst der Sache nicht gerecht. Die Bundesratsdrucksache 294/15 zielt zwar in eine fragwürdige Richtung ab, aber in Bausch und Bogen verdammen kann man sie auch nicht. Die ersten vier der fünf Petita dürften weitestgehend konsensfähig sein. Streiten könnte und sollte man jedoch über die im fünften Petikum geforderten gesetzlichen Regelungen zur obligatorischen Schlichtung, Streikankündigungsfristen und Notdienstvereinbarungen. Dafür sind nun die Fachausschüsse des Bundesrats da, und auf das weitere Verfahren darf man also gespannt warten.

Derzeit ist jedoch das fünfte Petikum in der Tat zu weitreichend formuliert. Zudem betonen wir Liberale immer wieder die Wichtigkeit von Wettbewerb und Angebotsvielfalt. Nur so können Monopolstellungen und deren Missbrauch verhindert werden, auch und gerade im Bereich der Daseinsvorsorge. Dieser Gedanke kommt uns in dem bayerischen Bundesratsantrag zu kurz. Wir Freien Demokraten halten die bayerische Bundesratsinitiative folglich, jedenfalls in der vorliegenden Form, auch nicht für zustimmungsfähig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Flocken von der AfD-Fraktion.

Dr. Ludwig Flocken AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Die öffentliche Daseinsvorsorge ist nicht nur ein verwaltungstechnischer und rechtlicher Begriff, sondern eine huma-

näre Verpflichtung des Staates seinen Bürgern gegenüber. Die moderne Begriffsbestimmung wurde vom Staatsrechtler Ernst Forsthoff vor über 80 Jahren entwickelt und hat sich inzwischen durchgesetzt auf europäischer Ebene. Die Verpflichtung steht im Vertrag von Lissabon, im Artikel 14 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, und findet ihren Niederschlag auf allen Ebenen deutschen Rechts.

Das Streikrecht ist Bundesangelegenheit, aber die Daseinsvorsorge ist nach Grundgesetz Artikel 28 und auch nach dem Raumordnungsgesetz die Verantwortung von Bürgerschaft und Senat in Hamburg. Selbstverständlich streiten Politiker verschiedener Parteien und sogar innerhalb der Parteien immer wieder über die Position zwischen dem Minimalstaat der Liberalen und dem totalen fürsorglichen Staat der Etatisten und Kommunisten. Aber jenseits des Ideologiestreits hoffe ich doch, dass wir hier eine gemeinsame hohe Verantwortung gegenüber allen Bürgern akzeptieren.

Unter Daseinsvorsorge verstehen wir die staatliche Aufgabe, Güter und Leistungen bereitzustellen, die für ein modernes Dasein im Sinne einer modernen Gesellschaft als notwendig erachtet werden. Während Wohlhabende sich diese Dinge größtenteils auch in Eigenregie beschaffen könnten, gilt das für Normalbürger weniger und umso weniger, je weniger reich sie sind.

Ein Beispiel: So gehört für eine ausgeschiedene Senatorin mit üppigem Übergangsgeld ein öffentlicher Krippenplatz nicht zur Daseinsvorsorge, für Geringverdiener schon. Getroffen – manche sagen, in Geiselhaft genommen – wurden durch die Streiks immer sehr viele Menschen – das ist eben auch ausgeführt worden – und in besonderem Maße die kleinen Leute, also Ihre Klientel und übrigens auch unsere Klientel.

(Vereinzelter Beifall bei der AfD)

Zur Daseinsvorsorge zählen Verkehrs- und Förderungswesen, Gas, Wasser, Elektrizität, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser und Friedhöfe. Traditionell waren das also Tätigkeiten, die früher von Beamten und öffentlichen Angestellten ausgeübt wurden. Diese hatten, zu Recht, kein oder eben nur ein eingeschränktes Streikrecht, weil es sich um Grundlagen einer funktionierenden Gesellschaft handelt. Im Zuge der Privatisierung hat sich der Staat zum Teil aus dieser Verantwortung herausgezogen. Die Folgen können wir seit Jahren nicht nur bei unseren europäischen Nachbarn beobachten.

Es hat mich erstaunt, dass Ihnen offensichtlich verborgen geblieben ist, dass die Akzeptanz für Streiks, die die öffentliche Daseinsvorsorge gefährden, im letzten Jahr rapide gesunken ist. Arbeitnehmer bekommen Stress bei ihrem Arbeitsplatz, kleine Firmen, die sowieso ums Überleben kämp-

(Dr. Ludwig Flocken)

fen, können durch maßlose Streiks, die über Wochen andauern, in ihrer Existenz bedroht werden.

Ich möchte Sie an das drastische Beispiel der Kita Karolinenstraße erinnern. Die Hälfte der rund 20 Kinder dort ist behindert, zum Teil schwer mehrfach behindert. Durch den Kita-Streik wurden gerade diese behinderten Kinder ohne Notbetreuung und ohne wichtige Therapien gelassen. Die Schwächsten hatten den Streik auszubaden. Das scheint die Damen und Herren der Links-Fraktion nicht zu interessieren. Geht es Ihnen wirklich um die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer, oder geht es Ihnen vielmehr darum, die freie und prosperierende Gesellschaft zu destabilisieren?

Dass es auch anders geht, haben nicht nur die Ärzte und Krankenschwestern, sondern auch diejenigen Krankenhausmitarbeiter bewiesen, die ohne direkten Patientenkontakt arbeiten. Sie sind sich ihrer ethischen Verantwortung gegenüber den Patienten bewusst. Sie haben sich immer an die von Bayern jetzt geforderten, vernünftigen Regelungen gehalten. Und die Belohnung dafür war, dass die öffentliche Unterstützung für ihre Anliegen auch immer sehr viel höher war als gegenüber der Post, den Kita-Mitarbeitern oder den Lokführern. Wenn es ethisch nicht vertretbar ist, Kranke zu schädigen, warum soll es dann vertretbar sein, Unbeteiligte in ihrer ökonomischen Existenz zu bedrohen? Herr Wolf hat das eben schon etwas drastischer ausgedrückt.

Wie können Sie in der Weise die Interessen Ihrer Wähler vergessen? Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Links-Fraktion abzulehnen und den Senat aufzufordern, den Antrag des bayerischen Freistaates vom 16. Juni zur Entschließung des Bundesrats zur Regelung des Streikrechts in Bereichen der Daseinsvorsorge zu unterstützen. Ich bitte Sie zudem, dafür Sorge zu tragen, einen Ergänzungsantrag zur Drucksache 294/15 zu stellen, dass der Bereich Kinderbetreuung zur Daseinsvorsorge gehört und in Bezug auf das Streikrecht ebenso behandelt wird wie beantragt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Celik von der Fraktion DIE LINKE.

Deniz Celik DIE LINKE:* Herr Rose, ich weiß, dass Sie Berührungsängste gegenüber unserer Fraktion haben, aber ich habe jetzt inhaltlich keinen Dissens erkennen können. Wenn Sie sagen, dass unser Antrag in der Sache richtig ist, dann mache ich den Vorschlag, lassen Sie uns doch gemeinsam mit unserer Fraktion einen Antrag zusammen basteln, denn die Sache drängt. Es ist so, dass der Bundesrat kurz vor der Entscheidung steht.

(*Wolfgang Rose SPD:* Haben Sie nicht zugehört bei mir?)

– Doch. Sie haben gesagt, im September werde der Bundesrat entscheiden. Deshalb machen wir Ihnen doch das Angebot, gemeinsam mit uns einen Antrag zu verfassen.

(*Gerhard Lein SPD:* Der Senat hat doch schon entschieden!)

– Ja.

Es geht darum, ein politisches Signal von der Bürgerschaft auszusenden, indem wir gemeinsam einen Antrag beschließen und an die Beschäftigten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Stadt, ein politisches Signal senden. Aber dazu haben Sie nicht den politischen Willen, wie ich feststelle.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen, wir müssten uns keine Sorgen machen wegen der Einschränkung des Streikrechts. Aber Sie haben schon einmal mit dem Tarifeinheitsgesetz dafür gesorgt, dass das Streikrecht der kleinen Gewerkschaften eingeschränkt wurde.

(*Gerhard Lein SPD:* Gut so!)

Deshalb haben wir uns bei dieser Sache gedacht, dass es besser wäre, von hier aus noch einmal ein politisches Signal auszusenden und in dieser Angelegenheit deutlich zu machen, dass Sie zumindest in diesem Punkt gegen die Einschränkung des Streikrechts sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu Herrn Wolf. Ja, ich habe interessiert Ihren verfassungstheoretischen Ausführungen zugehört.

(*André Trepoll CDU:* Und? Verstanden?)

– Ja. Ich brauche keine Belehrung, Herr Trepoll. Wenn Sie nur wüssten, dass es in der Verfassungswirklichkeit auch umgesetzt wird.

Es ist doch so, dass in den Krankenhäusern Notdienste vereinbart werden, dass die Gewerkschaften schon dafür sorgen, dass beispielsweise das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Leben, dass all diese Grundrechte nicht durch das Streikrecht in Gefahr geraten oder eingeschränkt werden. Deshalb waren Ihre Ausführungen eigentlich überflüssig,

(Beifall bei der LINKEN)

weil die Gewerkschaften schon dafür Sorge tragen, dass dies eingehalten wird.

Ihre Ausführungen über das Gespenst des Kommunismus oder politische Gewalt gingen so an der Sache vorbei, dass ich dazu nicht viel sagen möchte.

Zum Schluss möchte ich auf Folgendes hinweisen: Herr Rose hat vom strukturellen Machtungleichge-

(Deniz Celik)

wicht gesprochen, das ist ein wichtiges Stichwort, weil wir in den letzten Jahrzehnten eine Vergrößerung des Machtungleichgewichts erleben, durch die Ausweitung der Leiharbeit, durch Werkverträge, durch die Spaltung der Belegschaften und durch verschiedene Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen. Dadurch haben heutzutage die Gewerkschaften nicht mehr die gleiche Verhandlungsmacht wie vor 20 oder 30 Jahren. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir jede Initiative, die die Koalitionsfreiheit angreift und das Streikrecht beschränken möchte, hier mit einer Stimme verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Chance haben wir leider heute verpasst, indem Sie diesen Antrag in den Ausschuss versenkt haben. – Schade.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 21/1337 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren angenommen.

Punkt 69, Drucksache 21/1352, Antrag der FDP-Fraktion: Lehren aus dem Streik in Hamburger Kitas ziehen – Rückerstattungsanspruch von Elternbeiträgen sichern.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Lehren aus dem Streik in Hamburger Kitas ziehen – Rückerstattungsanspruch von Elternbeiträgen sichern
– Drs 21/1352 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Durch den Kita-Streik zu viel bezahlte Elternbeiträge unverzüglich auf Kulanz-Basis rückerstatten
– Drs 21/1445 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/1445 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

Beide Drucksachen möchten die Fraktionen der SPD, GRÜNEN und FDP an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Oetzel von der FDP-Fraktion.

Daniel Oetzel FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Kita-Streik war eine große Herausforderung und Belastung für alle

Beteiligten: für die Eltern, für die Kinder, für die Erzieherinnen und Erzieher und das jeweilige Umfeld. Derzeit ist zwar Pause, aber es sieht so aus, als könnte es schon sehr bald wieder losgehen. Unser Antrag ist aber nicht nur für den Fall, dass der aktuelle Konflikt andauert, eine wichtige Maßnahme, sondern auch vorausschauend zu betrachten für alle möglichen Streiks, die wir in der Zukunft in Hamburg in diesem Bereich noch haben könnten. Wenn in den Kitas und Krippen gestreikt wird, dann müssen Eltern sich Alternativen zur Betreuung suchen, spätestens wenn die Oma einmal keine Zeit mehr hat oder der Jahresurlaub verbraucht ist. Diese Alternativen kosten aber oftmals auch Geld. Solange es in Hamburg keinen rechtsverbindlichen Anspruch auf Erstattung des Familieneigenanteils im Streikfall gibt, sind Eltern in Hamburg daher potenziell doppelt gestraft. Einmal fällt die Betreuung der Kinder aus, es muss nach einer Alternative gesucht werden, und zusätzlich ist es aber derzeit denkbar, dass sowohl die nicht stattfindende Betreuung als auch eben diese Ersatzbetreuung, die gesucht werden muss, bezahlt werden müssen. Das halten wir für die Eltern, die vermeintlich verbindliche Betreuungsverträge eingegangen sind, für nicht zumutbar.

(Beifall bei der FDP)

Im vergangenen Streik haben die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten und die ASB-Sozialeinrichtungen den Eltern auf Kulanzbasis die Beiträge bereits erstattet. Die Rudolf-Ballin-Stiftung e.V. musste vom Senat dazu aufgefordert werden, dies ebenfalls zu tun, und der Hamburger Schulverein und das Studierendenwerk Hamburg wollten lediglich juristisch prüfen lassen, ob im Falle eines unbefristeten Streiks eine Erstattung geboten ist. An dieser Stelle muss man der Vereinigung und dem ASB einmal einen großen Dank aussprechen. Die Erstattung der Beiträge auf freiwilliger Basis hat verhindert, dass die Streikfolgen für viele Eltern noch dramatischer als ohnehin verlaufen sind.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Melanie Leonhard SPD* und *Philipp Heißner CDU*)

Langfristig halten wir das dennoch für keine Perspektive, denn in einer insgesamt von Unsicherheit geprägten Streiksituation wollen wir zumindest eines gewährleisten: den Eltern Rechtssicherheit darüber zu geben, dass sie im Streikfall ihre Beiträge sicher zurückbekommen, um eine alternative Betreuung organisieren zu können.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern daher, dass geprüft wird, auf welche Weise das Kinderbetreuungsgesetz in Paragraph 22 möglicherweise ergänzt werden kann. Alternativ wäre eine Einfügung in die Verordnung über den Familieneigenanteil denkbar. Gegenstand dieser Prüfung sollte dann auch sein, ob eine Änderung für bereits bestehende Betreuungsverträge mög-

(Daniel Oetzel)

lich ist, damit im erneuten Streikfall auch den jetzt betroffenen Eltern in diesem aktuellen Tarifkonflikt geholfen werden kann. Hier, meine Damen und Herren, liegt auch der Hund beim Zusatzantrag der CDU begraben, denn korrekter wäre es meines Erachtens, nur die Möglichkeit der Forderung Ihres Antrags zu prüfen. Was Sie hier fordern, liebe CDU, ist im Grunde nichts Geringeres als ein Eingriff in bereits bestehende privatrechtliche Verträge, worüber man sicherlich durchaus streiten kann. Wir stimmen der Überweisung dennoch zu, weil wir den Intent des Antrags auch für richtig halten, und vielleicht kann man das ja im Ausschuss noch heilen. Es gibt wie gesagt viele Fragen, die wir gern fraktionsübergreifend im Ausschuss diskutieren wollen, und wir hoffen daher auf Ihre Zustimmung zu unserem Überweisungsbegehren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Leonhard von der SPD-Fraktion.

Dr. Melanie Leonhard SPD: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Der vorliegende FDP-Antrag setzt sich noch einmal mit der Frage auseinander, inwieweit man eine rechtliche Grundlage dafür schaffen kann, dass im Rahmen des jetzt in der Tat sehr lange andauernden und mit sehr vielen Härten für viele Eltern verbundenen Kita-Streiks den Eltern zumindest die Betreuungsgebühren regelhaft erstattet werden, sollte eine Betreuung über einen längeren Zeitraum nicht stattgefunden haben. Unserer Auffassung nach ist es durchaus so, dass es dafür an sich keiner weiteren rechtlichen Grundlage bedarf, weil durch das Kita-Gutscheinsystem zwischen den Eltern und dem jeweiligen Kita-Träger über den Betreuungsvertrag, wie Sie selbst sagten, bereits ein privatrechtliches Rechtsverhältnis besteht und damit die Erstattung von Gebühren für uns – und da hat sich Hamburg durchaus von den anderen Kommunen in den Streikwochen unterschieden – eigentlich gewährleistet sein müsste.

Wir halten es aber trotzdem für richtig, Ihren Antrag intensiv im Ausschuss zu diskutieren. Deswegen werden wir dem Überweisungsbegehren auch gern zustimmen, weil wir offen dafür sind, an der einen oder anderen Stelle zu prüfen, ob man das Verfahren optimieren kann, wie man dafür sorgen kann, dass auch allen Trägern dieses Rechtsverhältnis bewusst ist, und wie man die Eltern schützen kann, damit sie bei hoffentlich nicht allzu nahen weiteren Streiks – am besten gar keinen mehr – zumindest von den finanziellen Folgen einigermaßen verschont bleiben.

Was den CDU-Zusatzantrag betrifft, können wir uns da der Auffassung der FDP weitgehend an-

schließen. Es ist in der Tat ein bisschen irrig, davon auszugehen, dass in jedem Fall die Gebühren erstattet werden müssen über das Verhältnis hinaus, das durch den Vertrag zwischen Eltern und dem jeweiligen Kita-Träger besteht, wodurch aus unserer Sicht schon Klarheit geschaffen ist. Dass man das so unbürokratisch wie möglich gestaltet, ist völlig selbstverständlich. Wir glauben aber, dass man auf den wirklich formlosen Antrag, den zum Beispiel die Elbkinder für die Eltern sogar auf ihrer Internetseite anbieten, keinesfalls verzichten kann, denn es ist schon das Mindeste, dass man wenigstens beantragt, für welchen Zeitraum man die Gebühren erstattet bekommen möchte. Trotzdem überweisen wir auch Ihren Antrag gern an den Ausschuss, weil wir finden, dass er es wert ist, das Thema in einem Zusammenhang zu diskutieren und gemeinsam darüber nachzudenken, wie das Verfahren bei uns in Hamburg im Moment gestaltet ist, ob es ausreichend rechtssicher ist und ob man gegebenenfalls an der einen oder anderen Stelle noch etwas nachjustieren muss. Insofern stimmen wir der Überweisung beider Anträge gern zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Heißner von der CDU-Fraktion.

Philipp Heißner CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Viele Tausend Hamburger Eltern waren vom Streik in den Kindertageseinrichtungen betroffen und mussten eine anderweitige Betreuung für ihre Kinder organisieren. Diejenigen, die ihre Kinder normalerweise mehr als fünf Stunden in eine Kita geben, mussten für diese Zeit, wir hatten es erwähnt, trotzdem Elternbeiträge für die Kita-Betreuung bezahlen. Das hat der Senat auch auf eine Anfrage der CDU bestätigt. Diese Eltern erwarten zu Recht, dass ihnen die Beiträge, für die sie keinerlei Gegenleistung erhalten haben, nun erstattet werden, zumal auch die Träger in dieser Zeit Personalkosten sparen, da streikende Erzieher aus den Streikkassen der Gewerkschaften bezahlt werden. Es ist daher ein richtiger Schritt, für die Zukunft verbindlich festzuschreiben, dass solche zu viel bezahlten Elternbeiträge automatisch erstattet werden. Wir werden diesen Antrag daher unterstützen.

Wir glauben darüber hinaus auch, dass die Eltern, die unter dem langen Kita-Streik schon genug zu leiden hatten und auf die zu allem Überfluss möglicherweise noch ein weiterer Streik zukommt, nicht noch zusätzlich mit Bürokratie weiter belastet werden sollten. Dies ist im Moment aber der Fall, da die Träger die Elternbeiträge immerhin – aber eben nur auf Antrag – erstatten. Auch wir schließen uns an dieser Stelle aber dem Dank an die Träger an, die das zum Großteil auf Kulanzbasis machen, da in diesen privaten Vereinbarungen eben oftmals

(Philipp Heißner)

kein Automatismus festgeschrieben ist. Wir möchten daher ergänzend zu dem Antrag der FDP den Senat darum bitten – und darum geht es, es ist uns bewusst, dass das nicht rechtsverbindlich möglich ist –, mit den Trägern aber das Gespräch zu suchen, um sich für eine antragslose unbürokratische Erstattung der zu viel bezahlten Elternbeiträge einzusetzen. Zumindest aber sollten wir die Diskussion im Familienausschuss fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gallina von der GRÜNEN Fraktion.

Anna Gallina GRÜNE:* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Dass wir alle gemeinsam im Ausschuss weiter diskutieren wollen, darüber sind wir uns einig. Ich möchte aber gern noch einmal an die FDP gerichtet sagen, ich habe mich sehr gefreut, dass Sie in Ihrem Antrag auch den Landeselternausschuss als Gesprächspartner adressiert haben, und möchte ein bisschen dafür plädieren, dass wir uns auch wirklich die Zeit nehmen. Der Landeselternausschuss konstituiert sich ja zu jedem Kita-Jahr neu, das heißt, er ist jetzt genau in diesem Prozess, und wenn wir ihn in diese Diskussion einbinden wollen, dann müssen wir ihm noch ein bisschen Zeit geben. Insofern sind wir auf dem richtigen Weg, wenn wir diese Themen mit in den Ausschuss nehmen und dann auch mit den anderen beteiligten Akteuren weiter im Dialog bleiben. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Ksenija Bekeris* und *Dr. Melanie Leonhard*, beide SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag hat unsere Unterstützung. Streik ist ein Druckmittel, um auch die Arbeitgeber zu einer Einigung zu bringen, und es kann nicht sein, dass diese zusätzliche Einnahmen haben in der Zeit, in der die Gewerkschaften die Löhne zahlen. Da stimmen wir zu. Aber gleichzeitig möchte ich auf eine Situation hinweisen, die im Herbst auf uns zukommt. Letztendlich hat der Senat in der Situation, als die Verhandlungen stattfanden, einfach ruhig zugehört, wie der Streik weitergeht, anstatt seine Rolle als kommunaler Arbeitgeber ernst zu nehmen und gegenüber den kommunalen Arbeitgebern auf Bundesebene Druck auszuüben, dass man den Beschäftigten ein vernünftiges Angebot macht.

(Beifall bei *Sabine Boeddinghaus* DIE LINKE)

Letztendlich haben wir im Herbst dann wieder das gleiche Problem, dass die Beschäftigten wieder streiken müssen. Es geht nicht nur um Lohn, sondern auch darum, ihre Arbeit vernünftig aufzuwerten. Das wird zur Folge haben, dass wir uns wiederum mit dieser Debatte befassen müssen. Daher geht meine Forderung an Herrn Scheele, bevor er Hamburg verlässt, dass er seine Rolle ernst nimmt und Druck auf den kommunalen Arbeitgeber auf Bundesebene macht, dass man den Gewerkschaften ein vernünftiges Angebot vorlegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem muss man auch eines wissen: Bezogen auf Gebühren oder Elternbeiträge wird es auch Klagen von Trägern geben. Letztendlich werden sich die Richter damit beschäftigen. Es gibt auch die Variante, dass die Träger sich diesbezüglich mit solch einem bürokratischen Monster nicht beschäftigen, sondern die Stadt die Gebühren und Elternbeiträge direkt kassiert. Wenn die Stadt sich um solche bürokratischen Dinge kümmert, dann hätten die Träger und Beschäftigten mehr Zeit oder Kapazitäten für die Bildung und Betreuung der Kinder.

Aber in diesem System gibt es ein grundsätzliches Problem. Wir alle hier sind mit Ausnahme von einigen wenigen der Auffassung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung ein Bildungsort ist und zur Daseinsversorgung gehört. Das Problem ist wiederum die neoliberale Denkweise in diesem Bereich unter dem Motto "So viel auslagern, wie man möchte, andere sollen sich darum kümmern, wir finanzieren und treffen Vereinbarungen" und dass wir da nicht grundlegend wie im Schulwesen oder bei den Universitäten sagen, das gehöre zur Daseinsvorsorge und wir finanzieren das. Dann hätten wir auch dieses Problem mit Streiks in einem bestimmten Rahmen hinter uns, denn das Problem ist jetzt, dass nicht nur ein Bundesland sich damit befassen muss, sondern alle Bundesländer, weil dieser Bereich nicht als Daseinsvorsorge gesehen wird – in Diskussionen schon, aber im Grunde nicht. Daher sagen wir, es ist möglich, dass man das steuerfinanziert macht, dass man diese Last hinter sich lässt und dass unsere Beschäftigten sich in Form von Bildung um unsere Kinder kümmern, anstatt sich mit solchen bürokratischen Dingen zu beschäftigen. Gleichzeitig geht natürlich, wenn sie streiken müssen, auch die Beziehung zu den Eltern kaputt, weil Vertrauen bei dieser Arbeit eine große Rolle spielt. Auch daher sagen wir, das solle grundsätzlich steuerfinanziert werden, damit man nicht ständig diesen Hickhack hat. – Vielen Dank und wir sehen uns im Ausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Wer einer Überweisung der Drucksachen 21/1352 und 21/1445 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren angenommen worden.

Punkt 63, Drucksache 21/1336, Antrag der AfD-Fraktion: Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der aktuellen Flüchtlingsbewegung nach Deutschland und Europa.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung
der aktuellen Flüchtlingsbewegung nach
Deutschland und Europa
– Drs 21/1336 –]**

Die AfD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Innenausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Nockemann von der AfD-Fraktion.

Dirk Nockemann AfD:* Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis tief in bürgerliche Schichten hinein scheinen Menschen heutzutage dazu zu neigen, hartes, normatives Gesetzesrecht durch subjektives Rechtsempfinden zu ersetzen. Das führt dann dazu, dass viele Menschen glauben, jeder Flüchtling, der nach Deutschland kommt, habe automatisch einen Anspruch und ein Recht darauf, auch dauerhaft hierzubleiben. Meiner Fraktion geht es darum, hier sauber zu differenzieren zwischen denjenigen, die nach Gesetz und Verfassung einen Anspruch auf Aufenthalt in Deutschland haben, und den anderen, die eben nach Gesetz und Verfassung kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, denn nur auf diese Art und Weise wird man dauerhafte und tragfähige Lösungen finden.

Meine Fraktion zeigt mit dem vorliegenden Antrag, dass ein ganzes Maßnahmenbündel erforderlich ist, um auf der einen Seite politisch Verfolgten eine schnelle Bleiberechtsperspektive zu eröffnen, auf der anderen Seite aber auch den Aufenthalt derjenigen schleunig und konsequent zu beenden, die keinen Anspruch auf Aufenthalt haben. Über die Zugangszahlen haben wir bereits gestern gesprochen, sie liegen bei ungefähr 800 000 für dieses Jahr. Allein der Hansestadt Hamburg entstehen Kosten von 500 bis 600 Millionen Euro. Unsere im vorliegenden Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen sind die Reaktion darauf, dass die Flüchtlingskrise, die uns derzeit beherrscht, größtenteils in Deutschland auch hausgemacht ist. Damit verkenne ich nicht die Fluchtursachen – teilweise Kriege, teilweise auch unzureichende wirtschaftliche Verhältnisse in bestimmten Staaten dieser Erde. Aber

diese zahlenmäßige Dramatik gibt es eigentlich nur in Deutschland und sonst nirgendwo in Europa. Nach Angaben des BAMF stellen 85 Prozent aller Asylbewerber vom Balkan ihren Antrag in Deutschland und nicht irgendwo anders in Europa. 1 Prozent aller Anträge von Syrern wird in England gestellt, das sind glatte 7000. Auf Bahnhöfen in Budapest rufen die Menschen, sie wollten nach Deutschland und nirgendwo sonst hin. Die österreichischen Grenzer in Wien sagen: Migration, das ist eine Sache der Deutschen. Die Zahlen sind mittlerweile so hoch, dass auch die deutsche Grenzpolizei überlastet ist und nicht mehr kontrolliert.

Warum kommen die Flüchtlinge überwiegend nach Deutschland und nicht auch nach Norwegen, in die Niederlande oder nach Österreich? Sind es wirklich nur die wirtschaftlichen Verhältnisse? Dann könnten sie doch auch nach Norwegen, in die Niederlande oder nach Österreich gehen. Sie kommen deswegen nach Deutschland, weil sie wissen, dass bei uns die Asylverfahren regelmäßig viele Monate dauern, häufig sogar einschließlich der Gerichtsverfahren viele Jahre. In Österreich und in Norwegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dauern Asylverfahren 48 Stunden. Ich weiß natürlich, dass die Kollegen von der LINKEN das wieder für menschenrechtswidrig halten, aber wer von den anderen hier im Haus wollte auch behaupten, dass ein 48 Stunden dauerndes Asylverfahren rechtsstaatswidrig oder unmenschlich ist? Hier haben deutsche Bundesregierungen über Jahre und Jahrzehnte total versagt. 1993 gab es einen Asylkompromiss. Ich habe damals in bestimmten Gruppen auf Arbeitsebene – auf einer sehr bescheidenen Ebene – daran mitgewirkt und kann deswegen nur sagen, dass vieles von dem, was damals zu Recht beschlossen wurde, in den letzten Jahren wieder zurückgedreht worden ist, und auch deshalb sage ich, dass ein Teil dieser zahlenmäßigen Krise hausgemacht ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Deutschland gibt es kaum Abschiebungen, gemessen an den vollziehbar Ausreisepflichtigen. Deswegen nehmen wir in unserem Antrag Bezug darauf, die Abschiebungen deutlich zu erhöhen. Natürlich sind auch diese Abschiebungen kein Allheilmittel, denn es gibt verschiedene Maßnahmen. "Die Welt Online" berichtete kürzlich darüber, wie sich abgelehnte Asylbewerber ihrer Abschiebung dauerhaft entziehen können. Es ist ein Skandal, dass ein Rechtsstaat dieses überhaupt ermöglicht, und das müssen wir ändern. Deswegen sagen wir, Abschiebungen müssten erhöht werden. Professor Hailbronner, der damals im Bereich des Asylkompromisses an maßgeblicher Stelle mitgewirkt hat, hat dazu gesagt, gerade die Tatsache, dass ein wesentlicher Teil der Asylbewerber eben nicht nach vollendetem negativen Verfahren abgeschoben werde, sei ein erheblicher Anreiz für die Asyl-

(Dirk Nockemann)

bewerber oder Flüchtlinge, nach Deutschland zu kommen und eben nicht in andere Länder.

(Phylliss Demirel GRÜNE: Da klatscht nicht mal die eigene Fraktion!)

Herr de Maizière möchte 150 Stellen beim Bundesgrenzschutz zusätzlich einrichten, um die Abschiebeorganisationseinheiten zu erhöhen. Er weiß, dass mehr als 3000 Stellen dort fehlen – auch hier wieder ein staatliches Versäumnis der CDU/SPD-geführten Bundesregierung. Wenn ich sage, wir brauchen Abschiebungen, sehr geehrte Frau Prien, dann nutze ich nicht den von Ihnen in der letzten Sitzung vor der Sommerpause gebrauchten Begriff Massenabschiebungen. Würden wir diesen Begriff gebrauchen, würden Sie sofort an dieses Pult kommen und sagen, Sie wollten die AfD verbieten. Frau Prien, gucken Sie nicht so, Sie haben das damals mit ganz kühler Berechnung formuliert. Dieser Begriff Massenabschiebung ist bei Ihnen nicht zu Hause, und wenn ein Neuling sich manchmal im Wording vertut, ist das die eine Sache.

(André Trepoll CDU: Was ist das für ein Unfug?)

– Entschuldigung, aber ich kritisiere diesen Begriff, der damals gebraucht worden ist, hier deswegen,

(André Trepoll CDU: Es ist alles gesagt!)

weil Frau Prien uns gestern als die geistigen Urheber der Brandstifter bezeichnet hat, und das ist hochgradig skandalös, Frau Prien.

(Beifall bei Martin Dolzer und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

– Sie nehme ich sowieso nicht mehr ernst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht hin und her im Bereich Asylbewerberleistungsgesetz und Asylgesetzgebung. Als wir vor Monaten darauf hingewiesen haben, dass wir die Leistungen in Sachleistungen zahlen müssen und nicht in Geldleistungen, wurden wir als Rechtspopulisten bezeichnet. Heute gehen der Senat und andere hin und sagen, wir brauchen wieder Sachleistungen statt Geldleistungen. Das ist genau das, was im Asylkompromiss von 1993 vereinbart worden ist. Warum dieses ewige Hin und Her und warum nicht das konsequente Durchhalten einmal als richtig erkannter Linien? Dann wurde vor einiger Zeit die Visafreiheit für die Balkanstaaten eingeführt. Auch da hat man heute erkannt, dass nicht alles, was man Gutes will, am langen Ende auch Gutes zur Folge hat. Auch da wäre es einmal angebracht gewesen, über die Konsequenzen nachzudenken, denn heute, einige Jahre später, ist man schon wieder so weit, dass man das zurückschrauben will. Na bitte, wer hätte es gedacht?

Wir fordern den Senat daher auf, sich auf Bundesebene für dieses Prinzip der Sachleistung statt Geldleistung einzusetzen. Wir fordern den Senat

weiterhin auf, sich dafür einzusetzen, dass Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftstaaten erklärt werden. Ich sagte vorhin, dass die Krise, die wir in diesem Bereich erleben, zum größten Teil hausgemacht ist. Die Bundesregierungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben es nicht vermocht, die Schwächen des Dubliner Abkommens zu relativieren oder ganz zu beseitigen. Das Dubliner Abkommen ist eigentlich ein recht schändliches Abkommen. Es überträgt die Lasten der Flüchtlingskrise auf die südlichen Grenzstaaten, das heißt, Deutschland wollte sich eigentlich auf Kosten der südlichen Länder entlasten. Das finde ich ungeheuerlich, und es war wohl damals schon absehbar, dass dieses Prinzip nicht durchzuhalten ist. In der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" stand kürzlich Folgendes geschrieben:

"Weil Deutschland der Magnet für Flüchtlinge ist (und für solche, die sich nur so nennen),"

– wie gesagt, das ist die Diktion der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" –

"sehen es unsere Nachbarn nicht ein, warum sie die Reise dorthin unterbrechen sollten."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen handeln, und zwar sofort. Deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Abaci von der SPD-Fraktion.

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde auf die Rede von Herrn Nockemann nicht eingehen, weil sie für mich eine intellektuelle Zumutung ist.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Antrag der AfD-Fraktion ist eine Zumutung, das wurde schon angesprochen.

(Beifall bei der SPD und bei Martin Dolzer und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

Die AfD-Fraktion hat den Antrag der CDU-Fraktion, den wir vor der Sommerpause debattiert haben, kopiert und oben mit AfD-Fraktion überschrieben. Wir haben dieses Thema ausführlich in diesem Hause diskutiert und debattiert, und deshalb ist es eine Zumutung; so darf man mit dem Parlament nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GRÜNE)

Zum Thema: Meine Damen und Herren, das nördliche Europa, insbesondere Deutschland, steht vor einer großen Herausforderung. 800 000 Menschen, vielleicht auch eine Million Flüchtlinge und

(Kazim Abaci)

Migranten werden innerhalb dieses Jahres nach Deutschland kommen. Diese Größenordnung lässt sich nicht mit einigen politischen Handgriffen einfach bewältigen. Wir brauchen eine klare Gesamtstrategie im Bereich der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Es ist uns daher wichtig, die Punkte herauszuarbeiten, über die es einen vernünftigen Konsens zwischen den demokratischen Parteien geben kann und geben soll.

Erstens: Das Asylrecht gehört zum Kern unseres Selbstverständnisses. Menschen, deren Leben bedroht ist, eine Zuflucht zu bieten ist und bleibt der Anspruch eines Rechtsstaats.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der FDP und bei *Karin Prien CDU*)

Zweitens: Wer diese Menschen angreift oder auch nur Gebäude angreift, die ihrer Unterbringung dienen sollen, dem muss dieser Rechtsstaat mit seiner vollen Härte begegnen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Drittens: Es gibt politisch verfolgte Kriegsflüchtlinge, die nach Deutschland und auch nach Hamburg, in unsere Stadt, kommen, aber auch viele, die einfach ein besseres Leben oder Arbeit suchen. Für diese Gruppe der Zuwanderer brauchen wir klare Regeln.

Viertens: Wir müssen auch den Mut zu schwierigen Diskussionen haben, insbesondere darüber, wann es berechtigt sein kann, Menschen in ihre Heimat zurückzuführen – diejenigen nämlich, die nicht vor Krieg oder Terror fliehen, sondern zu Hause keine ökonomische Perspektive für sich sehen. So verständlich die Motive dieser Arbeitsmigranten sind, so klar ist auch, dass dieser Teil der Zuwanderung aus pragmatischen Gründen begrenzt werden kann und muss. An dieser Stelle beginnt ein moralisches Nervenflattern: Wir weisen Menschen ab, aber brauchen wir nicht eigentlich Zuwanderung? Ja, Deutschland braucht langfristig junge, gut ausgebildete Arbeitsmigration. Davon gibt es natürlich auch einige unter den Flüchtlingen, die wir aus humanitären Gründen aufnehmen. Aber unabhängig davon haben wir auch ein begründetes Interesse an zusätzlicher qualifizierter Zuwanderung. Wo wir mehr oder ganz spezifische Zuwanderung wollen, dazu brauchen wir auch ein Einwanderungsgesetz.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Deutschland ist bereits ein Einwanderungsland, aber eines ohne ein modernes Einwanderungsgesetz. Diese Gruppe von Menschen, die über Asyl in die Arbeitsmigration kommt, gehört nicht zum Asylverfahren. Daher geht es auch bei dieser Debatte darum, den Kern des Asylrechts zu schützen.

Meine Damen und Herren, die Willkommenskultur in Hamburg ist beeindruckend. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich, um die Not der Flüchtlinge zu lindern. Doch der Rückhalt in der Bevölkerung ist nicht uneingeschränkt. Es gilt auch, diese Kultur der Solidarität zu bewahren, zu pflegen und weiterzuentwickeln.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Daher ist es wichtig, bei diesem Thema sachlich zu bleiben und es konstruktiv zu diskutieren. Aber die Politik muss auch klare Ziele und Maßstäbe formulieren.

Zum Schluss komme ich noch auf das Schwierigste zu sprechen, nämlich die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Heimatländern. Mehr als die Hälfte der Kooperationsländer der deutschen Entwicklungsarbeit sind von Konflikten und Gewalt betroffen. Unsere Wahrnehmung, dass alle nach Deutschland und Europa kommen wollen, ist falsch. Weltweit leben neun von zehn Flüchtlingen in einem Entwicklungsland. Daher hat auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die neue Initiative "Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren" ins Leben gerufen. Man muss aber auch realistisch bleiben: Solange die Welt aus den Fugen geraten ist, werden die Flüchtlingszahlen insgesamt nicht zurückgehen. Das gehört zu einer ehrlichen Debatte dazu und zeigt, dass wir mit diesem Thema mit großer Ernsthaftigkeit, verantwortungsbewusst und differenziert umgehen müssen und nicht in Hysterie und Skandalisierung verfallen dürfen. Angesichts der Größe der Aufgabe, vor der der Bund, die Länder und die Kommunen stehen, sollten wir uns nicht in kleinteiligen Debatten um Sachwertleistungen, Krankenkassen et cetera verzetteln. Effektiver ist die Verkürzung des Asylverfahrens. Die Entscheidung über das Bleiberecht sollte in maximal drei Monaten getroffen werden, und zwar möglichst in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Das Verfahren für Flüchtlinge aus dem Westbalkan sollte noch kürzer sein.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Arbeitsintegration von Menschen mit Bleibeperspektive systematischer angegangen wird. Voraussetzung für die Integration insbesondere in die Arbeitsmärkte sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Daher müssen wir dafür sorgen, dass das Wirtschaftswachstum gesteigert wird. Aber auch der Wohnungsbau spielt dabei eine wichtige Rolle. Wir brauchen noch mehr Wohnungsbau, und zwar nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Mieter, die auf bezahlbare Wohnungen angewiesen sind. Diese Gruppen darf man nicht gegeneinander auspielen. – Vielen Dank für Ihr Verständnis.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen, Herr Abaci, dass Sie den Ball von gestern aufgegriffen und sich bemüht haben, einmal zusammenzutragen, worin wir demokratischen Parteien uns einig sind oder worüber wir zumindest ähnliche Bestandsanalysen vornehmen. Wir sind uns vielleicht nicht bei allen Problemlösungen ganz einig, aber ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

Aus unserer Sicht möchte ich noch einmal die Themen betonen, die für eine verantwortliche Flüchtlingspolitik im Augenblick wesentlich sind. Das ist, wie ich bereits gestern sagte, das klare Bekenntnis zum grundgesetzlichen Recht auf Asyl und zum Schutz derjenigen, die politisch oder aus anderen im Grundgesetz genannten Gründen verfolgt werden, und auch natürlich zur besonderen Fürsorge und zum besonderen Schutz für diejenigen, die gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention unsere besondere Fürsorge und unseren besonderen Schutz verdienen. Das ist der erste Teil, über den wir uns, glaube ich, einig sind.

Der zweite Teil betrifft die Erstversorgung und die Unterbringung all derjenigen, die jetzt in unsere Stadt kommen, und zwar völlig unabhängig davon, wie am Ende ihre Bleibeperspektive aussieht.

Der dritte Teil sind dann aber die Begrenzung und auch die Rückführung derjenigen, die in Deutschland keine Bleibeperspektive haben und die das Asylrecht und subsidiären Schutz nicht zu Recht in Anspruch nehmen, die als Arbeits- oder Armutsmigranten zu uns kommen – selbstverständlich verständliche Motive, weshalb es gar keinen Grund gibt, sie zu diffamieren, die aber jedenfalls nach dem Asylrecht bei uns kein Aufenthaltsrecht beanspruchen können. Diese Menschen müssen in ihre Heimatländer zurückgehen. Tun sie das freiwillig, so ist das gut, wenn nicht, bleibt nichts anderes als die Abschiebung. Da sind wir tatsächlich der Auffassung, die wir bereits in verschiedenen Anträgen zum Ausdruck gebracht haben, dass diesbezüglich mehr getan werden muss. Ich erkenne an, dass der Senat in diesem Jahr durchaus schon mehr Aktivitäten entfaltet hat. Aus unserer Sicht reichen diese jedoch nach wie vor nicht aus. Ich habe jetzt drei Aspekte genannt. Als CDU haben wir zu diesen Themenbereichen umfangreiche Vorschläge vorgelegt. Nach meinem Verständnis sind wir die einzige Fraktion, die bereits im Mai mit einem Konzept zur Asyl- und Flüchtlingsfrage versucht hat, einen Beitrag zu der notwendigen Debatte zu leisten. Wie Sie, Herr Abaci, gesagt haben, sind finden sich dabei sehr viele Punkte auf wunderbare Weise in dem Antrag wieder, den wir jetzt beraten. Insofern kann ich nicht so richtig die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit erkennen, warum wir heute

schon wieder darüber debattieren sollen, aber sei's drum.

Des Weiteren gehören natürlich die Frage der Arbeitsintegration dazu und in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der Notwendigkeit eines Einwanderungsgesetzes samt dessen Einzelheiten, denn nur die Überschrift als Monstranz vor sich her zu tragen bringt nichts. In einem kann ich Ihnen allerdings nicht Recht geben, Herr Abaci. Deutschland hat heute bereits eines der modernsten Einwanderungsrechte der Welt, wie uns die OECD und der Sachverständigenrat Migration bescheinigen.

(Kazim Abaci SPD: Das reicht nicht!)

Es gibt an der einen oder anderen Stelle, vor allem auch in der Verwaltungsumsetzung, viel zu tun. Es gibt auch sicherlich in der Vereinheitlichung der Verwaltungspraxis der Länder eine ganze Menge zu tun und wenn die Zeit dafür reif ist, können und müssen wir uns sicherlich gemeinsam mit einzelnen Regelungen auseinandersetzen. Aber ich warne auch davor, zu glauben, man könne mit einem Einwanderungsgesetz die Asyl- und Fluchtproblematik ernsthaft lösen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Aspekt einer verantwortlichen Flüchtlingspolitik ist die Bekämpfung der Fluchtursachen. Dafür ist eben tatsächlich nicht nur die Bundesrepublik Deutschland verantwortlich, sondern darüber hinaus auch die Europäische Union. Wir sollten dies gemeinsam mit der Europäischen Union tun.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Prien, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Abaci?

Karin Prien CDU: Ja, sehr gern.

Zwischenfrage von Kazim Abaci SPD: Frau Prien, wir haben vor ein paar Tagen gelesen, dass auch die Hamburger CDU sich dafür ausgesprochen hat, sich für ein Einwanderungsgesetz einzusetzen. Ist das jetzt vom Tisch?

Karin Prien CDU (fortfahrend): Nein, das ist überhaupt nicht vom Tisch. Was wir sagen, ist auch für die Union im Bund nicht vom Tisch, und wir werden uns auch auf unserem Parteitag am 15. September damit befassen, dass wir jetzt eine breite gesellschaftliche Debatte über die Inhalte eines Einwanderungsgesetzes führen sollten. Diesen Weg befürworte ich, aber übers Knie brechen brauchen wir nichts. Es gibt eine ganze Menge Stellschrauben auch im Aufenthaltsgesetz, über die wir ohne Weiteres gern auch anlässlich der

(Karin Prien)

Entscheidung am 24. September reden können. Aber tragen Sie bitte dieses Einwanderungsgesetz nicht wie eine Monstranz vor sich her. Das Einwanderungsgesetz wird unsere augenblicklichen Probleme nicht lösen.

(Beifall bei der CDU)

Zu der dritten Säule, die ich eben genannt habe, hat die CDU/CSU-Fraktion gestern einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der einige Punkte enthält, die sich auch in dem heutigen Antrag wiederfinden. Sie sind auch nicht alle falsch, aber Ihnen, meinen Damen und Herren von der AfD, möchte ich schon Folgendes ins Stammbuch schreiben. Herr Wolf, der jetzt nicht hier ist, hat sich durch seinen auch in der Rhetorik diabolischen gestrigen Vortrag wirklich von einer ernsthaften Debatte über die Flüchtlingspolitik verabschiedet. Wer immer nur einen Aspekt und eine Säule dieses Problems meint bearbeiten zu können, mit dem ist aus unserer Sicht ein vernünftiger Diskurs in dieser Frage nicht möglich. Ihrem Antrag werden wir natürlich nicht zustimmen, weil er völlig überflüssig ist, und auch eine Überweisung an den Ausschuss werden wir ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, vereinzelter Beifall bei der SPD und FDP und bei Dr. Stefanie von Berg [GRÜNE])*Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die antragstellende Fraktion hat sich schon gestern genügend diskreditiert. Vieles ist dazu gesagt worden, insofern möchte ich gar nicht auf die Details des Antrags eingehen, sondern noch einmal grundsätzlich sagen, dass wir als GRÜNE Fraktion nicht den Blick der AfD auf die Menschen und ihre Not teilen, dass wir den Blick, den Sie auf Europa und die europäische Verantwortung gegenüber Flüchtenden haben, nicht teilen und dass wir uns vor dem Populismus verwahren, den Sie immer wieder äußern. Aus unserer Sicht muss die Flüchtlingspolitik immer wieder abwägen zwischen der notwendigen Humanität und dem individuellen Recht darauf, einen Asylantrag zu stellen, wie auch dem Recht der jeweiligen Länder, Asylanträge abzulehnen. Dies aber muss immer auch mit der Entwicklung eines Einwanderungsgesetzes und der Entwicklung eines Zugangs zum Arbeitsmarkt außerhalb von Asylverfahren verbunden sein, wie wir eben schon von Herrn Abaci und Frau Prien gehört haben.

Vor allem aber müssen wir bei politischen Entscheidungen immer wieder überprüfen, ob wir auf Ressentiments gegenüber ethnischen Minderheiten hereinfließen und anfällig sind für Populismus je-

der Art gegenüber bestimmten Herkunftsländern und bestimmten Personen. Das sind wir den Menschen schuldig, die in Hamburg Flüchtlingen helfen und die Arbeit der Verwaltung und die Arbeit in den Unterkünften unterstützen. Das sind wir aber auch den Menschen, die aus Krieg und Not hierherkommen oder schon lange hier leben, schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt erhält Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich las gestern in einem Artikel zur gestrigen Brandrede der AfD die Aufforderung eines Kommentators an uns, man solle sich mit der AfD auseinandersetzen und deren Argumente auseinandernehmen. Das Problem ist, dass man mit rationalen Argumenten gegen Irrationales nicht ankommt.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Triebkraft Ihrer fremdenfeindlichen Ressentiments, Ihr nahezu besessener Eifer, alles zusammenzutragen, was Sie für geeignet halten, um Flüchtlingen das Leben so schwer wie möglich zu machen, speist sich nicht aus Quellen der Vernunft, die argumentativ überhaupt nicht erreicht werden kann. Es ist zwecklos, Argumente mit Ihnen auszutauschen, weil Sie keine Argumente, sondern Ressentiments haben.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Deshalb möchte ich mich auch nicht zu dem Antrag äußern. Herr Abaci und Frau Prien, Sie haben eine Debatte angefangen, über die ich gern mit Ihnen streiten würde, aber ich möchte die Debatte nicht anlässlich des Antrags der AfD führen. Die demokratischen Parteien in dieser Bürgerschaft haben gestern Haltung gezeigt, und ich glaube, das ist trotz aller Differenzen nötig.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Dutschke von der FDP-Fraktion das Wort.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Solange man die Ursachen der Fluchtgründe in den Herkunftsstaaten nicht bekämpft, werden auch weiterhin Menschen aus verschiedensten Regionen dieser Welt auf der Suche nach einem sicheren Ort sein, wo sie Schutz vor Krieg, Verfolgung und Diskriminierung finden. Im Hinblick auf die Flüchtlinge vom Westbalkan ist das häufig die Flucht vor Armut und Diskriminierung. Hier ist aber ein Umdenken auf europäischer Ebene erforderlich. Die

(Jennyfer Dutschke)

rechtsstaatliche wirtschaftliche Stabilisierung des Balkans muss innerhalb der EU eine ganz neue Bedeutung bekommen, wenn wir Herr dieser Lage werden wollen. Potenziellen EU-Beitrittskandidaten muss unmissverständlich verdeutlicht werden, dass die Gleichberechtigung ethnischer Minderheiten und rechtsstaatliche Strukturen Voraussetzung für einen EU-Beitritt sind.

Die AfD – da reicht ein Verweis auf die gestrige Darbietung – ist an einer konstruktiven europäischen Lösung nicht interessiert, sonst hätten Sie inhaltlich auch bei den Fluchtursachen angefangen und nicht bloß bei Isolation und Ausgrenzung.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Den hier vorgelegten AfD-Vorstoß mit der Intention, Einwanderung zu verhindern, teilen wir nicht. Um es an dieser Stelle kurz zu machen: Wir lehnen den hier vorgelegten Antrag ab. Wie man gestern gesehen hat, ist eine vernünftige Debatte mit Ihnen nicht möglich, und deshalb bringt es auch nichts, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen. Auch das lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion, Sie haben das Wort.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! So einfach wollen wir es Ihnen dann aber doch nicht machen. Diese Geschlossenheit, die Sie mit Ihren moralisch-ethischen Überhöhungen zeigen wollen, mit der AfD überhaupt nicht mehr zu reden, könnte man noch verstehen, wenn es um ein Projekt ginge, das irgendwie auf einem gelingenden Weg ist, woran Kritik sich nicht erlaubt oder aus sonst irgendwelchen Gründen Argumentationen sich nicht bieten. Das ist hier aber nicht der Fall. Es gibt in der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht ein Projekt, das so verunglückt ist wie dieses jetzt. Allein in diesem Jahr haben wir eine unvorhergesehene Verfünffachung, und Sie wissen, dass noch Millionen und Abermillionen bereitstehen, die kommen wollen.

(Zuruf von *Martin Dolzer DIE LINKE*)

Sie wissen, welche Differenzen es bei den Einkommen und Vermögen gibt. Dann müssen Sie doch diesen Prozess vernünftig begleiten, auch Sie, Herr Sozialsenator Scheele – eben war er noch da –, der gestern behauptet hat, wir würden nicht auf die Not achten. Ja, was glauben Sie denn? Die meisten von uns haben mindestens eine so humanistische Bildung wie Sie. Wir leiden mit diesen Menschen, aber wir wollen eine vernünftige Hilfe bieten, wir wollen ein vernünftiges Projekt, und dabei heißt es nichts, dass diese Menschen alle aus

Not kämen. Natürlich kommen viele aus Not. Ich habe mir die aktuellen Zahlen heute noch einmal geben lassen: 37,7 Prozent erfüllen die Schutzquote – ich kann das jetzt aufgliedern in Flüchtlingsschutz, subsidiär, nach Artikel 16a, politisch Verfolgte –, das heißt, über 60 Prozent sind nach den besten Gesetzen und besten Verfahren, die die Menschheit sich bisher ausgedacht hat, um so etwas zu prüfen, im Moment nicht schutzbedürftig. Wir haben gerade gehört, dass das ein anderer Staat 48 Stunden macht. Das sind auch keine faschistischen oder rechten Staaten, sondern ganz normale demokratische Institutionen. Wir in Deutschland geben uns Mühe, wie kein anderes Land auf der Welt es je getan hat. Darüber können Sie nachdenken. Trotzdem aber zeichnen sich Entwicklungen ab, die einfach nicht gut sind, weder für uns noch für die Flüchtlinge. Es gibt 18 000 Tote, und die Schlepperbanden reiben sich die Hände bei jedem neuen Anreiz, den wir ihnen geben. Wir müssen vernünftige Politik für diejenigen machen, die wirklich Schutz brauchen, und zwar auch mit Kopf und nicht nur mit Gefühl. Was Sie hier machen, nämlich einfach irgendwelche Leute auszugrenzen, die das problematisieren, brauchen wir nicht.

(*Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Sie grenzen sich selbst aus!)

– Wir grenzen niemanden aus.

Das ist Unsinn, Teile von uns haben sogar gespendet und Sachen für die Flüchtlinge abgegeben.

(Zurufe von der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und der LINKEN: Oh!)

Sie haben doch gar keine Ahnung. Befassen Sie sich doch einmal mit den Leuten. Das haben wir getan.

(*Danial Ilkhanipour SPD:* Aber nur Teile von Ihnen!)

Haben Sie das gemacht? Haben Sie alle Koffer gepackt und sind dorthin marschiert? Von uns sind welche hinmarschiert. Ihre Hochnäsigkeit ist undemokratisch, so etwas gibt es kein zweites Mal in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Wer möchte die Drucksache 21/1336 gern an den Innenausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte sich dem AfD-Antrag aus Drucksache 21/1336 anschließen? – Auch hier die Gegenprobe.

(Präsidentin Carola Veit)

be. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 55 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/1210, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Hamburg als Standort für das Deutsche Maritime Forschungszentrum.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:**Hamburg als Standort für das Deutsche Maritime Forschungszentrum**

– Drs 21/1210 –]

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte zu diesem Punkt entfällt, sodass wir gleich zur Abstimmung kommen.

Wer möchte sich dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen worden.

Punkt 54, Drucksache 21/1036, Antrag der CDU-Fraktion: Mehr Zeit zum Lernen für Hamburgs Schülerinnen und Schüler: Termine für schriftliche Abschlussarbeiten zwischen Ostern und die Sommerferien legen – Zweite Schuljahreshälfte besser nutzen.

[Antrag der CDU-Fraktion: Mehr Zeit zum Lernen für Hamburgs Schülerinnen und Schüler: Termine für schriftliche Abschlussarbeiten zwischen Ostern und die Sommerferien legen – Zweite Schuljahreshälfte besser nutzen

– Drs 21/1036 –]

Auch hier entfällt die Debatte, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte den Antrag an den Schulausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu Punkt 9, den Berichten des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

– Drs 21/993 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

– Drs 21/994 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

– Drs 21/995 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

– Drs 21/996 –]

Ich beginne mit dem Bericht 21/993.

Wer möchte hier den Empfehlungen zu den Eingaben 699/14, 862/14 bis 864/14 sowie 24/15 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so erfolgt.

Wer möchte sich dann den Empfehlungen anschließen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 342/15, 347/15, 439/15 und 458/15 abgegeben hat? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war dann einstimmig.

Wer schließt sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig so erfolgt.

Wir kommen zum Bericht 21/994.

Wer möchte sich den Empfehlungen anschließen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 243/15, 318/15, 336/15, 346/15, 355/15 sowie 366/15 bis 368/15 abgegeben hat? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das haben wir dann einstimmig so beschlossen.

Wer folgt der Empfehlung zu der Eingabe 361/15? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Auch das war dann einstimmig.

Wer schließt sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Bericht 21/995, zunächst zu Ziffer 1.

Wer möchte sich hier der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 372/15 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das haben wir dann einstimmig so beschlossen.

Wer möchte den Empfehlungen zu den Eingaben 319/15, 351/15, 363/15 und 370/15 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig.

Wer schließt sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Von den Ziffern 2 und 3 haben wir Kenntnis genommen.

Wir kommen zum Bericht 21/996.

Wer hier den Empfehlungen folgen möchte, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 389/15 und 406/15 abgegeben hat, den bitte ich um das Hand-

(Präsidentin Carola Veit)

zeichnen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir auch das einstimmig beschlossen.

Wer möchte sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht**

haben Sie in einer Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass Sie die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen haben.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wer schließt sich den einvernehmlichen Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter C an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 15, Drucksache 21/780, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Bindungsausläufe bei öffentlich geförderten Wohnungen.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Bindungsausläufe bei öffentlich geförderten
Wohnungen
– Drs 21/780 –]**

Die Fraktion DIE LINKE möchte diese Drucksache gern an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Wird das von einem Drittel der anwesenden Abgeordneten unterstützt? – Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, dass wir Kenntnis genommen haben.

Wir kommen zu Punkt 19, Drucksache 21/1018 in der Neufassung, Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Situation der Hamburger Justiz.

**[Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der
GRÜNEN:
Situation der Hamburger Justiz**

– Drs 21/1018 Neufassung –]

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Stärkung der Justiz**– Drs 21/1425 –]**

Hierzu liegt Ihnen ein Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor, über den wir zuerst abstimmen.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Ursprungsdrucksache in der Neufassung. Wird hierzu Besprechung beantragt? – Dann stelle ich fest, dass wir Kenntnis genommen haben.

Punkt 32, Drucksache 21/1264, Unterrichtung durch die Präsidentin: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 13. Dezember 2012: "Hamburg 2020: Einführung eines jährlichen Leerstandsberichts".

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 13. Dezember 2012: "Hamburg 2020: Einführung eines jährlichen Leerstandsberichts" – Drs. 20/6171

– Drs 21/1264 –]

Die Fraktion DIE LINKE möchte die Drucksache 21/1264 gern federführend an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich stelle fest, dass wir Kenntnis genommen haben.

Punkt 33, Drucksache 21/1268, Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 22. Januar 2015: "Rüstungsexporte kontrollieren – Ein restriktives Rüstungsexportgesetz für Deutschland".

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 22. Januar 2015: "Rüstungsexporte kontrollieren – Ein restriktives Rüstungsexportgesetz für Deutschland" – Drs. 20/13722

**Sammelübersicht siehe Seite 836 ff

(Präsidentin Carola Veit)**– Drs 21/1268 –]**

Auch die Drucksache 21/1268 möchte die Fraktion DIE LINKE überweisen, und zwar an den Wirtschaftsausschuss.

Wer möchte gern so verfahren? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Auch hier haben wir Kenntnis genommen.

Wir kommen zu Punkt 42, Drucksache 21/1033, Bericht des Haushaltsausschusses: Optimierung des Immobilienmanagements.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/14486:**Optimierung des Immobilienmanagements (Senatsmitteilung)****– Drs 21/1033 –]****[Antrag der CDU-Fraktion: Wirtschaftlichkeit und Transparenz bei Mieter-Vermieter-Modellen sicherstellen****– Drs 21/1444 –]**

Hierzu liegt Ihnen ein Antrag der CDU-Fraktion vor, Drucksache 21/1444, über den wir zuerst abstimmen.

Wer möchte ihn annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Bericht des Haushaltsausschusses. Die Kenntnisnahme ist hiermit erfolgt.

Punkt 43, Drucksache 21/1049, Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/616, Antrag der CDU-Fraktion: Bürger durch Abbau der kalten Progression entlasten – Möglichkeit zum schuldenfreien Haushalt 2015 konsequent nutzen.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/616:**Bürger durch Abbau der kalten Progression entlasten – Möglichkeit zum schuldenfreien Haushalt 2015 konsequent nutzen (Antrag der CDU-Fraktion)****– Drs 21/1049 –]**

Wer möchte zunächst Ziffer 1.1 der Ausschussempfehlung annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 1.2 folgen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer stimmt den in Ziffer 2.1 enthaltenen Ersuchen zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann auch mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich dem Ersuchen in Ziffer 2.2 an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir auch diese Ziffer mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 44, Drucksache 21/1035, Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 21/172: Ausbreitung von Masern wirksam verhindern, Kinder schützen und über die Drucksache 21/482: Kampf gegen Infektionskrankheiten und Impfmüdigkeit ernst nehmen – Datenlage verbessern und Impfraten insbesondere bei Personal in sensiblen Bereichen erhöhen.

[Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksachen 21/172 und 21/482:**Ausbreitung von Masern wirksam verhindern, Kinder schützen (Antrag der FDP-Fraktion) und****Kampf gegen Infektionskrankheiten und Impfmüdigkeit ernst nehmen – Datenlage verbessern und Impfraten insbesondere bei Personal in sensiblen Bereichen erhöhen (Antrag der CDU-Fraktion)****– Drs 21/1035 –]**

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Von Ziffer 2 haben wir Kenntnis genommen.

Punkt 49, Drucksache 21/1146, Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 20/13607, Antrag der CDU-Fraktion: Elbfähre Landungsbrücken-Blankenese-Cranz jetzt einrichten – Wassertourismuskonzept Elbe für die Zukunft entwickeln.

[Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 20/13607:**Elbfähre Landungsbrücken-Blankenese-Cranz jetzt einrichten – Wassertourismuskonzept Elbe für die Zukunft entwickeln (Antrag der CDU-Fraktion)****– Drs 21/1146 –]**

Wer möchte die Ziffer 1 der Ausschussempfehlung annehmen? – Gegenprobe – Enthaltungen? – Dann wurde Ziffer 1 einstimmig so beschlossen.

Wer möchte das auch bei Ziffer 2 tun? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist Ziffer 2 mit Mehrheit beschlossen.

(Präsidentin Carola Veit)

Punkt 52, Drucksache 21/1335, Bericht des Kulturausschusses über die Drucksache 21/484, Antrag der CDU-Fraktion: Signal für die Musikstadt Hamburg – Hamburger Camerata retten.

**[Bericht des Kulturausschusses über die Drucksache 21/484:
Signal für die Musikstadt Hamburg – Hamburger Camerata retten (Antrag der CDU-Fraktion)
– Drs 21/1335 –]**

Wer schließt sich hier Punkt 1 der Ausschussempfehlung an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit mehrheitlich so beschlossen.

Wer folgt Punkt 2 der Ausschussempfehlung? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Punkt so beschlossen worden.

Punkt 53, Drucksache 21/1034, Antrag der CDU-Fraktion: Fahrpreisbremse für HVV-Tarife – Busse und Bahnen müssen bezahlbar bleiben.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Fahrpreisbremse für HVV-Tarife – Busse und Bahnen müssen bezahlbar bleiben
– Drs 21/1034 –]**

Wer stimmt dem Antrag zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat dieser Antrag keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Punkt 56, Drucksache 21/1247, ebenfalls ein Antrag der CDU-Fraktion: Hamburgs Olympia-Pläne – Deutsches Hafenumuseum gehört dazu.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Hamburgs Olympia-Pläne – Deutsches Hafenumuseum gehört dazu
– Drs 21/1247 –]**

Diese Drucksache möchten die SPD- und die GRÜNE Fraktion an den Sport- und Olympiaausschuss überweisen. Vonseiten der CDU-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung an den Kulturausschuss vor.

Wer möchte an den Kulturausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer möchte an den Sport- und Olympiaausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung dorthin erfolgt.

Punkt 59, Drucksache 21/1321, Antrag der AfD-Fraktion: Politik muss glaubhaft bleiben – Für die Errichtung einer Sportanlage in der HafenCity.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Politik muss glaubhaft bleiben – Für die Errichtung einer Sportanlage in der HafenCity
– Drs 21/1321 –]**

Diese Drucksache möchte die AfD-Fraktion an den Olympiaausschuss überweisen.

Wer folgt diesem Begehren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses Begehren abgelehnt.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der AfD-Fraktion gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Ist das zutreffend?

(Detlef Ehlebracht AfD: Ziehe ich zurück!)

Gut, dann können wir zur Abstimmung in der Sache kommen.

Wer möchte dem AfD-Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenprobe – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 60, Drucksache 21/1324, Antrag der CDU-Fraktion: Auf dem linken Auge blind – Senat muss Linksextremismus entschieden bekämpfen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Auf dem linken Auge blind – Senat muss Linksextremisten entschieden bekämpfen
– Drs 21/1324 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Innenausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte Ziffer 1 des Antrags zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist Ziffer 1 mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 2 so beschließen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 2 mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 61, Drucksache 21/1325, Antrag der CDU-Fraktion: Akzeptanz und Toleranz gegenüber Kriegs- und Krisenflüchtlingen in Hamburg bewahren – Anreize für Armuts- und Wirtschaftsfüchtlinge abbauen.

(Präsidentin Carola Veit)

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Akzeptanz und Toleranz gegenüber Kriegs- und
Krisenflüchtlingen in Hamburg bewahren – An-
reize für Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge ab-
bauen
– Drs 21/1325 –]**

Die CDU-Fraktion möchte diese Drucksache an den Sozialausschuss überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer möchte dem Antrag in der Sache seine Zustimmung geben? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 68, Drucksache 21/1351, Antrag der FDP-Fraktion: Verfahren der Altersschätzung von (minderjährigen) Flüchtlingen würdig gestalten.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Verfahren der Altersschätzung von (minderjäh-
rigen) Flüchtlingen würdig gestalten
– Drs 21/1351 –]**

Die Fraktion DIE LINKE möchte die Drucksache gern an den Familienausschuss überweisen. Vonseiten der FDP-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung an den Sozialausschuss vor.

Wer möchte zunächst an den Sozialausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer möchte die Drucksache an den Familienausschuss überweisen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieses Überweisungsbegehren abgelehnt worden.

Mir ist aus den Reihen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN mitgeteilt worden, dass gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. – Frau Dr. Leonhard von der SPD-Fraktion, Sie haben es für maximal fünf Minuten.

Dr. Melanie Leonhard SPD: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Fünf-Minuten-Beiträge sind dazu da, zu seinem Abstimmungsverhalten noch etwas Differenziertes zu sagen jenseits der Debatte. Ich möchte das gern in aller Kürze tun.

Das Verfahren zur Alterseinschätzung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die einen besonderen Schutz nach dem SGB VIII genießen, also bei uns in Obhut genommen werden und denen auch rechtmäßigerweise und absolut notwendiger-

weise eine andere Betreuung zusteht als bereits volljährigen Flüchtlingen, ist Gegenstand vieler politischer Diskussionsprozesse in der Vergangenheit gewesen. Da diesen Flüchtlingen eben dieser besondere Schutz nach dem Gesetz zusteht, halten wir es weiterhin für erforderlich, dass man mit aller gebotenen Sorgfalt – und das findet in Hamburg statt – weiterhin an dem Verfahren für Alterseinschätzung, das bei uns das Rechtsmedizinische Institut am UKE übernimmt, in Gänze festhält.

Wenn man sich den FDP-Antrag anschaut, dann kapriziert er sich auf einen Untersuchungsschritt in diesem Verfahren, und dieser Untersuchungsschritt ist von der FDP auch in der Öffentlichkeit mit entsprechenden Pressemitteilungen in einer gewissen Weise sehr verkürzt und einigermaßen polemisch geißelt worden. Uns ist aber wichtig, dass man das Verfahren als Ganzes erhält, denn nur so kann unserer Auffassung nach auch ein einigermaßen differenziertes Untersuchungsergebnis am Ende stehen.

Wichtig bleibt: Alle einzelnen Untersuchungsschritte sind für die Flüchtlinge jeweils freiwillig. Das Verfahren an sich muss aber bleiben, denn wer einen besonderen Schutz genießt, der muss eben unter 18 Jahren sein, und daher halten wir es für erforderlich, dass das Verfahren ganzheitlich besteht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei
Detlef Ehlebracht und *Dr. Ludwig Flocken*,
beide AfD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben ebenfalls für maximal fünf Minuten das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht wäre der Antrag eine Debatte wert gewesen. Das war nun die Entscheidung der FDP.

(*Michael Kruse* FDP: Sie können trotzdem zustimmen!)

So, wie Frau Leonhard es eben beschrieb, möchte auch ich zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens einmal deutlich sagen, dass wir im Bereich der Wissenschaft genauso wie im Bereich der Politik und pädagogischen Betreuung von minderjährigen, unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen eine lange Diskussion zur Frage der Notwendigkeit der Altersfiktivsetzung und ihrer Art und Weise haben. Es gibt europäische Richtlinien und Vorgaben dazu, wie man das Alter von Jugendlichen feststellen sollte. Und es gibt in den unterschiedlichen Bundesländern in unserer Republik auch unterschiedliche Verfahren.

Die Vorwürfe, die sich hier in der Öffentlichkeit breitgemacht haben, nämlich dass es eine quasi zwangsweise körperliche Untersuchung von Merk-

(Antje Möller)

malen der jungen Männer und Frauen gibt, um ihr Erwachsensein feststellen zu können, sind vielleicht auch durch ein paar missverständliche Äußerungen und Interpretationen in Antworten auf Schriftliche Kleine Anfragen entstanden. Klar ist inzwischen das, was Frau Leonhard auch gesagt hat, es ist schlicht und einfach Folgendes geklärt worden: In Hamburg ist die zentrale Untersuchung, um das Alter minderjähriger Flüchtlinge festzustellen, das zahnmedizinische Röntgen und die Ganzkörperuntersuchungen, ausschließlich freiwillig. Eine Ablehnung dieser körperlichen Untersuchung führt auch nicht zur automatischen Erklärung der Volljährigkeit oder des Versagens von notwendigen pädagogischen Maßnahmen und Betreuungen. Das war und ist uns wichtig. Und es ist auch richtig, dass das noch einmal klargestellt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Dann hat jetzt Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE das Wort, ebenfalls für maximal fünf Minuten.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Wir teilen die Intention des Antrags der FDP, wir werden ihm auch zustimmen, obwohl er uns nicht weit genug geht. Wir sind nämlich auch gegen das zahnmedizinische Röntgen und sind da der Auffassung, die die Bundesärztekammer und auch die Hamburger Ärztekammer und die Hamburger Ärzteschaft vertritt, dass es Körperverletzung ist. Deswegen lehnen wir das auch ab. Das ist in Ihrem Antrag nicht enthalten, aber trotzdem werden wir dem zustimmen.

Wir sind der Meinung, dass es eine ganzheitliche Untersuchung und Prüfung geben muss, die auf verschiedene Dinge abhebt. Wir sind der Auffassung, dass nach den Vorgaben des Bundesfachverbands zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verfahren werden soll, und das macht Hamburg nicht. Deswegen finden wir Ihren Antrag einen Schritt in die richtige Richtung. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Dutschke von der FDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dass Sie zu diesem Antrag einen Fünf-Minuten-Beitrag anmelden, mag ich fast als Erfolgserlebnis werten.

(Beifall bei *Jens Meyer* FDP)

Aber wenn Sie Gesprächsbedarf haben, dann überweisen Sie den Antrag doch einfach an den Ausschuss.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der LINKEN)

Wie man nämlich gegen den Schutz der Privatsphäre minderjähriger Flüchtlinge votieren kann, bedarf in der Tat einer Erklärung. Gelungen ist Ihr Versuch der Rechtfertigung einer Ablehnung jedoch nicht. Es geht hier um einen starken Eingriff in die Privatsphäre Minderjähriger. Es geht hier um den besonderen Schutz von Kindern, die Furchtbares erlebt haben und sich nach allen Widrigkeiten auch noch vor deutschen Behörden entblößen müssen. Es ist völlig unverständlich und inakzeptabel, wie man Kinder so unwürdig behandeln kann und einer solchen Schikane unterzieht.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Sie haben versucht richtigzustellen, was in der Schriftlichen Kleinen Anfrage steht, nämlich dass Minderjährige, die sich dieser Untersuchung verweigern, aus dem System der Jugendhilfe herausfallen. In der Presse haben Sie erzählt, es gebe eine behördliche Abstimmung, und das sei ein neuer Stand. Wenn es denn so ist, dann können Sie unserem Antrag auch zustimmen, denn glauben Sie ernsthaft, dass sich irgendjemand freiwillig dieser Fleischschau unterzieht, wenn dieser Zwang nicht erforderlich ist?

(Beifall bei der FDP)

Oder vielleicht klären Sie die Betroffenen gar nicht erst darüber auf, dass sie diese Untersuchung ohne Konsequenzen verweigern dürfen. Ich weiß es nicht. Zumindest von den GRÜNEN habe ich in dieser Frage etwas mehr Haltung erwartet.

Noch einmal für alle: Das Alter eines Menschen lässt sich anhand der Genitalien nicht genauer bestimmen als durch Röntgenuntersuchungen, die ohnehin zusätzlich gemacht werden. Es ist also nichts weiter als eine peinliche, überflüssige und demütigende Prozedur, die Kindern und Jugendlichen zugemutet wird. Es stünde Ihnen wirklich gut zu Gesicht, dieses Thema ernsthaft anzugehen und diese Praxis im Sinne der Betroffenen zu unterlassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Nockemann von der AfD-Fraktion, bitte, Sie haben das Wort.

Dirk Nockemann AfD:* Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz Stellung nehmen. Ein maßgeblicher Hamburger Gerichtsmediziner und Kinderpsychologe hat dazu gesagt, diese ganze Debatte, die Sie hier führen – jedenfalls im Vorfeld geführt haben – sei fürchterlich überhöht. Dem möchte ich mich einfach anschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei *Dr. Ludwig Flocken* und *Dr. Alexander Wolf*, beide AfD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Heißner von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

Philipp Heißner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nichts mehr dazu sagen, aber jetzt hat mir die FDP gar keine Wahl gelassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie haben sehr oft auch gute Ideen, gerade in der Wirtschaftspolitik sind wir doch häufig auf Ihrer Seite. Aber was wir hier erleben, ist die gefährliche Seite Ihres falsch verstandenen Liberalismus, das ist diese total naive Einstellung,

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Ludwig Flocken AfD* – Zuruf von *Michael Kruse FDP*)

wenn es darum geht, Gesetze auch einmal zu prüfen und deren Anwendung konsequent durchzusetzen. Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Dass in irgendeinem Zimmer lustvoll geschaut wird? Das ist völliger Unsinn, das ist professionell bei Ärzten. Es wird auch gesehen, dass es eine freiwillige Angelegenheit ist. Man kann sagen, man möchte das nicht. Es gibt, wie Sie selbst gesagt haben, Alternativen. Natürlich braucht man irgendeine objektive Form, das festzustellen. Sie können doch auch schauen, ob die jünger aussehen als der geschätzte Kollege Carsten Ovens oder andere.

(Beifall bei *Dennis Gladiator CDU*)

Das ist noch ein relativ harter Test, da fallen auch wieder welche durchs Raster.

Aber im Ernst, wir brauchen objektive Kriterien. Dieser Antrag und diese Art und Weise, wie Sie die Diskussion führen, ist dem nicht angemessen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Ludwig Flocken AfD*)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat der Kollege Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion das Wort für maximal fünf Minuten.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Heißner, ich wollte mich bei der Debatte eigentlich nicht zu Wort melden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei *Dr. Ludwig Flocken AfD*)

Aber was Sie gerade gemacht haben, kann nicht ohne Antwort bleiben. Sie haben ernsthaft gesagt, wir finden manchmal die FDP ganz gut, aber jetzt habe sie ihre gefährliche Seite gezeigt. Herr Heißner, das kann nicht unwidersprochen bleiben. Unsere gefährliche Seite ist, dass wir uns um Bürgerrechte kümmern, dass wir Menschen vor der Willkür des Staates schützen wollen. Das ist nicht unsere gefährliche Seite, das ist eine unserer wichtigsten Seiten. Und darauf sind wir sehr stolz, Herr Heißner.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Wenn Sie es bei drastischen Eingriffen in Bürgerrechte, wie Frau Dutschke und die anderen es beschrieben haben, als gefährlich ansehen, wenn man sich dagegen wendet, dann ist nur einer gefährlich, nämlich Sie. Darauf muss man hier einmal hinweisen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Wenn eine solche Untersuchung eine hundertprozentige Sicherheit ergeben würde und keine andere Möglichkeit bestehen würde, dann könnten wir darüber nachdenken. Aber einen sehr zweifelhaften Test mit einer erheblichen Unsicherheit in dieser Art und Weise zu machen ist einfach skandalös, das darf nicht passieren. Und deshalb werben wir um Unterstützung für unseren Antrag. Herr Heißner, Sie müssen einmal eine Grundlektion in Liberalismus und in Bürgerrechten der letzten 200 Jahre lernen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte gern dem FDP-Antrag seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie haben eine Idee, was Sie mit dem angebrochenen Feierabend anfangen können. Ich wünsche Ihnen ein gutes Sitzungsende.

Ende: 18.41 Uhr

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Mareike Engels, Dr. Joachim Körner, Ralf Niedmers, Dr. Isabella Vértes-Schütter und Karl-Heinz Warnholz

Anlage

Neufassung

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 2. und 3. September 2015

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
13	742	Einsparungen von Personalausgaben durch Streiks
14	759	Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen
31	1248	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 11. Juni 2009: "Impfempfehlung gegen Masernerkrankung bei Erwachsenen" – Drs. 19/3172
35	1334	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 12. September 2013: "Ursachenermittlung statt Länder-Bashing – Bildungsstudien müssen Kausalzusammenhänge erforschen, statt bloße Rankings aufzustellen" – Drs. 20/9119
36	936	Bericht des Haushaltsausschusses
37	937	Bericht des Haushaltsausschusses
38	938	Bericht des Haushaltsausschusses
39	939 Neuf.	Bericht des Haushaltsausschusses
40	972	Bericht des Haushaltsausschusses
41	991	Bericht des Haushaltsausschusses
45	1050	Bericht des Gesundheitsausschusses
46	1062	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses
47	1090	Bericht des Schulausschusses
50	1147	Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien
51	1246	Bericht des Ausschusses für Umwelt und Energie

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
11	719	Antisemitismus, Extremismus, Rassismus, religiöser Fundamentalismus und Homosexuellenfeindlichkeit an Hamburger Schulen	SPD, CDU, GRÜNEN	Schulausschuss
12	741	Verbesserung des Kinderschutzes in Hamburg: Welche Empfehlungen aus dem PUA Yagmur wurden inzwischen umgesetzt?	SPD, CDU, GRÜNEN, FDP	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
27	1213	Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2015	SPD, GRÜNEN	Haushaltsausschuss
28	1048	Krankenhausinvestitionsmittel – Vierzehnter Bericht	SPD, GRÜNEN	Gesundheitsausschuss
29	1282	Halbjahresbericht 2015 Bericht zur Entwicklung der Hamburger Steuererträge und Schulden zum 2. Quartal 2015 sowie Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 16. Mai 2013 "Jährliches Berichtswesen für Schulbaumaßnahmen" (Drucksache 20/7981)	SPD, CDU, GRÜNEN	Haushaltsausschuss (f.) und Verfassungs- und Bezirksausschuss, Europaausschuss, Ausschuss für Justiz und Datenschutz, Schulausschuss, Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung, Kulturausschuss, Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, Gesundheitsausschuss, Stadtentwicklungsausschuss, Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien, Verkehrsausschuss, Innenausschuss, Ausschuss für Sport und Olympia, Ausschuss Öffentliche Unternehmen
30	1091	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 12. Dezember 2013: "Zuschuss an die Hamburger Symphoniker e.V. zur Entschuldung und Zukunftssicherung des Orchesters" – Drs. 20/10217	SPD, GRÜNEN	Haushaltsausschuss (f.) und Kulturausschuss
34	1288	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 22. Januar 2015: "Inklusion – Ergänzendes Lerngruppenangebot für autistische Schülerinnen und Schüler" – Drs. 20/14400	SPD, GRÜNEN	Schulausschuss
70	1353	Feierlichkeiten zu 70 Jahren demokratischer Nachkriegsordnung in Hamburg mit einer "Langen Nacht der Demokratie" begehen	SPD, CDU, GRÜNEN	Verfassungs- und Bezirksausschuss

C. Einvernehmliche Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
10	611	Schwächung der Hamburger Gründerszene: Das Kleinanlegerschutzgesetz unter der Lupe
16	882	Ausweisungspraxis bei kriminellen Ausländern
17	904	Die Entwicklung des bundesweiten Zentralabiturs
18	917	Ausgangsbilanz und Zielsetzungen für die 21. Wahlperiode in den Bereichen Umwelt und Energie
20	1021	Hamburg-Kredit: Wie gut funktioniert die Gründerförderung in Hamburg?
21	1037	Nutzt Hamburg die Internationalisierung der Wissenschaft als Chance?
22	1038	Wissensmetropole Hamburg: Sorgt der Senat für eine auskömmliche Finanzierung der Hamburger Hochschulen?
23	1089	Wissenschaftsstandort Hamburg: Studierende und Studium in Hamburg
24	1107	Unternehmensgründungen aus Hamburger Hochschulen